



Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 03 | 2020



Die Themen

Arbeitsmarkt im demographischen Wandel

Stromerzeugung

Restschuldbefreiungsverfahren

Zeichenerklärung

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden oder keine Veränderung
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtiges Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100% abweichen. Eine Abstimmung auf 100% erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 151. (74.)

Bestell-Nr. Z10001 202003
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberger Straße 95
90762 Fürth

Bildnachweis
Titel: © agnormark – stock.adobe.com
Innen: Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)

Papier

Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht

Preise

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 0911 98208-6311
Telefax 0911 98208-6638

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 0911 98208-6563
Telefax 0911 98208-6573

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth 2020**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,



in der Februar-Ausgabe haben wir über unsere neue regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2038 berichtet. Damit sich Wirtschaft, Politik und Gesellschaft besser auf kommende Entwicklungen einstellen können, legen wir darauf aufbauend auch sogenannte Anschlussrechnungen vor, die für bestimmte Themenfelder die möglichen Folgen des demographischen Wandels aufzeigen. Erstmals haben wir nun eine Erwerbspersonenvorausberechnung erstellt, die Aussagen zum künftigen Erwerbspersonenpotenzial trifft. Durch eine Regionalisierung kann bis zur Ebene der Landkreise und der kreisfreien Städte berechnet werden, wie sich die vorausberechneten Entwicklungen bei der Bevölkerung auf das Arbeitskräfteangebot auswirken. Die regionalisierte Erwerbspersonenvorausberechnung schafft die Grundlage, einen möglicherweise drohenden Arbeitskräftemangel frühzeitig zu erkennen und zu reagieren.

Mit einem zweiten Beitrag bleiben wir in thematischer Nähe und analysieren die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den Regionen der Europäischen Union. Sie erhalten einen Überblick über die Entwicklung und die Verteilung der Arbeitslosigkeit auf regionaler Ebene sowie Informationen zur Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit. Abschließend werden die geschlechtsspezifischen Erwerbstätigenquoten und die sich daraus ergebenden Folgen betrachtet.

Mit der Entwicklung der bayerischen Bruttostromerzeugung beschäftigt sich ein Beitrag aus der Energiestatistik, der auch einen Vergleich zur Bundesebene herstellt. Aus der Insolvenzstatistik stammen die Erkenntnisse zur Zahl und zum Verlauf eröffneter Verfahren. Mit einem Insolvenzverfahren besteht die Möglichkeit, eine Restschuldbefreiung zu erlangen. Wir berichten über die Ergebnisse der ersten abgeschlossenen Jahrgänge der Statistik über Restschuldbefreiungen und gehen dabei auch auf Fragen zur regionalen Verteilung ein.

Herzlichst

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Th. Göbl'.

Dr. Göbl
Präsident

Statistik aktuell

132 [Kurzmitteilungen](#)

Nachrichten

144 [Kooperation zwischen dem Bayerischen Landesamt für Statistik und dem Institut für Zeitgeschichte innerhalb des Projekts „Demokratische Kultur und NS-Vergangenheit. Politik, Personal, Prägungen in Bayern 1945 bis 1975“](#)

Beiträge aus der Statistik

145 [Der Arbeitsmarkt im demographischen Wandel
Berechnungen zur Entwicklung der Erwerbspersonen in Bayern bis 2037](#)

160 [Gastbeitrag
Der Arbeitsmarkt in den Regionen der Europäischen Union](#)

169 [Stromerzeugung in Bayern: Entwicklungen und Ergebnisse 2018](#)

182 [Restschuldbefreiungsverfahren in Bayern seit 2009 – eine Analyse zu regionalen Unterschieden](#)

Historische Beiträge aus der Statistik

193 [Die voraussichtliche Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung Bayerns \(1954 bis 1965\)](#)

194 [Erhöhte Stromausfuhr durch günstige Wasserführung im Juni – Rückgang der Stromerzeugung aus Laufwasser im Juli \(1952\)](#)

[Stromerzeugung im September wieder gestiegen \(1952\)](#)

Bayerischer Zahlenspiegel

195 [Tabellen](#)

204 [Graphiken](#)

Neuerscheinungen

[3. Umschlagseite](#)

Kurzmitteilungen



Gebiet

Änderung von Gemeinde- und Gemeindeteilnamen in der Zeit vom 1. Januar 2020 bis 31. März 2020

Geändert wurde die amtliche Schreibweise des Namens der Stadt Bischofsheim a.d.Rhön mit Wirkung zum 1. Januar 2020 in „Bischofsheim i.d.Rhön“.

Geändert wurde in der Gemeinde Oberrieden der Name des Gemeindeteils „Spitzisbui“ in „Spitzispui“.



Erwerbstätigkeit

Weiterer Beschäftigungsanstieg 2019 in Bayern

Im Jahr 2019 wurde in Bayern mit mehr als 7,72 Millionen Erwerbstätigen eine neue Rekordbeschäftigung erreicht. Dies war gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 0,9%, so wenig wie seit dem Jahr 2010 nicht mehr. Diese sich verringende Zunahme steht in Zusammenhang mit der abgeschwächten konjunkturellen Dynamik in Deutschland und Bayern, aber auch mit dem weitgehend leergefegten Arbeitsmarkt. So betrug die bayerische Arbeitslosenquote gemäß der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2019 durchschnittlich 2,8%. Die absolute Zahl an Arbeitslosen war mit weniger als 212 000 Personen in Bayern so niedrig wie seit dem Jahr 1980 nicht mehr.

Seit 2009 erhöhte sich die Erwerbstätigkeit in Bayern um insgesamt über 992 000 Personen. In diesem Zeitraum stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um knapp 4,35 Millionen Personen an. Davon entfielen, klammert man Berlin aus der Betrachtung aus, nur knapp 155 000 bzw. 3,6% auf die neuen Länder. Somit entstanden dort in den letzten zehn Jahren im Saldo weniger Arbeitsplätze als in Hamburg (+ 162 000 Personen).

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Mit den heute erstmals veröffentlichten Daten für das Jahr 2019 stellt der AK ETR auch revidierte, d. h. methodisch überarbeitete Ergebnisse für die Erwerbstätigen 1991 bis 2018 sowie für die Arbeitsstun-

den 2000 bis 2018 bereit. Mit dieser Revision wurden die Berechnungen zum Teil auf neue oder aktualisierte Datenquellen umgestellt.

Weitere Informationen zur Revision unter:
www.statistikportal.de/de/etr/generalrevision-2019

Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt als durchschnittliche Größe aller Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept). Zu den Erwerbstätigen rechnen alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte sowie Heimarbeiter und geringfügig Beschäftigte) oder als Selbstständige einschließlich deren mit-helfenden Familienangehörigen eine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit.

Grundlage für diese Definition bilden die von der International Labour Organization (ILO) aufgestellten Normen, die im Einklang mit den entsprechenden Definitionen im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 stehen.



Hochschulen, Hochschulfinanzierung

382 junge Menschen aus 58 Nationen besuchten in Bayern im Wintersemester 2019/20 ein Studienkolleg

Studienbewerberinnen und -bewerber mit einer ausländischen Hochschulzugangsberechtigung, die nicht als gleichwertig mit einem deutschen Abitur anerkannt wird, besuchen zunächst einen in der Regel zweisemestrigen fachspezifischen Kurs in den Studienkollegs bayrischer Hochschulen. Hier bereiten sie sich auf die Prüfung vor, mit der festgestellt wird, ob sie über Kenntnisse auf Abiturniveau verfügen.

Im Wintersemester 2019/20 besuchten 382 Studienbewerberinnen und -bewerber ein solches Kolleg. Das waren 16 Personen oder 4,0% weniger als im vorangegangenen Wintersemester 2018/19.

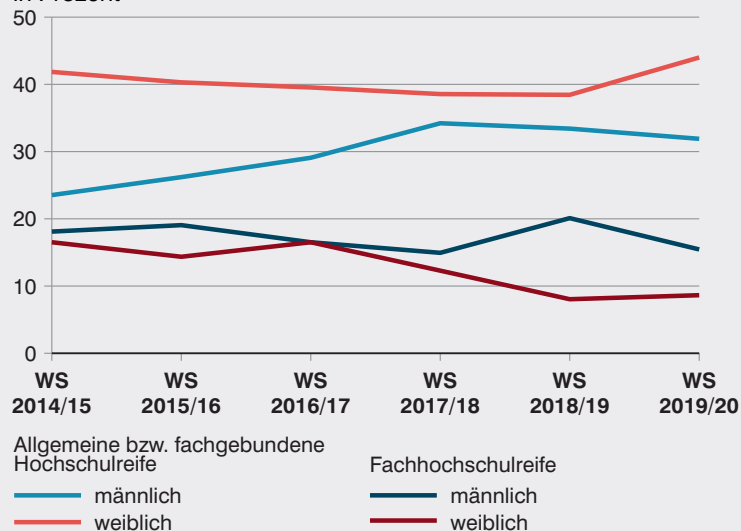
201 oder 52,6% der Studienkollegiaten waren Frauen. Im vorangegangenen Wintersemester lag der entsprechende Anteil bei 46,5%. Seit 1997/98 waren immer mindestens die Hälfte der Kollegiaten Frauen. Der höchste Wert war im Wintersemester 2001/02 mit 59,4% zu verzeichnen.

2019/20 stammten die Kollegiaten aus 58 verschiedenen Staaten. Unter ihnen waren 36 deutsche Staatsangehörige (9,4%), und 9 Kollegiaten (bzw. 2,4%) stammten aus den übrigen Ländern der Europäischen Union. Die größte Gruppe der Kollegiaten aus Nicht-EU-Staaten stellten russische (55)

Staatsangehörigkeit (Land)	Studienkollegiaten		
	insgesamt	davon	
		männlich	weiblich
Europa	154	55	99
darunter Deutschland ¹	36	17	19
Russische Föderation	55	14	41
Ukraine	43	18	25
Afrika	27	22	5
darunter Marokko	9	9	-
Amerika	44	20	24
darunter Kolumbien	9	4	5
Mexiko	8	2	6
Asien und Australien	157	84	73
darunter Indonesien	24	11	13
Syrien, Arabische Republik	16	14	2
Vietnam	23	8	15
Insgesamt	382	181	201

¹ Deutsche mit ausländischem Schulabschlusszeugnis.

Teilnehmer an Studienkollegs in Bayern 2014/15* bis 2019/20* nach Art der angestrebten Hochschulreife in Prozent

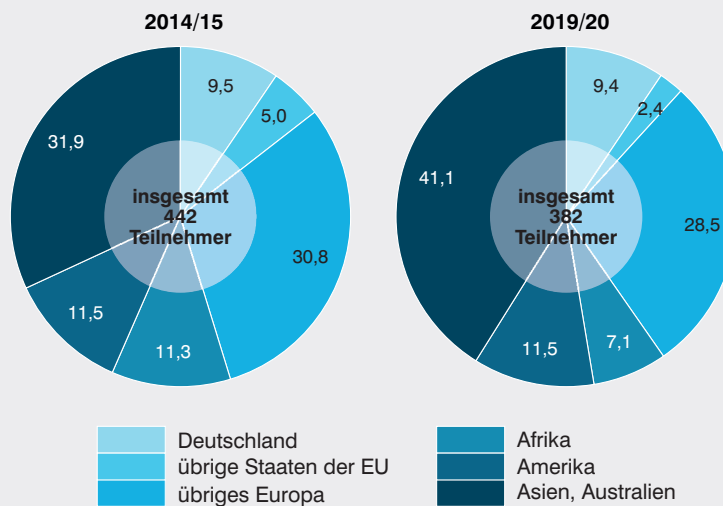


* Jeweils Wintersemester (WS).

und ukrainische (43) Staatsangehörige. Aus Asien kamen insgesamt 157 Kollegteilnehmende,

darunter 24 aus Indonesien, 23 aus Vietnam und 16 aus Syrien.

Teilnehmer an Studienkollegs in Bayern 2014/15* und 2019/20* nach Staatsangehörigkeit in Prozent



* Jeweils Wintersemester.

Knapp ein Viertel (24,1 %) der Kollegiaten bereitete sich auf ein Studium vor, das die Fachhochschulreife voraussetzt, 290 (bzw. 75,9 %) wollen die den deutschen Anforderungen entsprechende allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife erwerben. Die erste Gruppe bestand zu 64,1 % aus Männern, bei der zweiten Gruppe waren die Frauen stärker vertreten (57,9 %).

Hinweis

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Studierende an den Hochschulen in Bayern, Wintersemester 2019/20“ (B3120C 201900). Der Bericht kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/bildung_soziales/hochschulen als Datei kostenlos heruntergeladen werden.

Zahl der Studierenden im Wintersemester 2019/20 in Bayern auf Rekordniveau

Nach den noch vorläufigen Meldungen der Studierendenkanzleien sind für das Wintersemester 2019/20 an den Hochschulen in Bayern insgesamt 394 278 Studierende eingeschrieben. Im Vergleich zum vorangegangenen Wintersemester (392 297) steigt die Zahl der Studierenden damit um 0,5 % auf einen neuen Höchststand.

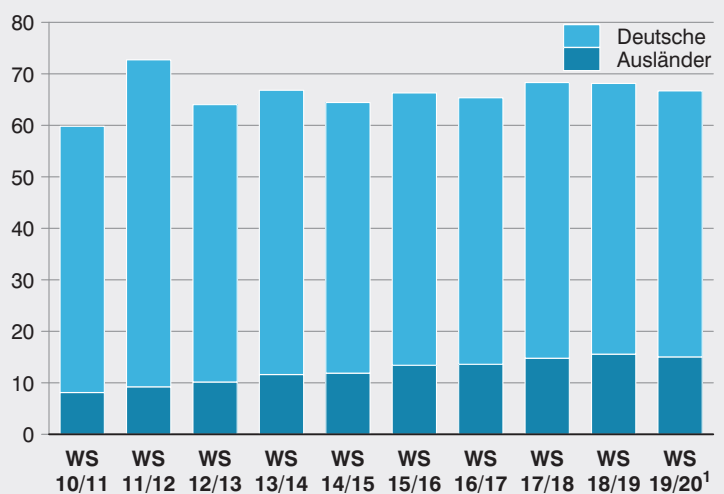
Die Zahl der Studienbeginnenden stieg im Sommersemester 2019 an (+1,4 % auf 9 043), im Wintersemester 2019/20 sank sie hingegen (-2,6 % auf 66 691). Im gesamten Studienjahr 2019 begannen somit 75 734 Personen in Bayern erstmals ein Studium, 1 670 weniger als im Studienjahr davor.

An Universitäten begannen 45 104 junge Menschen im Studienjahr

2019 ihr Studium, was gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 385 bedeutet (-0,8 %). Die staatlichen Fachhochschulen

hatten eine Abnahme um 1 281 bzw. 5,1 % auf 23 705 Erstmatriculierte zu verzeichnen. An nichtstaatlichen Fachhochschulen

Studienanfängerinnen und Studienanfänger an den Hochschulen in Bayern seit 2010* in Tausend



* Jeweils Wintersemester.

¹ Vorläufige Zahlen (inkl. sechs neuer Standorte privater Fachhochschulen ab 2017).

len begannen 5 049 Studierende eine Hochschulausbildung und somit 436 (9,5%) mehr als im Vorjahr. Ihr Anteil an der Gesamtzahl von 28 754 Studienanfängern an den Fachhochschulen in Bayern beträgt somit 6,7%.

Mit 39 109 weiblichen Erstimmatrikulierten im Studienjahr 2019 beträgt der Frauenanteil insgesamt 51,6%. In den Fächergruppen Kunst, Kunstwissenschaft und Geisteswissenschaften waren über zwei Drittel (71,6%

bzw. 70,8%) der Studienbeginnenden weiblich, im Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften lag die Frauenquote bei 68,8%.

Die Zahl der Erstimmatrikulierten mit deutscher Staatsangehörigkeit (55 596) lag im Studienjahr 2019 um 1,9% unter dem Vorjahresniveau. Ebenfalls rückläufig war die Zahl der Ausländer, die 2019 in Bayern erstmalig ein Studium aufnahmen, und zwar um 2,9% auf 20 138. Damit hat-

ten ein gutes Viertel der Studienbeginnenden (26,6%) eine ausländische Staatsangehörigkeit. Rund 68,4% dieser Erstimmatrikulierten nahmen ein Universitätsstudium auf.

Hinweis

Ausführliche Ergebnisse enthält die Internettabelle „Studierende im Wintersemester 2019/20 – vorläufiges Ergebnis“. Die Tabelle kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/bildung_soziales/hochschulen als Datei kostenlos heruntergeladen werden.



Viehwirtschaft, Tierische Erzeugnisse

Leichter Rückgang des Rinderbestands 2019 in Bayern

Zum Stichtag 3. November 2019 wurden durch eine Auswertung des Verwaltungsverfahrens „Herkunftssicherungs- und Informationssystem Tier (HIT)“ in Bayern 3 013 021 Rinder in 42 970 Halten nachgewiesen. Die Zahl der Rinderhaltungen ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 3,4% (–1 523 Halten) gesunken.

Unter den Regierungsbezirken hat Oberbayern mit 897 022 Tieren den größten Rinderbestand, gefolgt von Schwaben mit 652 652 Rindern. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang von 1,8% in Oberbayern bzw. 0,8% in Schwaben. Die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz liegen mit 439 751 (–2,9%) bzw. 409 276 Tieren (–2,4%) fast gleichauf. Unterfranken weist mit 113 980 Tieren (–2,8%) den geringsten Rinderbestand auf.

Das Ostallgäu ist mit 132 229 Tieren Spitzenreiter bei den Rinderbeständen auf Kreisebene, gefolgt vom Kreis Rosenheim mit 131 678 Rindern, dem Kreis Unterallgäu mit 131 187 und dem Kreis Ansbach mit 110 839 Rindern.

Die Zahl der Milchkuhhaltungen ist in allen bayerischen Regierungsbezirken gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Der stärkste Rückgang zeigt sich dabei in Unterfranken mit einem Minus von 8,8% auf 629 Halten, gefolgt von Mittelfranken mit –6,7% auf 2 130 und Oberfranken mit –6,6% auf 1 822 Halten. Den vergleichsweise geringsten relativen Rückgang an Halten weisen mit einem Minus von 3,6% (9 164 Halten) und einem Minus von 3,8% (6 217 Halten) die Bezirke Oberbayern und Schwaben auf.

Der Kreis Ostallgäu hat mit 65 418 Tieren den höchsten Milchkuhbestand auf Kreisebene, fast gleichauf liegt der Kreis Unterallgäu mit 63 505 Milchkühen. An dritter Stelle liegt der Landkreis Rosenheim mit 60 949 Kühen.

In Bayern umfasst eine Milchkuhhaltung im Durchschnitt 41 Milchkühe. Die größten Bestände gibt es in Mittel- und Oberfranken mit 47 bzw. 46 Kühen. Am kleinsten sind die Bestände in Ober- und Niederbayern mit durchschnittlich 38 und 36 Tieren.

Hinweis

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Viehbestände in Bayern – Viehzählung im November 2019 (C3132C 201900)“. Der Bericht kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/landwirtschaft als Datei kostenlos heruntergeladen werden.



Außenhandel

Bayerns Exporte im November 2019 leicht im Minus

Im November 2019 exportierte die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von fast 16,4 Milliarden Euro (–0,5% gegenüber dem Vorjahresmonat) und importierte Waren im Wert von gut 16,1 Milliarden Euro (–6,0%). Nach den vorläufigen Ergebnissen der Außenhan-

delsstatistik wurden somit 58,3% aller Exporte in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-28) versandt, darunter gingen 35,7% aller Exporte in die Länder der Euro-Zone. 62,1% aller Importe bezog Bayern aus den Ländern der Europäischen

Union, darunter kamen 33,2% aller Importe aus den Ländern der Euro-Zone.

Die wichtigsten Ausfuhrländer Bayerns im November 2019 waren die Vereinigten Staaten, die Volksrepublik China, Frank-

Der Außenhandel Bayerns im November 2019 und von Januar bis November 2019

Vorläufige Ergebnisse

Erdteil/Ländergruppe/Land Warenuntergruppe	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
November				
Europa	10 848 483	0,8	11 478 018	-6,4
darunter EU-Länder (EU-28)	9 561 841	0,0	10 018 254	-7,6
darunter Euro-Länder	5 849 308	-3,5	5 351 377	-12,7
darunter Frankreich	1 250 385	-1,5	651 086	-34,1
Niederlande	602 815	7,9	772 809	-12,8
Italien	1 080 698	-4,7	1 017 778	-5,7
Österreich	1 236 960	-7,2	1 321 513	-9,6
Vereinigtes Königreich	1 038 624	-5,0	500 899	-4,2
Polen	724 420	6,3	1 174 816	-4,9
Tschechien	803 114	36,6	1 417 480	-3,5
Ungarn	368 626	-1,0	969 039	16,9
Schweiz	513 866	-4,0	372 022	-0,5
Afrika	226 390	3,9	398 767	-35,6
Amerika	2 261 813	-5,9	1 009 730	-13,7
darunter Vereinigte Staaten	1 786 610	-5,4	841 733	-16,0
Asien	2 922 973	-0,2	3 208 957	3,9
darunter Volksrepublik China	1 369 285	-2,6	1 498 986	2,5
Australien-Ozeanien	127 674	-13,7	14 505	54,4
Verschiedenes ¹	1 632	-29,8	20 057	85,6
Insgesamt	16 388 965	-0,5	16 130 033	-6,0
darunter elektronische Bauelemente	257 804	-3,7	856 901	-20,3
Erdöl und Erdgas	-	-100,0	1 079 266	15,4
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren ²	1 123 029	-13,7	1 275 141	-9,6
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	1 281 266	16,8	1 044 590	-7,5
Medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen	503 537	8,3	189 156	7,5
Mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse	590 493	-11,2	314 233	-2,2
nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen	143 337	2,4	523 915	2,5
Personenkraftwagen und Wohnmobile	2 779 207	5,8	614 400	-36,0
Maschinen zusammen (EGW841 bis EGW859 ³)	2 792 953	-7,9	1 878 263	-4,4

¹ Schiffs- und Flugzeugbedarf, Hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

² Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen.

³ EGW: Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (Rev. 2002).

reich, Österreich, Italien und das Vereinigte Königreich. Die bedeutendsten Einfuhrländer waren die Volksrepublik China, Tschechien, Österreich, Polen, Italien und Ungarn. Die höchsten Exportwerte erzielte die bayerische Wirtschaft im November 2019 mit „Maschinen zusammen“, „Personenkraftwagen und Wohnmobilen“, „Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ sowie „Fahrstellen, Karosserien, Motoren,

Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“. Wertmäßig das höchste Importvolumen hatten „Maschinen zusammen“, gefolgt von „Fahrstellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“, „Erdöl und Erdgas“ sowie „Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“.

Im Zeitraum Januar bis November 2019 verringerten sich die

Exporte der bayerischen Wirtschaft um 0,5% auf gut 176,1 Milliarden Euro, die Importe wuchsen um 0,5% auf rund 175,6 Milliarden Euro.

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im November 2019“ (G3000C 201911). Der Bericht kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/handel als Datei kostenlos heruntergeladen werden.

Noch: Der Außenhandel Bayerns im November 2019 und von Januar bis November 2019 Vorläufige Ergebnisse				
Erdteil/Ländergruppe/Land Warenuntergruppe	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
Januar bis November				
Europa	113 561 985	0,4	122 755 583	1,3
darunter EU-Länder (EU-28)	100 594 908	0,8	107 752 761	1,0
darunter Euro-Länder	62 845 007	0,3	60 847 477	-0,2
darunter Frankreich	12 621 826	1,1	7 260 773	-10,1
Niederlande	6 460 107	5,9	9 013 695	-0,6
Italien	11 600 103	0,7	11 114 674	-3,6
Österreich	13 695 536	-1,9	16 199 164	7,2
Vereinigtes Königreich	11 638 859	-2,4	5 487 492	7,8
Polen	7 477 952	5,0	11 171 514	2,1
Tschechien	6 511 168	3,4	13 545 773	-1,3
Ungarn	3 838 991	5,8	9 941 713	10,7
Schweiz	5 382 518	-1,9	3 951 690	6,4
Afrika	2 692 694	14,4	4 371 712	-3,4
Amerika	25 547 768	-1,4	12 434 813	-3,0
darunter Vereinigte Staaten	19 825 043	0,5	10 622 559	-2,4
Asien	32 711 058	-3,5	35 712 005	-0,7
darunter Volksrepublik China	15 468 206	-0,9	15 859 941	4,3
Australien-Ozeanien	1 577 026	-4,3	188 148	24,3
Verschiedenes ¹	26 586	-55,1	151 486	33,7
Insgesamt	176 117 116	-0,5	175 613 745	0,5
darunter elektronische Bauelemente	2 969 273	-1,4	10 531 082	-10,4
Erdöl und Erdgas	240	-74,1	11 579 912	0,8
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren ²	13 472 488	-5,9	14 302 431	-4,5
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	11 980 988	3,2	11 799 641	-1,0
Medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen	5 615 310	12,8	1 934 162	17,6
Mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse	6 575 768	-3,5	3 500 516	-1,0
nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen	1 308 754	4,6	4 201 059	4,0
Personenkraftwagen und Wohnmobile	29 395 658	-3,4	9 102 809	2,4
Maschinen zusammen (EGW841 bis EGW859 ³)	30 820 085	-0,9	19 722 187	1,9

1 Schiffs- und Flugzeugbedarf, Hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

2 Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen.

3 EGW: Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (Rev. 2002).



Binnenhandel

Traumbilanz für Bayerns Einzelhandel im Jahr 2019

Nach den ersten Ergebnissen der Monatsstatistik im Einzelhandel stieg der Umsatz im bayerischen Einzelhandel im Jahr 2019 gegenüber dem Jahr 2018 nominal um 4,7% und real um 4,3%. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 1,0% (Vollzeitbeschäftigte: 0,1%; Teilzeitbeschäftigte: +1,7%). Im Lebensmittel-Einzelhandel

wuchs der nominale Umsatz im Jahr 2019 um 3,4% (real: +2,5%). Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln stieg der nominale Umsatz um 5,3% (real: +5,0%). Die Zahl der Beschäftigten nahm im Einzelhandel mit Lebensmitteln um 2,6% zu, im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln um 0,2%.

Den höchsten Anstieg unter den Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels verzeichneten 2019 der „sonstige Einzelhandel“ (nicht in Verkaufsräumen; bspw. der „Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen“ und der „Versand- und Internet-Einzelhandel“) und der freizeitorientierte „Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportaus-

Umsatz und Beschäftigte des Einzelhandels in Bayern im Dezember 2019 und im Jahr 2019

Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real ¹		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %				
Dezember					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	0,2	-1,4	3,4	2,8	3,7
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschließlich Tankstellen)	6,5	6,3	-0,4	-1,1	0,2
Einzelhandel insgesamt².....	4,7	4,1	1,0	0,1	1,6
davon in Verkaufsräumen	-0,6	-1,6	0,9	0,0	1,6
mit Waren verschiedener Art	-0,7	-2,2	2,9	2,7	3,0
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	1,0	-0,8	4,1	0,1	6,7
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	-2,6	-0,1	-2,2	-4,4	-1,1
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik ...	-3,9	0,1	-3,2	-3,6	-2,3
mit sonstigen Haushaltsgeschäften, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	-1,9	-3,1	-2,1	-1,4	-3,1
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	-1,3	-2,9	1,5	0,5	2,2
mit sonstigen Gütern	0,9	-0,4	0,0	-1,0	0,7
an Verkaufsständen und auf Märkten	-0,4	-3,0	-5,2	-12,7	-1,2
sonstiger Einzelhandel	18,2	18,3	1,7	1,7	1,9
Januar bis Dezember					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	3,4	2,5	2,6	2,9	2,4
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	5,3	5,0	0,2	-1,1	1,2
Einzelhandel insgesamt².....	4,7	4,3	1,0	0,1	1,7
davon in Verkaufsräumen	3,0	2,3	1,0	0,1	1,6
mit Waren verschiedener Art	3,0	2,2	2,9	3,5	2,6
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	3,2	1,8	0,2	-1,4	1,2
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	-0,7	-0,1	0,7	-1,8	1,9
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik ...	-0,5	4,2	-0,1	-1,2	2,8
mit sonstigen Haushaltsgeschäften, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2,3	1,1	-2,1	-1,8	-2,5
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	5,6	4,1	2,6	1,4	3,6
mit sonstigen Gütern	4,0	2,9	0,3	-1,5	1,4
an Verkaufsständen und auf Märkten	3,1	1,3	-0,4	-4,4	1,7
sonstiger Einzelhandel	9,7	9,8	1,3	0,5	2,5

¹ In Preisen des Jahres 2015.

² Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

rüstungen und Spielwaren“. Im „Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik“ stieg der reale Umsatz ebenfalls deutlich, der nominale Umsatz ging hier jedoch zurück.

Im Dezember 2019 erhöhte sich der nominale Umsatz des bayeri-

schen Einzelhandels gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,7 %, der reale Umsatz nahm um 4,1 % zu. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 1,0 %.

Hinweis

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Dezember 2019“ (G1100C 201912). Der Bericht kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/handel als Datei kostenlos heruntergeladen werden.



Tourismus, Gastgewerbe

Tourismus in Bayern knackt 2019 neue Rekordmarke

Die vorliegenden Ergebnisse zur Monaterhebung im Tourismus lassen keine Zweifel: 2019 war ein neues Rekordjahr für den Touris-

mus in Bayern. In den 11 313 geöffneten Beherbergungsbetrieben (geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten,

einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen) im Freistaat konnten mit rund 40,0 Millionen Gäs-

Bayerns Tourismus im Dezember 2019 und im Jahr 2019

Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart — Herkunft — Gebiet	Dezember				Januar bis Dezember			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %
Hotels	1 620 034	4,2	3 311 572	4,0	21 284 522	3,1	43 880 826	3,6
Hotels garnis	482 780	6,0	1 050 689	5,4	6 621 813	3,4	14 988 972	3,1
Gasthöfe	209 910	-2,6	430 758	-4,3	3 641 225	-3,1	7 396 621	-3,4
Pensionen	86 097	1,3	252 003	0,2	1 546 456	2,1	4 627 338	2,6
Hotellerie zusammen	2 398 821	3,8	5 045 022	3,3	33 094 016	2,4	70 893 757	2,6
Jugendherbergen und Hütten	45 374	-5,6	116 852	2,6	1 120 025	0,3	2 455 924	0,4
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	79 297	-3,9	236 604	-3,6	1 549 464	0,2	4 581 672	-0,3
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	92 396	7,0	459 643	8,3	1 649 070	1,5	8 407 516	2,2
Campingplätze	29 282	8,6	110 826	11,5	2 164 616	5,4	6 437 011	4,3
Vorsorge- und Reha-Kliniken	28 771	3,2	614 486	3,2	433 728	-5,0	8 135 600	-0,5
Insgesamt	2 673 941	3,5	6 583 433	3,5	40 010 919	2,3	100 911 480	2,2
davon aus dem Inland	1 950 323	3,3	5 039 613	2,9	29 940 820	2,6	80 012 343	2,3
Ausland	723 618	4,2	1 543 820	5,6	10 070 099	1,4	20 899 137	2,0
davon Oberbayern	1 332 802	5,3	3 094 633	6,3	18 849 795	3,1	44 473 396	3,8
darunter München	733 936	8,7	1 552 287	10,7	8 750 922	5,9	18 291 939	6,8
Niederbayern	212 920	4,0	764 685	3,8	3 367 451	3,6	12 352 869	1,9
Oberpfalz	147 198	0,8	347 086	-1,7	2 159 182	1,3	5 407 511	0,2
Oberfranken	127 570	2,6	317 328	-0,3	2 187 041	3,2	5 296 229	2,4
Mittelfranken	352 589	1,8	666 379	0,4	4 385 009	0,4	8 804 677	-0,2
darunter Nürnberg	192 468	1,8	343 988	1,3	1 989 349	-0,6	3 560 930	-1,4
Unterfranken	176 464	0,2	455 870	0,2	3 056 234	0,8	7 377 333	0,7
Schwaben	324 398	1,6	937 452	1,7	6 006 207	1,3	17 199 465	1,1

Tourismusregionen* in Bayern Stand: 1. Januar 2020



- Gemeindegebiete, die zwei Tourismusregionen angehören
 Grenzen der Tourismusregionen
 Grenzen der kreisfreien Städte und Landkreise

* Die Festlegung und Abgrenzung der Tourismusregionen basiert auf Angaben der vier bayerischen Tourismusverbände (München-Oberbayern, Ostbayern, Franken und Allgäu/Bayerisch-Schwaben). Daran beteiligt waren das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie sowie das Bayerische Landesamt für Statistik.

teankünften (+2,3%) und gut 100,9 Millionen Übernachtungen (+2,2%) die Vorjahreswerte ein weiteres Mal übertroffen werden. Der Löwenanteil des Gästeaufkommens entfiel dabei mit gut 29,9 Millionen Gästeankünften (+2,6%) und rund 80,0 Millionen Übernachtungen (+2,3%) auf Gäste inländischer Herkunft. Ein Viertel aller Gäste kam aus dem Ausland nach Bayern. Im nun

abgeschlossenen Tourismusjahr 2019 konnten auch bei diesen sowohl Zunahmen bei den Gästeankünften (+1,4%) als auch bei den Übernachtungen (+2,0%) verzeichnet werden.

Als eine der wenigen Betriebsarten mussten die Gasthöfe einen Rückgang im Jahr 2019 hinnehmen. Hier gingen die Zahlen der Gästeankünfte um 3,1% und die

Übernachtungszahlen um 3,4% zurück. Außerdem waren auch bei den Vorsorge- und Reha-Kliniken mit –5,0% bei den Gästeankünften und –0,5% bei den Übernachtungen Einbußen im Vergleich zum Vorjahr festzustellen.

Die Landeshauptstadt München kann mit der Jahresbilanz 2019 zufrieden sein. Insgesamt kann man sich hier über ein Plus von 5,9% bei den Gästeankünften und 6,8% bei den Übernachtungen freuen.

Die drei bayerischen Tourismusregionen mit den größten Zuwächsen bei den Übernachtungen im Jahr 2019 waren Ammersee-Lech (+10,8%), Starnberg-Ammersee (+7,0%) und die Landeshauptstadt München (+6,8%).

Darüber hinaus lagen acht bayerische Gemeinden im Jahr 2019 über der Millionengrenze bei den Übernachtungen. Dies waren die Landeshauptstadt München (18,3 Millionen), Nürnberg (3,6 Millionen), Bad Füssing (2,3 Millionen), Oberstdorf (2,0 Millionen), Bad Kissingen (1,5 Millionen), Füssen (1,2 Millionen), Regensburg (1,1 Millionen) und Garmisch-Partenkirchen (1,1 Millionen).

Hinweis

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Dezember und im Jahr 2019“ (G4100C 201912). Der Bericht kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/tourismus als Datei kostenlos heruntergeladen werden.

„Essen gehen“ stand 2019 in Bayern hoch im Kurs

Der nominale Umsatz wuchs im bayerischen Gastgewerbe im

Jahr 2019 gegenüber 2018 um 3,2%, der reale Umsatz nahm um

0,7% zu. Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes erhöhte

Umsatz und Beschäftigte des bayerischen Gastgewerbes im Dezember 2019 und im Jahr 2019
 Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real ¹		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %				
Dezember					
Beherbergung	0,5	-1,8	-0,6	0,0	-1,1
davon Hotellerie	0,5	-1,8	-0,7	-0,1	-1,3
Ferienunterkünfte u. Ä.	0,8	-1,2	2,3	3,1	1,9
Campingplätze	0,1	-3,9	3,2	5,1	1,7
sonstige Beherbergungsstätten	0,2	-1,6	2,1	-4,5	13,3
Gastronomie	2,5	-0,4	2,6	2,8	2,4
davon Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	2,0	-0,9	2,8	2,5	3,0
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungs- dienstleistungen	8,6	5,9	4,4	5,8	3,4
Ausschank von Getränken	-5,8	-8,4	-2,0	-2,8	-1,8
darunter Gaststättengewerbe	1,4	-1,6	2,3	2,2	2,3
Gastgewerbe insgesamt	1,7	-0,9	1,5	1,6	1,4
Januar bis Dezember					
Beherbergung	2,1	0,0	1,2	1,6	0,8
davon Hotellerie	2,1	-0,1	1,1	1,6	0,6
Ferienunterkünfte u. Ä.	4,1	1,9	4,3	2,2	5,4
Campingplätze	2,3	0,3	3,7	2,1	4,9
sonstige Beherbergungsstätten	0,4	-1,4	-1,5	-0,4	-3,1
Gastronomie	3,9	1,2	1,8	2,8	1,2
davon Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	3,6	0,8	1,8	2,4	1,5
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungs- dienstleistungen	6,8	4,5	4,3	3,6	4,8
Ausschank von Getränken	0,0	-2,5	-1,8	5,8	-3,5
darunter Gaststättengewerbe	3,3	0,5	1,4	2,6	0,8
Gastgewerbe insgesamt	3,2	0,7	1,6	2,3	1,1

1 In Preisen des Jahres 2015.

sich um 1,6%, davon stieg die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 2,3% und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1,1%.

In der Beherbergung erhöhte sich der nominale Umsatz in 2019 um 2,1%, der reale Umsatz blieb gegenüber dem Vorjahr konstant; in der Gastronomie wuchs der nominale Umsatz um 3,9% und der reale Umsatz um 1,2%. Die Zahl der Beschäftigten nahm in der Beherbergung um 1,2% zu und in der Gastronomie um 1,8%.

Vier der sieben Wirtschaftsgruppen des Gastgewerbes verzeichneten im Jahr 2019 nominale und

reale Umsatzzuwächse. In der „Hotellerie“ und bei den „Sonstigen Beherbergungsstätten“ nahm zwar der nominale Umsatz jeweils zu, der reale Umsatz ging jedoch im Vergleich zu 2018 zurück. In der Wirtschaftsgruppe „Ausschank von Getränken“ hielt sich der nominale Umsatz auf Vorjahresniveau, während der reale Umsatz ebenfalls sank. Den höchsten Umsatzzuwachs verzeichneten die „Caterer und sonstigen Verpflegungsdienstleister“ (nominal: +6,8%; real: +4,5%).

Im Dezember 2019 stieg der Umsatz des bayerischen Gastgewer-

bes im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 1,7% (real: -0,9%). Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 1,5%.

Hinweis

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Dezember 2019“ (G4300C 201912).

Der Bericht kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/tourismus als Datei kostenlos heruntergeladen werden.



Straßen- und Schienenverkehr

4,4 Prozent mehr Kfz-Neuzulassungen in Bayern im Jahr 2019

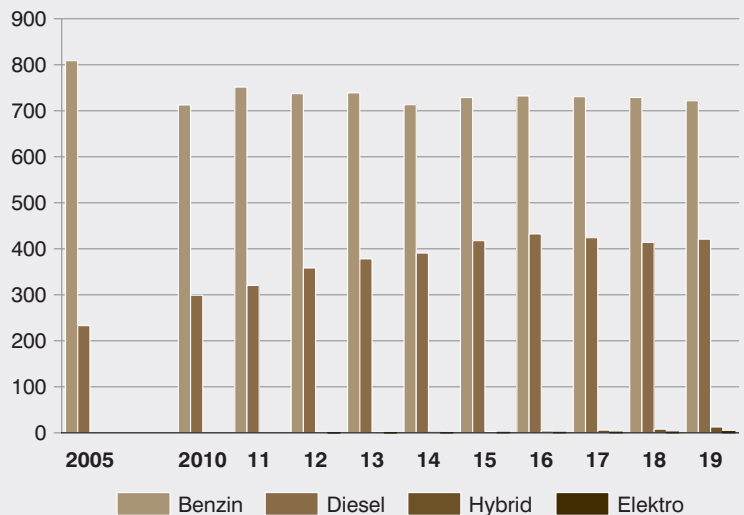
Im Jahr 2019 wurden in Bayern 864 917 Kraftfahrzeuge (Kfz) mit amtlichen Kennzeichen neu zugelassen und somit 4,4 % mehr als im Vorjahr. Damit stiegen die Pkw-Neuzulassungen um 3,3 % auf 732 774 Fahrzeuge. Davon nutzen 406 879 Fahrzeuge Benzin (–2,6 %), 249 453 Diesel (–0,7 %) und 76 442 andere Kraftstoffarten wie Gas, Elektro und Hybrid (+87,8 %).

Der Anteil der neu zugelassenen Benziner lag bei 55,5 % und der Anteil der Diesel bei 34,0 %. Bei den anderen Kraftstoffarten war die Hybridtechnik mit 59 294 Fahrzeugen und einem Anteil von 8,1 % am stärksten vertreten. Elektroautos verbuchten ein Plus von 74,3 % und kamen damit auf 14 532 Neuzulassungen (Anteil: 2,0 %).

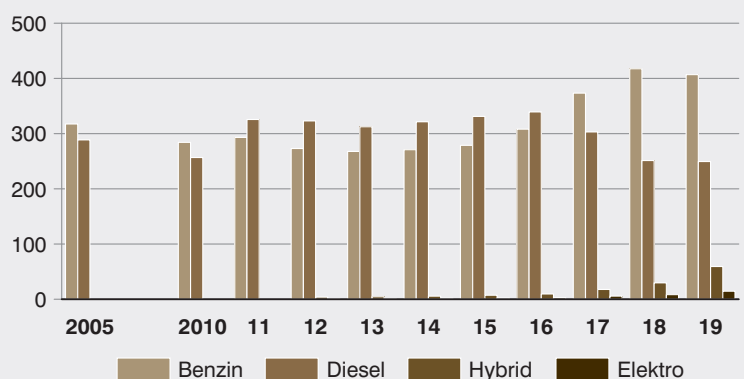
Weiterhin wurden 14,3 % mehr Lastkraftwagen, 9,6 % mehr Zugmaschinen und 5,6 % mehr Krafträder neu zugelassen. Die Zulassungszahlen bei Kraftomnibussen (–3,9 %) waren rückläufig.

Die Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 % auf eine Anzahl von 1 354 289 Fahrzeugen an. Mit 1 165 114 Halterwechseln bei den Pkw nahmen diese ebenfalls geringfügig zu, darunter verzeichneten alternative Antriebstechnologien mit 22 403 Ummeldungen ein Plus von 26,1 %.

Pkw-Besitzumschreibungen in Bayern seit 2005 nach ausgewählten Kraftstoffarten in Tausend



Pkw-Neuzulassungen in Bayern seit 2005 nach ausgewählten Kraftstoffarten in Tausend



Hinweis

Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg, Fahrzeugzulassungen (FZ), Neuzulassungen (FZ 8) bzw. Besitzumschreibungen (FZ 9) von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern – Monatsergebnisse Januar 2018 – Dezember 2018 und Januar 2019 – Dezember 2019 (www.kba.de – Statistik).

Neuzulassungen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen in Bayern im Jahr 2018 und 2019

Fahrzeugklasse Kraftstoffart	Neuzulassungen Januar bis Dezember			Besitzumschreibungen Januar bis Dezember		
	2018	2019	Veränderung 2019 gegen- über 2018	2018	2019	Veränderung 2019 gegen- über 2018
	insgesamt		%	insgesamt		%
Krafträder	40 115	42 352	5,6	96 462	93 063	-3,5
Personenkraftwagen	709 478	732 774	3,3	1 160 721	1 165 114	0,4
davon angetrieben mit Benzin	417 529	406 879	-2,6	728 921	721 791	-1,0
Diesel	251 254	249 453	-0,7	414 028	420 920	1,7
anderen Kraftstoffarten	40 695	76 442	87,8	17 772	22 403	26,1
darunter Hybridtechnik	29 698	59 294	99,7	7 881	12 656	60,6
darunter mit Plug-in	6 946	11 122	60,1	1 604	2 078	29,6
Elektro	8 337	14 532	74,3	1 618	2 423	49,8
Kraftomnibusse	1 387	1 333	-3,9	907	1 041	14,8
Lastkraftwagen	57 326	65 496	14,3	54 245	58 374	7,6
Zugmaschinen	16 839	18 463	9,6	34 060	34 050	-0,0
Sonstige Kraftfahrzeuge	3 517	4 499	27,9	2 375	2 647	11,5
Kraftfahrzeuge insgesamt	828 662	864 917	4,4	1 348 770	1 354 289	0,4
Kraftfahrzeuganhänger	55 836	58 117	4,1	63 186	65 051	3,0



Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Rund 286 100 Tonnen Klärschlamm im Jahr 2018 entsorgt

Im Jahr 2018 belief sich bei den knapp 2 400 im Rahmen der amtlichen Statistik erfassten öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen mit biologischer Behandlungsstufe in Bayern die Gesamtmenge des angefallenen Klärschlammes auf gut 286 100 Tonnen Trockenmasse. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 2,8%. Knapp 226 800 Tonnen Trockenmasse (79,3%) gingen in die thermische Entsorgung, darunter knapp 90 300 Tonnen in die Monoverbrennung und an die 132 900 Tonnen in die Mitverbrennung. Rund 59 000

Tonnen Trockenmasse (20,6%) wurden stofflich verwertet, darunter knapp 22 900 Tonnen in der Landwirtschaft und gut 32 700 Tonnen im Landschaftsbau. Der Anteil der thermischen Entsorgung an allen genutzten Entsorgungswegen ist seit Beginn der jährlichen Erhebung im Jahr 2006 von 44,3% auf 79,3% angestiegen. Dagegen zeigt die stoffliche Verwertung eine kontinuierlich abnehmende Tendenz. Sie verringerte sich von 55,5% der insgesamt entsorgten Klärschlammmenge im Jahr 2006 auf 20,6% im Jahr 2018.

Bei vielen Kläranlagen fällt nicht in jedem Jahr Klärschlamm zur Entsorgung an, weil die Schlammräumung auch in mehrjährigen Abständen erfolgen kann. 85,5% der insgesamt befragten Abwasserbehandlungsanlagen haben im Jahr 2018 eine Maßnahme zur Klärschlamm Entsorgung durchgeführt.

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Allgemeine Hinweise

Bei einem Großteil der Kurzmitteilungen wird am Schluss auf die zugehörige Veröffentlichung verwiesen. Dabei kann es in einigen Fällen vorkommen, dass bei Herausgabe des vorliegenden Hefts die genannte Veröffentlichung noch nicht erschienen ist.

Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/produkte. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage die Zusendung eines kostenpflichtigen Ausdrucks möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Kooperation zwischen dem Bayerischen Landesamt für Statistik und dem Institut für Zeitgeschichte innerhalb des Projekts „Demokratische Kultur und NS-Vergangenheit. Politik, Personal, Prägungen in Bayern 1945 bis 1975“

Das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Wirsching führt auf Beschluss des Bayerischen Landtags seit 2016 das Projekt „Demokratische Kultur und NS-Vergangenheit“ durch. Im Mittelpunkt steht dabei der Blick auf die Bayerische Staatsregierung und die Regierungsadministration von 1945 bis in die 1970er-Jahre hinein.

In einem ersten Schritt wurden dabei in vier Teilprojekten das Leitungspersonal der Staatskanzlei, des Finanzministeriums, des öffentlichen Gesundheitswesens sowie die staatlichen Sicherheitskulturen in der Nachkriegszeit beleuchtet. Ergebnisse hierzu werden im Lauf dieses Jahres erwartet.

Die zweite Projektphase beinhaltet nun auch ein Teilprojekt „Das Bayerische Statistische Landesamt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, in dessen Rahmen die diesbezüglichen personellen und funktionellen Zusammenhänge, bezogen auf das Landesamt, untersucht werden sollen. Inhaltliche Schwerpunkte sind dabei Prägungen aus der Weimarer Republik und der NS-Diktatur beim Führungspersonal sowie personelle und inhaltliche Kontinuitäten und Neuanfänge.

Am 12. Februar 2020 unterzeichneten Direktor Prof. Dr. Andreas Wirsching für das IfZ und Präsident Dr. Thomas Göbl für das Landesamt die entsprechende Vereinbarung. Sie sieht eine Laufzeit des Teilprojekts von drei Jahren bis in das Jahr 2023 hinein vor.



Dr. Thomas Göbl (links), Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik, und Prof. Dr. Andreas Wirsching, Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung.

Mit der Durchführung des Teilprojekts ab 1. April 2020 wurde der Geschichtswissenschaftler Dr. Jürgen Kilian betraut. Er promovierte an der Universität Passau zum Thema „Wehrmacht und Besatzungsherrschaft im Russischen Nordwesten 1941 bis 1944“. Anschließend fertigte er im Rahmen eines Projekts des Bundesfinanzministeriums die Studie „Krieg auf Kosten anderer. Das Reichsministerium der Finanzen und die wirtschaftliche Mobilisierung Europas für Hitlers Krieg“. Derzeit habilitiert Herr Dr. Kilian am Lehrstuhl für Neueste Geschichte der Universität Bayreuth zum Thema „Die deutschen Kolonialgouverneure 1885 bis 1914“.

Dipl. Kfm. Univ. Thomas Rapp

Der Arbeitsmarkt im demographischen Wandel

Berechnungen zur Entwicklung der Erwerbspersonen in Bayern bis 2037

Dipl. Demogr. Univ. Dr. Karin Tesching

Die Bevölkerung Bayerns wird auch in Zukunft wachsen. So werden nach den Berechnungen des Bayerischen Landesamts für Statistik im Jahr 2037 gut 13,48 Millionen Personen in Bayern leben, was einem Plus von 3,7% entspricht (LfStat 2018). Infolge des demographischen Wandels wird sich die Bevölkerungsstruktur Bayerns jedoch nachhaltig verändern, wenn auch nicht überall in gleichem Maße. Damit sich Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf diese Entwicklungen einstellen können, sind neben Bevölkerungsvorausberechnungen auch sogenannte Anschlussrechnungen nützlich, welche für bestimmte Themenfelder die aus heutiger Sicht möglichen Folgen der demographischen Entwicklung aufzeigen. Vor diesem Hintergrund wurde am Bayerischen Landesamt für Statistik nun erstmals eine Erwerbspersonenvorausberechnung erstellt, die – unter Berücksichtigung von Informationen zur Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sowie zum Verlauf der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsbeteiligung – Aussagen zum künftigen Erwerbspersonenpotenzial ermöglicht. Durch eine Regionalisierung der Berechnung kann auch für verschiedene Regionen sowie kreisfreie Städte und Landkreise dargestellt werden, wie sich das Arbeitskräfteangebot bzw. ein möglicher Arbeitskräftemangel zukünftig entwickeln wird.

Vorbemerkungen

Seit mehr als 20 Jahren veröffentlicht das Bayerische Landesamt für Statistik regionalisierte Berechnungen zur zukünftigen Entwicklung der Bevölkerung im Freistaat Bayern¹. Diese Bevölkerungsvorausberechnungen haben sich im Laufe der Zeit zu einer wichtigen Informationsquelle für Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft entwickelt und werden mittlerweile in vielen Bereichen als Grundlage für kurz-, mittel- und langfristige Planungen herangezogen.

Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen, wie sich im Zuge des demographischen Wandels die Einwohnerzahl und die strukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung verändern werden. Aufbauend auf diesen Daten lassen sich im Rahmen sogenannter Anschlussrechnungen auch die möglichen Folgen der demographischen Entwicklungen für verschiedene Bereiche des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Lebens aufzeigen. So werden

in Bayern – wie auch im restlichen Bundesgebiet – in den kommenden 20 Jahren die stark besetzten Babyboomer-Jahrgänge, die zwischen 1955 und 1969 geboren wurden, schrittweise das Rentenalter erreichen. Infolgedessen werden in den nächsten Jahrzehnten die in das erwerbstätige Alter eintretenden Generationen deutlich kleiner sein als diejenigen, welche aus Altersgründen aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Um abschätzen zu können, welche Folgen sich daraus für den Arbeitsmarkt in Bayern ergeben könnten, hat das Bayerische Landesamt für Statistik nun erstmals eine Erwerbspersonenvorausberechnung erstellt.

Bei einer Erwerbspersonenvorausberechnung ist – wie bei Bevölkerungsvorausberechnungen im Allgemeinen – unbedingt zu beachten, dass ihr Zweck darin besteht, auf der Grundlage heute verfügbarer Informationen und Erkenntnisse sowie plausibler Annahmen, zukünftige Entwicklungen und deren

¹ Eine Bevölkerungsvorausberechnung auf Ebene der bayerischen kreisfreien Städte und Landkreise wurde vom Bayerischen Landesamt für Statistik erstmals im Jahr 1996 veröffentlicht (LfStatD 1996). Seit dem Jahr 2004 wird diese regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung jährlich erstellt (Leukert 2020). Darüber hinaus wird circa alle drei Jahre der Demographie-Spiegel veröffentlicht, in dem die zukünftige Entwicklung der Einwohnerzahl sowie der Bevölkerungsstruktur für alle bayerischen Gemeinden dargestellt wird (LfStat 2019).

Auswirkungen abzuschätzen. Es geht nicht darum, die Erwerbspersonenzahl für ein bestimmtes Jahr exakt „vorherzusagen“, sondern darum, Entwicklungstendenzen aufzuzeigen (Böckmann et al. 2016).

Methodik, Datengrundlagen und Annahmen Allgemeine Grundlagen

Die Bevölkerung lässt sich in **Erwerbspersonen** und **Nichterwerbspersonen** unterteilen. Zu den Erwerbspersonen zählen Personen, die erwerbstätig sind und Personen, die erwerbslos sind, aber erwerbstätig werden möchten. Demgegenüber sind Nichterwerbspersonen solche Personen, die weder einer Erwerbstätigkeit nachgehen, noch eine Erwerbstätigkeit anstreben.

Erwerbstätige sind nach Definition der International Labour Organization (ILO) Personen im Alter von 15 oder mehr Jahren, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder eine Ausbildung absolvieren. Dabei ist es unerheblich, ob die Tätigkeit regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübt wird. Es spielt auch keine Rolle, ob es sich um eine hauptberufliche Tätigkeit oder eine Nebentätigkeit (z. B. einer Rentnerin oder eines Studenten) handelt. Der zeitliche Umfang und die Bedeutung der Tätigkeit als Quelle für den Lebensunterhalt sind ebenfalls irrelevant. Daher gelten auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ und Familienangehörige eines Unternehmers bzw. einer Unternehmerin, die ohne Bezahlung im Betrieb mithelfen, als erwerbstätig. Ebenso zählen Soldatinnen und Soldaten sowie Personen in Freiwilligendiensten zu den Erwerbstätigen. Einbezogen sind darüber hinaus auch Personen, die vorübergehend nicht arbeiten, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (z. B. Urlauber, Kranke, Personen in Mutterschutz oder Elternzeit).

Erwerbslose sind nach dem Konzept der ILO Personen im erwerbsfähigen Alter, die nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen, sich aber aktiv um eine Arbeitsstelle bemühen und kurzfristig, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei ist unwichtig, ob diese Personen beim Arbeitsamt als Arbeitslose registriert sind oder nicht.

Grundsätzlich umfassen die Erwerbspersonen also den Teil der Bevölkerung, der auf dem Arbeitsmarkt das Arbeitskräfteangebot bereitstellt. Man spricht daher auch vom **Erwerbspersonenpotenzial**².

Für die Ermittlung des zukünftigen Erwerbspersonenpotenzials werden zunächst einmal Daten zur Entwicklung der Bevölkerung benötigt, welche durch eine Bevölkerungsvorausberechnung gewonnen werden. Darüber hinaus sind alters-, geschlechts- und regionalspezifische Erwerbsquoten für ein Basisjahr oder einen bestimmten Basiszeitraum erforderlich, und es müssen Annahmen getroffen werden, wie sich diese Quoten in den nächsten Jahren entwickeln werden. Die zukünftige Zahl an Erwerbspersonen bzw. das Erwerbspersonenpotenzial in einer bestimmten Region ergibt sich dann rechnerisch durch Multiplikation der vorausgerechneten Bevölkerung für diese Region mit der jeweiligen berechneten bzw. unter Nutzung von Annahmen geschätzten Erwerbsquote. Die Berechnung erfolgt für jede regionale Einheit untergliedert nach Altersgruppen und Geschlecht.

Die regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Bayerischen Landesamts für Statistik³

Als demographische Grundlage der Erwerbspersonenvorausberechnung wurde die vom Bayerischen Landesamt für Statistik veröffentlichte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2017 bis 2037 verwendet (Leukert 2018).

Im Hinblick auf das **Geburtenverhalten** wurde in dieser Vorausberechnung angenommen, dass die alters- und kreisspezifischen Geburtenraten des Jahres 2017 bis zum Jahr 2027 linear auf den kreisspezifischen Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2017 zulaufen, was für Bayern insgesamt zu einem geringfügigen Absinken der zusammengefassten Geburtenziffer führt (2017: 1,55; 2027: 1,50). Ab dem Jahr 2027 wurden die Geburtenraten bis zum Ende des Vorausrechnungszeitraums konstant gehalten. Darüber hinaus ist bei der Modellierung der Geburtenraten die Annahme berücksichtigt worden, dass das Alter der Mütter bei der Geburt auch weiterhin moderat ansteigen wird.

2 Nach dem Konzept des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) umfasst das Erwerbspersonenpotenzial auch erwerbsfähige Personen, die aus Arbeitsmarktgründen nicht erwerbstätig sind und sich nicht aktiv um eine Arbeitsstelle bemühen („Entmutigte“), die aber im Falle einer Verbesserung der Beschäftigungsaussichten die Arbeitssuche rasch wieder aufnehmen würden (Fuchs 2002). Dieser Personenkreis kann nicht direkt statistisch erfasst werden und bleibt bei dieser Erwerbspersonenvorausberechnung daher unberücksichtigt.

3 Dieses Kapitel liefert eine kurze Zusammenfassung der zentralen Annahmen sowie wichtigsten Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung 2017 bis 2037. Für detaillierte Informationen zu Methodik, Datengrundlagen, Annahmen (inklusive den dabei berücksichtigten Auswirkungen des erhöhten Zuzugs Schutzsuchender) sowie Ergebnissen vgl. Leukert 2018.

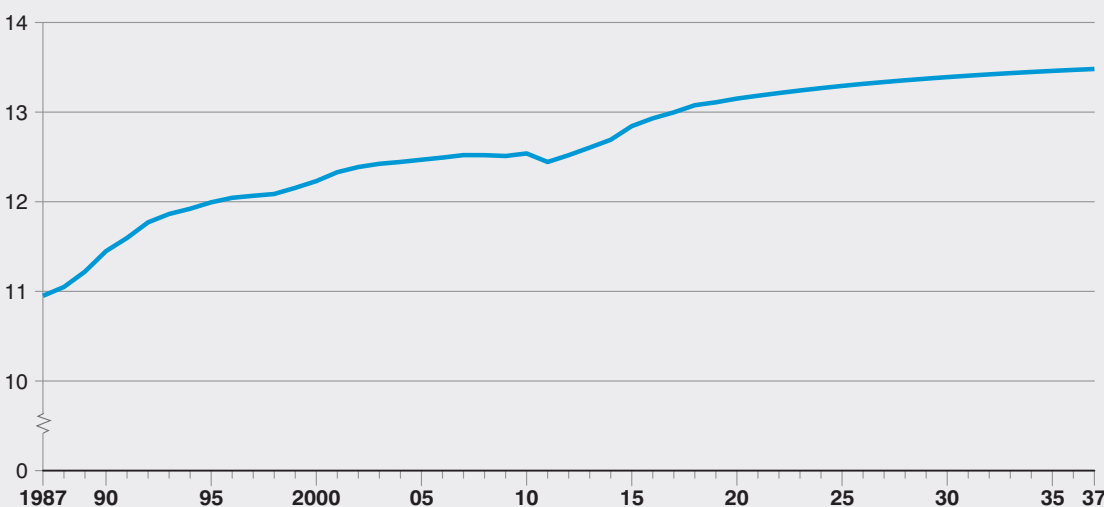
Die Annahmen zur Entwicklung der **Lebenserwartung** orientieren sich an den Analysen und Prognosen des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der aktualisierten 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für die Länder (Destatis 2017). Für Bayern insgesamt ergibt sich dadurch bis zum Jahr 2037 ein Anstieg der Lebenserwartung auf 81,5 Jahre bei den Männern (+2,3 Jahre seit 2017) und 85,7 Jahre bei den Frauen (+2,0 Jahre seit 2017).

Das **Binnenwanderungsverhalten** zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns wurde auf Basis der tatsächlichen Wanderungsbewegungen in den Jahren 2010 bis 2017 modelliert. Bei der Festlegung der Annahmen zur **Außenwanderung** wurde unterschieden zwischen (i) Wanderungen mit dem restlichen Bundesgebiet und (ii) Wanderungen mit dem Ausland. Bei der Wanderung zwischen Bayern und den anderen Ländern wurde davon ausgegangen, dass sich der Saldo über den gesamten Vorausberechnungshorizont hinweg auf dem durchschnittlichen Niveau der Jahre 2013 bis 2017 bewegt, was einem Plus von circa 7 800 Personen pro Jahr entspricht. Bei der Auslandswanderung wurde für einen gewissen Zeitraum noch von einer erhöhten Nettozuwanderung ausgegangen, die sich ab dem Jahr 2021 dann aber bei einem jährlichen Wanderungssaldo von gut 40 000 Personen stabilisiert.

Zentrales Ergebnis der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung 2017 bis 2037 ist, dass die Bevölkerung Bayerns auch in Zukunft wachsen wird. Bis zum Jahr 2037 wird der Freistaat einen Bevölkerungsstand von gut 13,48 Millionen Einwohnern erreichen, was im Vergleich zum Jahr 2017 einem Plus von 484 000 Personen bzw. 3,7% entspricht (Abbildung 1). Allerdings lag die Zahl der Geburten in Bayern bereits 2017 deutlich unter der Zahl der Gestorbenen (– 7 500), und das Geburtendefizit wird bis zum Jahr 2037 noch deutlich ansteigen (–38 000). Somit ist das Wachstum des Freistaates ausschließlich auf die hohen Wanderungsgewinne zurückzuführen.

Zwar hat der Freistaat als Ganzes in den nächsten 20 Jahren keinen Bevölkerungsrückgang zu erwarten, dennoch wird sich die Altersstruktur der bayerischen Bevölkerung deutlich verändern (Abbildung 2). Die – sich aktuell am Ende der erwerbsaktiven Phase befindlichen – geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer schieben sich kontinuierlich in die höheren Altersjahre. Dadurch werden im Jahr 2037 die um die 70-Jährigen neben den knapp 50-Jährigen die zahlenmäßig am stärksten vertretenen Altersjahrgänge sein. Trotz der anhaltenden Zuwanderung wird zwischen 2017 und 2037 das Durchschnittsalter in Bayern von 43,7 Jahren auf 46,0 Jahre ansteigen. Und obwohl die bayerische Bevölkerung insgesamt bis

Abb. 1
Entwicklung der Bevölkerung Bayerns 1987 bis 2037
in Millionen



2037 um 484 000 Personen wächst, wird die Zahl der Personen in den erwerbsaktiven Altersjahren um mehr als eine halbe Million (– 536 000) schrumpfen.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Bevölkerungsentwicklung in Bayern regional sehr unterschiedlich verlaufen wird (Abbildung 3). Während Oberbayern – und dort insbesondere die Stadt München sowie die angrenzenden Landkreise – auch in Zukunft wächst, wird es vor allem im Norden und Osten Bayerns weiterhin schrumpfende Räume geben, in denen der schon heute deutlich höhere Anteil älterer Menschen noch weiter zunimmt.

Die Ermittlung von Erwerbsquoten

Erwerbsquoten geben den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter – das heißt im Alter von 15 oder mehr Jahren – an. Die Berechnung der Erwerbsquoten erfolgte in diesem Fall auf Basis von Auswertungen des Mikrozensus für den Zeitraum 2013 bis 2017. Der Mikrozensus ist

die größte repräsentative Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik in Deutschland, in der jährlich fast ein Prozent der Bevölkerung umfangreich zu ihren Arbeits- und Lebensbedingungen befragt wird. Da es sich beim Mikrozensus um eine Stichprobenerhebung handelt, sind Auswertungen mit dem Mikrozensus nur eingeschränkt regionalisierbar. Für Bayern lassen sich geschlechts- und altersspezifische Erwerbsquoten anhand des Mikrozensus lediglich auf Ebene von 21 Regionen⁴, nicht aber auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise ermitteln. Die Berechnung der Erwerbsquoten erfolgte für alle Regionen getrennt für Männer und Frauen sowie jeweils für elf Altersgruppen (15 bis unter 20 Jahre, 25 bis unter 30 Jahre, ... 65 Jahre oder älter).

Erfahrungsgemäß werden geringfügige Beschäftigungsverhältnisse im Mikrozensus nicht ausreichend erfasst. Aus diesem Grund wurden die berechneten Erwerbsquoten anhand von Daten zu den ausschließlich geringfügig entlohnenden Beschäftigten aus der Beschäftigungsstatistik der Bundes-

4 Hierbei handelt es sich um die 18 Planungsregionen Bayerns und die drei großen Städte München, Nürnberg und Augsburg, die aufgrund ihrer hohen Einwohnerzahl separat betrachtet werden.

Abb. 2
Altersaufbau der Bevölkerung Bayerns 2017 und 2037 nach Geschlecht
in Tausend

Durchschnittsalter

2017: 43,7 Jahre
2037: 46,0 Jahre

Entwicklung der Bevölkerung 2017 bis 2037

insgesamt: + 484 000 Personen
15 oder älter: + 421 000 Personen
15 bis unter 65: – 536 000 Personen

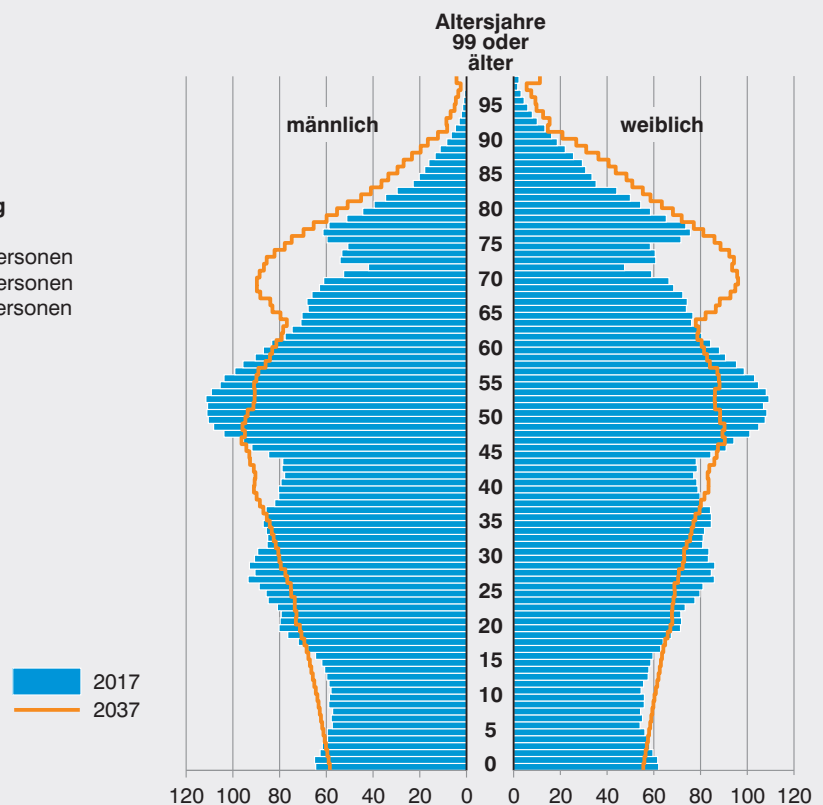
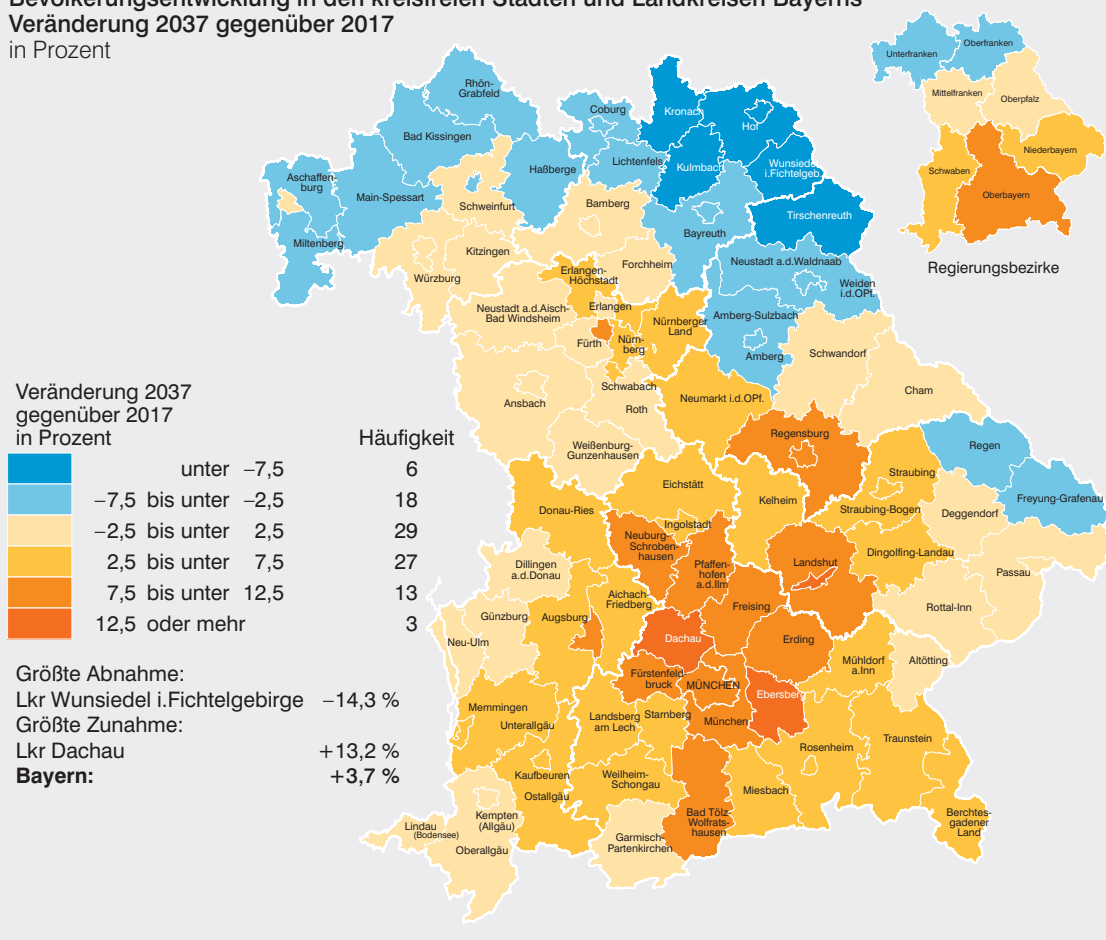


Abb. 3
Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns
Veränderung 2037 gegenüber 2017
in Prozent

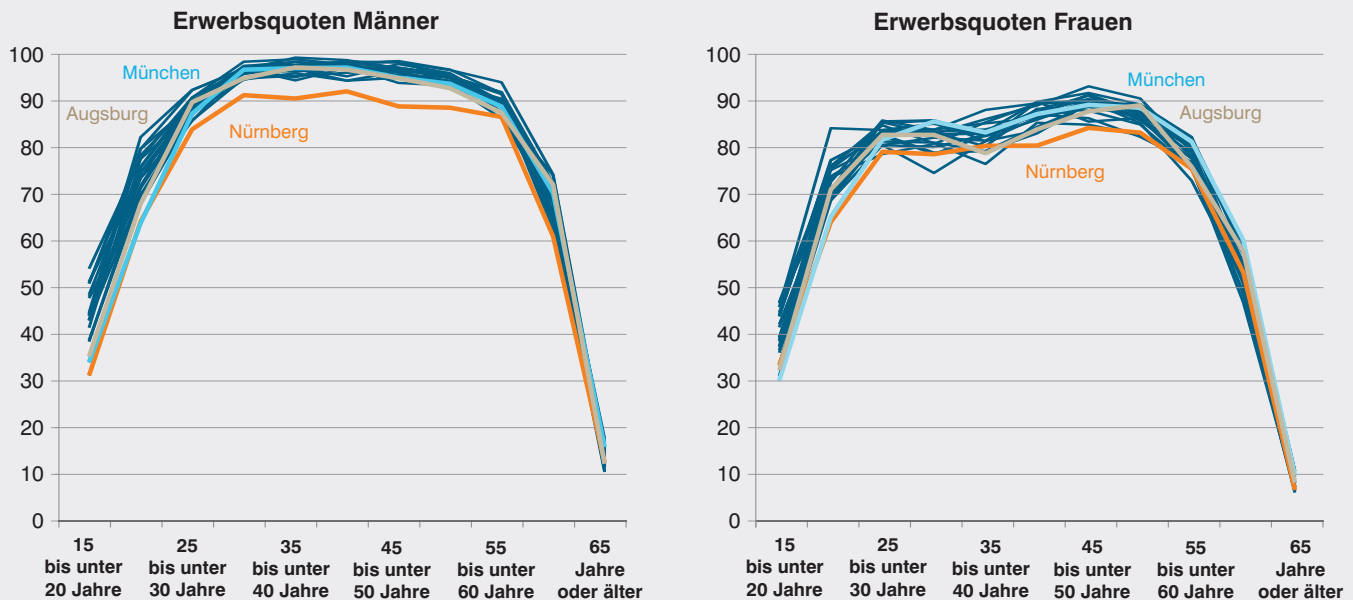


agentur für Arbeit angepasst. Dabei wurde ein vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung entwickeltes Konzept genutzt, welches über die Berechnung sogenannter Differenzquoten den Unterschied in der Erfassung geringfügiger Beschäftigung zwischen den Daten der Bundesagentur für Arbeit und den Daten des Mikrozensus abbildet (vgl. Fuchs und Söhnlein 2003). Die Berechnung der Differenzquoten erfolgte geschlechts- und altersspezifisch. Insbesondere bei Männern in den mittleren Altersstufen sind geringfügige Beschäftigungsverhältnisse jedoch eher die Ausnahme, wodurch die Fallzahlen hier sehr niedrig sind. Aus diesem Grund konnte bei der Ermittlung der Differenzquoten keine regionale Untergliederung vorgenommen werden. Die Berechnung erfolgte somit auf Landesebene und impliziert damit die Annahme, dass es im Mikrozensus keine regionalen Unterschiede in der Untererfassung geringfügig Beschäftigter gibt.

Für jedes Jahr im Basiszeitraum 2013 bis 2017 wurden durch Addition der geschlechts-, alters- sowie regionalspezifischen Mikrozensus-Erwerbsquoten und der geschlechts- sowie altersspezifischen Differenzquoten sogenannte „angepasste Erwerbsquoten“ berechnet. In einem letzten Schritt wurde dann aus diesen jährlichen „angepassten Erwerbsquoten“ der gewichtete Durchschnitt für den Zeitraum 2013 bis 2017 gebildet.

Erwartungsgemäß zeigt sich für alle bayerischen Regionen im Hinblick auf die Erwerbsquoten ein ähnliches geschlechts- und altersspezifisches Muster (vgl. Abbildung 4). Ausgehend von einem relativ niedrigen Niveau bei den 15- bis unter 20-Jährigen, steigen die Erwerbsquoten bis zur Altersgruppe der 30- bis unter 35-Jährigen (bei den Frauen nur bis zur Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen) zügig an, sind dann bis zur Altersgruppe der 55- bis unter 60-Jährigen weitgehend stabil und sinken anschlie-

Abb. 4
Durchschnittliche Erwerbsquoten in den Regionen Bayerns im Zeitraum 2013 bis 2017
in Prozent



5 Berechnungen auf Basis des Mikrozensus haben gezeigt, dass die Erwerbsquoten für Nürnberg bis zum Jahr 2012 vergleichbar waren mit denen von München und Augsburg und erst seit 2013 auf einem etwas niedrigeren Niveau liegen. Seit dem Jahr 2013 wird das Hochrechnungsverfahren des Mikrozensus unter Berücksichtigung neuer Bevölkerungseckwerte (Fortschreibung des Zensus 2011 anstelle der Volkszählung 1987) durchgeführt. Während die Einwohnerzahlen Nürnbergs im Rahmen des Zensus 2011 um 4,0% nach unten korrigiert wurden, lag der Korrekturbedarf für München lediglich bei -0,9% und die Einwohnerzahl der Stadt Augsburg wurde um 1,1% erhöht. Die neuen Eckwerte wirkten sich auch auf die Mikrozensus-Ergebnisse zu den Erwerbs- und Nichterwerbspersonen und somit auf die Höhe der Erwerbsquote aus.

6 Die Erwerbsquote der Frauen lag in Bayern im Jahr 1991 bei 63,7% und stieg bis zum Jahr 2016 um knapp 12 Prozentpunkte auf 75,5% an, während die Erwerbsquote der Männer zu beiden Zeitpunkten bei 84,2% lag (vgl. WSI 2018).

ßend rapide ab. In der untersten Altersgruppe gibt es bei den Männern etwas größere regionale Unterschiede in den Erwerbsquoten als bei den Frauen. So schwankt die Erwerbsquote der 15- bis unter 20-jährigen Männer zwischen 31% in der Stadt Nürnberg und 54% in der Region Landshut, während die Erwerbsquote der Frauen in dieser Altersgruppe zwischen 30% (Stadt München) und 47% (Region Landshut) liegt.

In den drei großen Städten weisen sowohl Männer als auch Frauen im unteren Altersbereich niedrigere Erwerbsquoten auf als in den anderen Regionen Bayerns. Zu erklären ist dies mit dem dort höheren Anteil an Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie Personen im tertiären Bildungsbereich (z. B. Universität, Hochschule), welche als Nichterwerbspersonen zählen. Die Stadt Nürnberg fällt darüber hinaus dadurch auf, dass dort nicht nur in den unteren Altersstufen, sondern über alle Altersgruppen hinweg niedrige Erwerbsquoten vorliegen und zwar sowohl im Vergleich zu den Regionen als auch im Vergleich zu den anderen großen Städten Bayerns⁵.

Zwar hat die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Bayern in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen⁶, dennoch liegen die Erwerbsquoten von Frauen

in allen Altersstufen nach wie vor unter denen der Männer. In den betreuungsintensiven Altersphasen (Betreuung eigener Kinder, Pflege von Angehörigen), das heißt bei den 30- bis unter 45-Jährigen sowie bei den 55- bis unter 65-Jährigen, haben Frauen in Bayern im Durchschnitt eine um 10 bis 14 Prozentpunkte niedrigere Erwerbsquote als gleichaltrige Männer (vgl. Abbildung 4 und Tabelle 1).

Annahmen zur zukünftigen Entwicklung der Erwerbsquoten

Zahlreiche institutionelle und kulturelle Faktoren haben einen Einfluss auf die Erwerbsorientierung. Zu den institutionellen Faktoren zählen zum Beispiel die Dauer der Schulpflicht, gesetzliche Regelungen zum Rentenalter, das Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten, aber auch Steuervorteile und Transferzahlungen. Kulturelle Einflüsse sind zum Beispiel in den allgemein vorherrschenden Einstellungen zur Rolle der Geschlechter in Ehe und Familie sowie zur Erwerbsbeteiligung zu sehen. Die Entwicklung dieser Einflussfaktoren ist auf lange Sicht mit Unsicherheiten behaftet. Auf Basis der politischen Weichenstellungen in den letzten Jahren lassen sich jedoch zumindest für den hier relevanten Zeithorizont von 20 Jahren gewisse Annahmen treffen.

So ist infolge der Anhebung des Renteneintrittsalters, der Erhöhung von Abschlägen bei vorzeitigem Ruhestand und einer zunehmend unsicher werdenden finanziellen staatlichen Absicherung im Alter davon auszugehen, dass sowohl Männer als auch Frauen zukünftig im Durchschnitt länger erwerbstätig sind, was zu einem **Anstieg der Erwerbsquoten in den höheren Altersjahren** führen wird. Durch den massiven Ausbau von Krippenplätzen und Ganztagesbetreuung haben Frauen in Bayern zunehmend die Möglichkeit, Berufstätigkeit und Familie zu verbinden. Daher ist von einem weiteren **Anstieg der Erwerbsquoten von Frauen** auszugehen, bei dem sich diese tendenziell weiter an die der Männer annähern werden. In der Vergangenheit wurde teilweise argumentiert, dass junge Menschen aufgrund einer verkürzten Schulzeit, eines veränderten Ausbildungsverhaltens sowie einer Straffung von Studienzeiten durch Bachelor- bzw. Masterstudiengänge künftig früher ins Berufsleben einsteigen werden (vgl. z. B. Statistischer Verbund 2009). Angesichts der Kehrtwende von G8 zurück zu G9 und dem steigenden Anteil an jungen Menschen mit Abitur und Hochschulausbildung ist dieses Argument für Bayern jedoch vermutlich nur noch begrenzt gültig.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wurden für die vorliegende Erwerbspersonenvorausberechnung zwei Varianten berechnet. Erstens die „**Status-Quo-Variante**“, bei der die alters-, geschlechts- und regionalspezifischen Erwerbsquoten der Basisperiode (2013 bis 2017) über den gesamten Vorausberechnungszeitraum konstant gehalten werden. In dieser Variante ist die zahlenmäßige und strukturelle Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials folglich allein durch die demographische Entwicklung Bayerns bestimmt. In einer zweiten Variante, der „**Trendvariante**“, wurde angenommen, dass die Erwerbsquoten über den gesamten Vorausberechnungszeitraum hinweg linear auf im Vorfeld definierte Zielerwerbsquoten ansteigen.

Die Festlegung der Zielerwerbsquoten erfolgte auf Basis von Analysen der von Eurostat veröffentlichten alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten in den 28 EU-Staaten⁷. Abbildung 5 zeigt für Männer und Frauen für jede Altersgruppe die – auf

Basis von Mikrozensus und Daten der Bundesagentur für Arbeit berechneten – durchschnittlichen Erwerbsquoten in Bayern im Zeitraum 2013 bis 2017. Darüber sind für den gleichen Zeitraum die von Eurostat veröffentlichten alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten für Deutschland abgebildet. Für beide Geschlechter und alle Altersgruppen wird zusätzlich die jeweilige maximale durchschnittliche Erwerbsquote gezeigt, die in einem der 28 EU-Staaten im Basiszeitraum verzeichnet wurde.

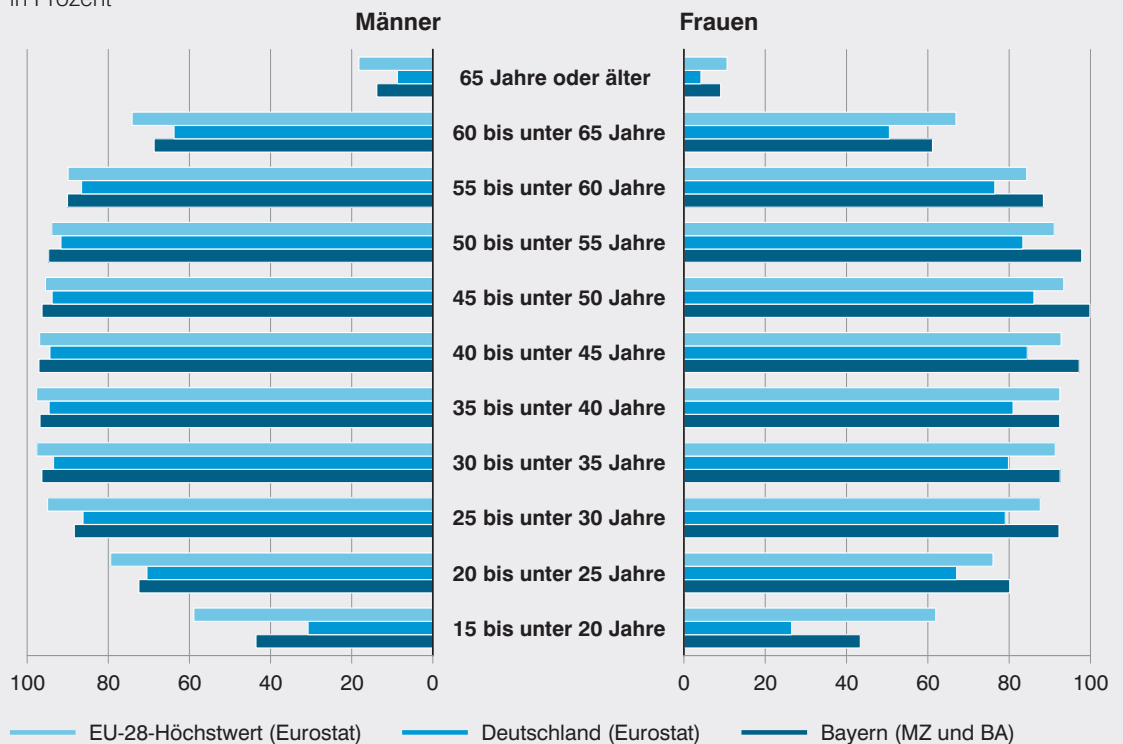
Es zeigt sich, dass die berechneten und angepassten bayerischen Erwerbsquoten stets über den von Eurostat veröffentlichten Werten für Deutschland liegen. Dies ist in erster Linie auf die – im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt – hohe Erwerbsorientierung der bayerischen Bevölkerung zurückzuführen, zumindest in Teilen aber auch auf die vorgenommene Korrektur der berechneten bayerischen Erwerbsquoten, um die Untererfassung der geringfügig Beschäftigten auszugleichen. Vergleicht man die bayerischen Erwerbsquoten mit dem jeweiligen EU-Höchstwert, fallen insbesondere drei Dinge auf. Erstens: In der Gruppe der 15- bis unter 20-Jährigen liegt der EU-28-Höchstwert bei beiden Geschlechtern sehr deutlich über der bayerischen Erwerbsquote⁸. Zweitens: Die Erwerbsquoten von Frauen in den betreuungsintensiven Altersstufen liegen in Bayern deutlich unter dem EU-28-Höchstwert. Und drittens: Bei Männern in den mittleren Altersstufen liegen die mit dem Mikrozensus berechneten bayerischen Erwerbsquoten teilweise bereits über dem Höchstwert der von Eurostat veröffentlichten EU-28-Länder.

In der Trendvariante wurde davon ausgegangen, dass die bayerischen alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten bis zum Jahr 2037 auf den jeweiligen, im Basiszeitraum 2013 bis 2017 vorliegenden, Höchstwert der EU-28-Länder ansteigen. Für einzelne Gruppen wurde von dieser Annahme jedoch abgewichen. In der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen würde das Erreichen des EU-Höchstwerts einen Anstieg der bayerischen Erwerbsquoten um gut 15 Prozentpunkte bei den Männern und 23 Prozentpunkte bei den Frauen bedeuten. Dies erscheint unrealistisch, weshalb hier als Zielerwerbsquote bei den Männern das 8. Dezil

7 Zum Zeitpunkt der Berechnungen war das Vereinigte Königreich noch Mitgliedsstaat der EU.

8 Spitzenreiter sind in dieser Altersgruppe die Niederlande (Männer 60 %, Frauen 62 %), gefolgt von Dänemark (Männer 60 %, Frauen 52 %), deren Erwerbsquoten mit deutlichem Abstand über denen aller anderen 28 EU-Staaten liegen. Die Gründe hierfür sind nicht bekannt, lassen sich aber unter Umständen im Ausbildungssystem und in den unterschiedlichen institutionellen Wegen finden, auf denen junge Menschen in den einzelnen Ländern in das Berufsleben starten (Verbreitung von beruflicher Ausbildung, dualen Studiengängen etc.).

Abb. 5
Durchschnittliche Erwerbsquoten 2013 bis 2017
in Prozent



Quelle: Eurostat, Mikrozensus, Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen.

(48,5%) und bei den Frauen das 7. Dezil (44,8%) der Verteilung der Erwerbsquoten der EU-28-Staaten angesetzt wurde (vgl. Tabelle 1). Auch bei Frauen in Altersstufen, die einen erhöhten Betreuungsaufwand mit sich bringen (Alter 30 bis unter 45 und Alter 60 bis unter 65), ist ein Erreichen des aktuellen EU-Höchstwertes innerhalb des Vorausberechnungszeitraumes unwahrscheinlich. Aus diesem Grund wurde hier lediglich das 9. Dezil angesetzt, welches nach wie vor einen Anstieg der Erwerbsquoten zwischen 3,3 und 7,7 Prozentpunkten bis zum Jahr 2037 impliziert. Die Erwerbsquoten der bayerischen Männer im Alter von 40 bis unter 60 Jahren lagen bereits im Basiszeitraum über dem Höchstwert der EU-28-Staaten. Da in der Trendvariante keinesfalls sinkende Erwerbsquoten modelliert werden sollen, wurde auch für diese Gruppen von weiterhin minimal steigenden Erwerbsquoten ausgegangen, und zwar um insgesamt 0,8 Prozentpunkte bis zum Jahr 2037, was dem Veränderungswert der 35- bis unter 40-jährigen Männer entspricht (vgl. Tabelle 1).

Insgesamt wird in der Trendvariante von einem moderaten linearen Anstieg der Erwerbsquoten bis zum Jahr 2037 ausgegangen, der vor dem Hintergrund aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen realistisch erscheint. Von der Berechnung einer sogenannten Maximalvariante – bei der zusätzlich eine komplette Angleichung der Frauenerwerbsquoten an die der Männer stattfindet – wurde abgesehen.

Die Regionalisierung der Zielerwerbsquoten erfolgte, indem für alle 21 Regionen Bayerns die in Tabelle 1 dargestellten alters- und geschlechtsspezifischen Differenzwerte zu den Ausgangserwerbsquoten hinzugerechnet wurden. Damit wird für alle Regionen ein über den Vorausberechnungszeitraum hinweg identischer Anstieg der Erwerbsquoten modelliert, bei dem jedoch die in der Basisperiode festgestellten Niveaudifferenzen erhalten bleiben. Um unrealistische Ausreißer bei den Erwerbsquoten zu vermeiden, wurde für die alters-, geschlechts- und regionalspezifischen Quoten eine Obergrenze von 99% festgelegt.

Tab. 1 Zielerwerbsquoten für die Trendvariante

Altersgruppen	Männer				Frauen			
	Durchschnittliche Erwerbsquoten 2013 bis 2017 in %		Zielerwerbs- quote Bayern 2037 in %	Differenzwert: Veränderung gegenüber 2013 bis 2017 in %-Punkten	Durchschnittliche Erwerbsquoten 2013 bis 2017 in %		Zielerwerbs- quote Bayern 2037 in %	Differenzwert: Veränderung ggü. 2013 bis 2017 in %-Punkten
	Bayern (MZ, BA)	EU-28- Höchstwert (Eurostat)			Bayern (MZ, BA)	EU-28- Höchstwert (Eurostat)		
15 bis unter 20 Jahre	43,6	58,9	48,5	+ 4,9	38,7	61,9	44,8	+ 6,1
20 bis unter 25 Jahre	72,4	79,4	79,4	+ 7,0	71,5	76,0	76,0	+ 4,5
25 bis unter 30 Jahre	88,4	95,0	95,0	+ 6,6	82,3	87,7	87,7	+ 5,3
30 bis unter 35 Jahre	96,4	97,6	97,6	+ 1,3	82,6	91,3	88,9	+ 6,4
35 bis unter 40 Jahre	96,8	97,7	97,7	+ 0,8	82,5	92,5	90,2	+ 7,7
40 bis unter 45 Jahre	97,1	96,9	97,9	+ 0,8	86,8	92,8	90,0	+ 3,3
45 bis unter 50 Jahre	96,3	95,5	97,2	+ 0,8	89,1	93,4	93,4	+ 4,3
50 bis unter 55 Jahre	94,7	93,9	95,5	+ 0,8	87,3	91,1	91,1	+ 3,8
55 bis unter 60 Jahre	90,0	89,9	90,9	+ 0,8	78,9	84,3	84,3	+ 5,4
60 bis unter 65 Jahre	68,7	74,1	74,1	+ 5,4	54,6	66,9	60,2	+ 5,6
65 Jahre oder älter	13,8	18,2	18,2	+ 4,4	8,1	10,6	10,6	+ 2,6

Ergebnisse

Entwicklung der Erwerbspersonen im Freistaat Bayern

Im Jahr 2017 zählten von den insgesamt knapp 13,0 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern Bayerns annähernd 7,3 Millionen zu den Erwerbspersonen. Nach den Ergebnissen der Status-Quo-Variante – das heißt unter Annahme konstanter Erwerbsquoten – wird die Zahl der Erwerbspersonen bis Ende 2020 nahezu konstant bleiben, anschließend jedoch sinken und im Jahr 2037 bei ca. 6,9 Millionen liegen. Die Zahl der Erwerbspersonen wird im Berechnungszeitraum also um gut 350 200 Personen bzw. 4,8% zurückgehen, während gleichzeitig die Bevölkerung um 483 900 Personen bzw. 3,7% anwächst (vgl. Abbildung 6 und Tabelle 2).

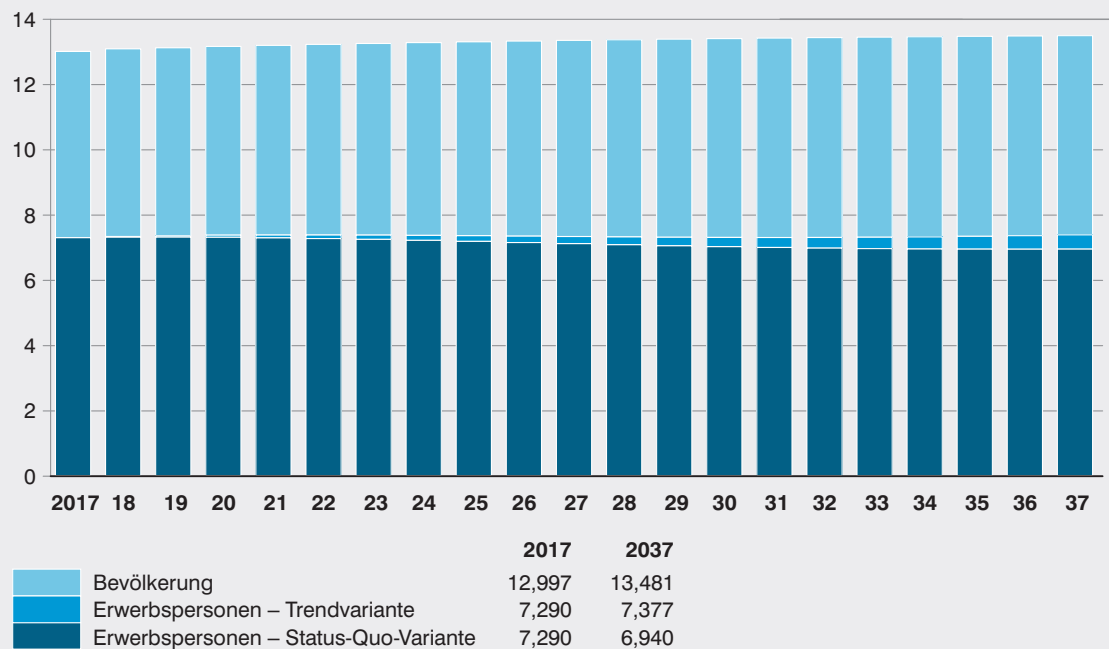
Legt man dagegen die Annahmen der Trendvariante zugrunde – in der davon ausgegangen wird, dass die Erwerbsquoten in den kommenden Jahren moderat ansteigen – so entsteht im Hinblick auf die Entwicklung der Erwerbspersonen eine Art Schlangenlinie (vgl. Abbildung 6 unten). Die Zahl der Erwerbspersonen steigt zunächst leicht an und liegt 2022 bei circa 7,4 Millionen. Ab dem Jahr 2023 ist jedoch die Zahl der Personen, die das Rentenalter erreichen, so groß, dass dies auch durch den Anstieg der Erwerbsquoten nicht mehr ausgeglichen werden kann. Infolgedessen sinkt die Zahl der Erwerbspersonen bis 2031 zurück auf das Niveau von 2017 (7,3 Millionen), steigt anschließend wieder langsam an und liegt im letzten Jahr des Vorausberechnungszeitraums

erneut bei 7,4 Millionen, was im Vergleich zu 2017 ein Plus von 87 300 Personen bzw. 1,2% bedeutet (vgl. Abbildung 6 und Tabelle 2).

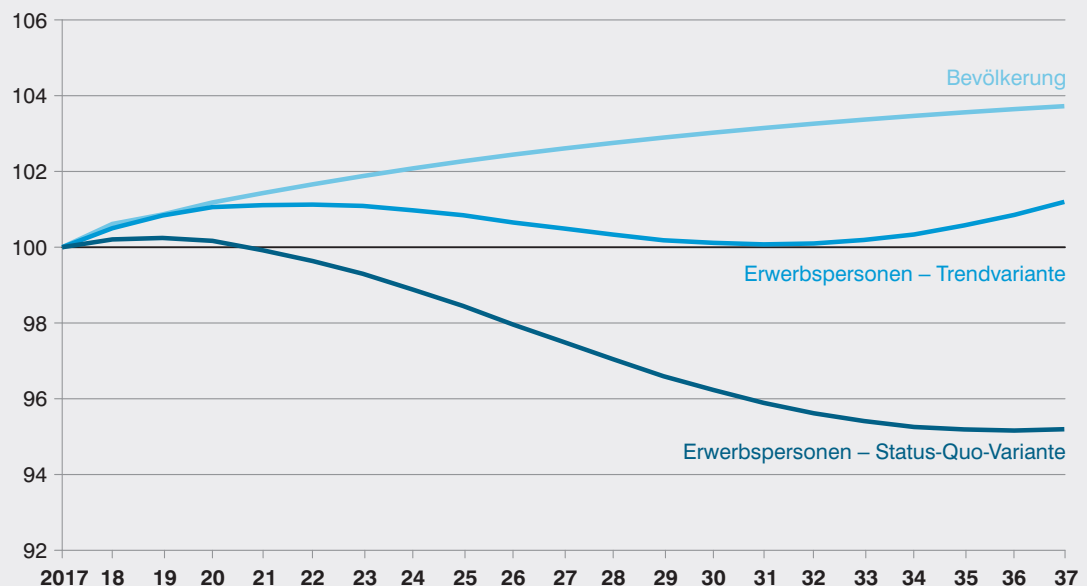
Veränderungen im Erwerbspersonenpotenzial haben nicht nur Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, sondern beeinflussen auch die sogenannte „Abhängigkeitsquote“, welche hier den Anteil der Nichterwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung angibt. Ein Großteil der Nichterwerbspersonen erhält z. B. in Form von Renten bzw. Pensionen, Kindergeld oder Grundsicherung einen Teil der Wertschöpfung der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung. Erwerbspersonen sind somit die Träger der Lasten der sozialen Sicherungssysteme. Steigt die Abhängigkeitsquote, so verteilen sich die Lasten auf weniger Schultern. Im Jahr 2017 lag der Anteil der Nichterwerbspersonen an der Bevölkerung in Bayern bei 43,9% (vgl. Tabelle 2). Auf 100 potenzielle Erwerbstätige kamen somit etwa 78 Personen, die aus verschiedenen Gründen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung standen. Im Jahr 2037 wird die Abhängigkeitsquote bei gleichbleibenden Erwerbsquoten bei 48,5% liegen, wodurch 100 Erwerbspersonen im Durchschnitt 94 Nichterwerbspersonen gegenüber stehen werden. Unter der Annahme moderat steigender Erwerbsquoten würde der Anteil der Nichterwerbspersonen an der bayerischen Bevölkerung bis 2037 nur geringfügig auf 45,3% ansteigen, womit dann auf 100 potenzielle Erwerbstätige 85 Nichterwerbspersonen kämen.

Abb. 6

Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbspersonen in Bayern 2017 bis 2037 in Millionen



Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbspersonen in Bayern 2017 bis 2037 in Prozent (2017 = 100)



Entwicklung der Erwerbspersonen in den Regionen sowie kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns

Die Bevölkerungsentwicklung wird in Bayern in den kommenden Jahren regional sehr unterschiedlich verlaufen. Um die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die regionalen Arbeitsmärkte abschätzen

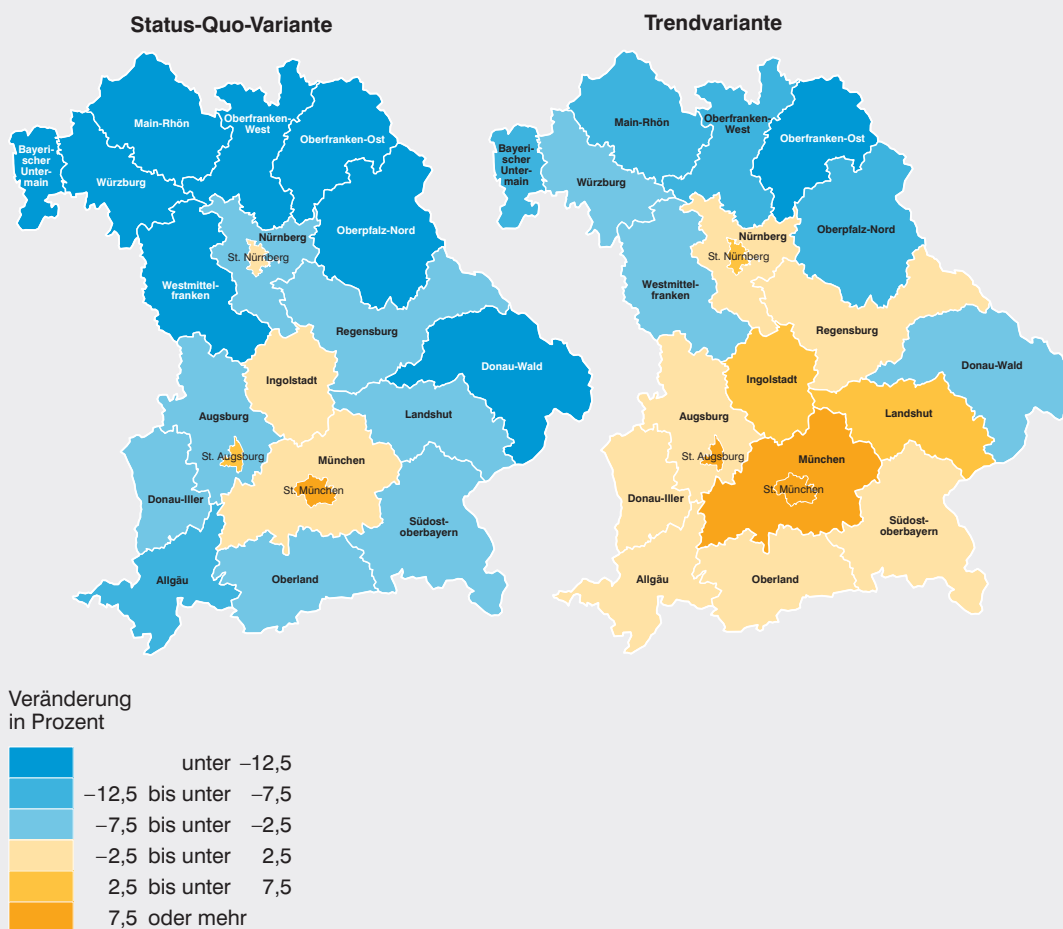
zu können, sind räumlich tiefer gegliederte Daten zur Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials erforderlich. Abbildung 7 zeigt, wie sich die Zahl der Erwerbspersonen in den 18 Planungsregionen sowie den drei großen Städten Bayerns bis zum Jahr 2037 voraussichtlich verändern wird. Selbst bei konstant

bleibenden Erwerbsquoten können die Städte München (+70 900 bzw. +8,3 %) und Augsburg (+4 400 bzw. +2,7 %) mit einer Zunahme der Erwerbspersonen rechnen. Im Münchener Umland, in der Region Ingolstadt und der Stadt Nürnberg bleibt die Zahl der Erwerbspersonen weitgehend stabil. Alle anderen Regionen müssen bei unverändert bleibenden Erwerbsquoten dagegen mit einem mäßigen bis starken Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials rechnen. So geht in der Status-Quo-Variante die Zahl der Erwerbspersonen beispielsweise in der Region Donau-Wald bis zum Jahr 2037 um 37 700 Personen bzw. 10,1 % zurück, in der Region Oberfranken-Ost um 47 100 Personen bzw. 18,5 %. Unter der Annahme moderat steigender Erwerbsquoten zeigt sich ein etwas anderes Bild. Die Anzahl der Regionen, in denen die Zahl der Erwerbs-

personen stabil bleibt, ist deutlich größer. Einen Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials von 10 % oder mehr hat, unter den Annahmen der Trendvariante, nur die Region Oberfranken-Ost zu verzeichnen, wo im Jahr 2037 dann circa 33 100 Personen bzw. 13,0 % weniger Erwerbspersonen leben würden (vgl. Abbildung 7 und Tabelle 2).

Eine Berechnung von Erwerbsquoten unterhalb der Ebene der Regionen ist für Bayern mit dem Mikrozensus nicht möglich. Um dennoch auch Ergebnisse auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise ausweisen zu können, wurden die Erwerbsquoten einer Region auf alle dazugehörigen kreisfreien Städte und Landkreise übertragen. In Abbildung 8 ist zu sehen, dass sich – ebenso wie die großen Städte Bayerns – auch die kleineren kreisfreien Städte im Hinblick

Abb. 7
Entwicklung der Erwerbspersonen in den Regionen Bayerns
Veränderung 2037 gegenüber 2017 in Prozent



Tab. 2 Entwicklung der Erwerbspersonen in Bayern bis 2037
Bevölkerungsstand, Erwerbspersonen, Anteil der Nichterwerbspersonen an der Bevölkerung

Kreisfreie Städte, Landkreise und Regionen	Bevölkerungsstand			Erwerbspersonen						Anteil der Nichterwerbspersonen an der Bevölkerung				
	in 1 000		Veränderung in %	in 1 000			Veränderung in %		in %			Veränderung in %-Punkten		
	31.12.2017	31.12.2037		31.12.2017	31.12.2037		Status- Quo	Trend	31.12.2017	31.12.2037		Status- Quo	Trend	
					Status- Quo	Trend				Status- Quo	Trend			
Kreisfreie Stadt Ingolstadt.....	135,2	143,0	5,7	78,2	78,4	83,0	0,3	6,2	42,2	45,2	41,9	3,0	- 0,3	
München, Landeshauptstadt.....	1 456,0	1 624,5	11,6	854,4	925,3	979,3	8,3	14,6	41,3	43,0	39,7	1,7	- 1,6	
Kreisfreie Stadt Rosenheim	63,1	65,4	3,7	36,6	35,9	38,0	- 2,0	3,8	41,9	45,1	41,9	3,2	- 0,1	
Landkreis Altötting	110,3	111,7	1,2	62,2	57,6	61,2	- 7,3	- 1,5	43,6	48,4	45,2	4,8	1,5	
Landkreis Berchtesgadener Land	105,1	108,0	2,8	59,0	57,1	60,7	- 3,2	2,9	43,9	47,1	43,8	3,3	0,0	
Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen	126,6	136,5	7,9	70,8	70,1	74,5	- 1,0	5,1	44,0	48,6	45,5	4,6	1,4	
Landkreis Dachau	152,7	172,9	13,2	87,8	91,2	96,8	4,0	10,2	42,5	47,2	44,0	4,7	1,5	
Landkreis Ebersberg.....	140,8	159,1	13,0	79,3	82,6	87,6	4,2	10,5	43,7	48,1	44,9	4,4	1,2	
Landkreis Eichstätt.....	131,6	141,3	7,3	74,9	73,4	77,9	- 1,9	4,1	43,1	48,0	44,9	4,9	1,7	
Landkreis Erding	136,9	153,7	12,2	79,8	81,0	85,8	1,5	7,6	41,7	47,3	44,1	5,6	2,4	
Landkreis Freising	178,0	192,5	8,1	105,6	104,4	110,6	- 1,2	4,7	40,7	45,8	42,5	5,1	1,9	
Landkreis Fürstenfeldbruck	217,8	241,1	10,7	119,8	123,8	131,5	3,3	9,7	45,0	48,6	45,5	3,7	0,5	
Landkreis Garmisch-Partenkirchen	88,2	90,0	2,1	48,2	44,8	47,7	- 7,0	- 1,0	45,4	50,3	47,0	4,9	1,6	
Landkreis Landsberg am Lech.....	119,1	127,6	7,1	67,0	64,4	68,4	- 3,9	2,2	43,8	49,6	46,4	5,8	2,6	
Landkreis Miesbach.....	99,2	105,4	6,3	55,2	53,9	57,3	- 2,4	3,7	44,3	48,9	45,7	4,5	1,4	
Landkreis Mühldorf	114,5	121,9	6,5	66,0	63,9	67,9	- 3,2	2,8	42,3	47,5	44,3	5,2	2,0	
Landkreis München	346,4	388,3	12,1	191,7	202,7	214,9	5,7	12,1	44,7	47,8	44,6	3,1	0,0	
Landkreis Neuburg-Schrobenhausen.....	96,2	104,0	8,1	54,2	53,5	56,8	- 1,4	4,7	43,6	48,6	45,4	5,0	1,8	
Landkreis Pfaffenhofen	126,2	139,7	10,6	72,6	72,9	77,3	0,5	6,5	42,5	47,8	44,6	5,3	2,1	
Landkreis Rosenheim	259,4	276,3	6,5	147,1	142,4	151,3	- 3,2	2,8	43,3	48,5	45,2	5,2	1,9	
Landkreis Starnberg.....	135,5	143,6	5,9	72,7	72,1	76,6	- 0,9	5,4	46,4	49,8	46,6	3,4	0,3	
Landkreis Traunstein	176,3	182,2	3,3	99,0	93,9	99,8	- 5,2	0,7	43,8	48,5	45,2	4,7	1,4	
Landkreis Weilheim-Schongau	134,3	139,7	4,1	74,9	70,3	74,7	- 6,1	- 0,2	44,2	49,7	46,5	5,4	2,3	
Regierungsbezirk Oberbayern.....	4 649,5	5 068,2	9,0	2 657,0	2 715,6	2 879,6	2,2	8,4	42,9	46,4	43,2	3,6	0,3	
Kreisfreie Stadt Landshut.....	71,2	80,1	12,5	41,2	43,1	45,7	4,7	11,1	42,1	46,1	42,9	4,0	0,7	
Kreisfreie Stadt Passau.....	51,8	51,4	- 0,8	29,6	27,9	29,7	- 5,6	0,4	42,8	45,6	42,2	2,8	- 0,7	
Kreisfreie Stadt Straubing	47,6	49,9	4,8	27,2	26,3	27,9	- 3,2	2,8	42,9	47,3	44,0	4,4	1,1	
Landkreis Deggendorf	118,7	119,7	0,8	67,0	60,6	64,5	- 9,6	- 3,8	43,5	49,4	46,1	5,8	2,6	
Landkreis Freyung-Grafenau	78,3	76,0	- 3,0	43,9	36,6	39,1	- 16,5	- 10,8	44,0	51,8	48,5	7,8	4,5	
Landkreis Kelheim	121,1	129,1	6,6	68,5	66,2	70,3	- 3,4	2,7	43,5	48,7	45,5	5,3	2,1	
Landkreis Landshut	157,2	171,1	8,8	90,8	89,4	94,8	- 1,6	4,4	42,3	47,8	44,6	5,5	2,3	
Landkreis Passau	190,5	192,3	0,9	105,4	94,2	100,5	- 10,6	- 4,7	44,7	51,0	47,7	6,3	3,1	
Landkreis Regen.....	77,5	73,6	- 5,0	42,9	36,3	38,7	- 15,3	- 9,8	44,7	50,7	47,5	6,0	2,8	
Landkreis Rottal-Inn.....	120,4	122,7	2,0	68,1	63,0	67,0	- 7,5	- 1,7	43,4	48,7	45,4	5,3	2,0	
Landkreis Straubing-Bogen.....	99,8	104,2	4,4	56,2	52,5	55,8	- 6,6	- 0,7	43,7	49,6	46,4	5,9	2,7	
Landkreis Dingolfing-Landau.....	95,8	100,5	4,9	56,1	53,8	57,0	- 4,2	1,5	41,4	46,5	43,3	5,1	1,9	
Regierungsbezirk Niederbayern	1 230,0	1 270,6	3,3	696,9	649,9	691,1	- 6,7	- 0,8	43,3	48,9	45,6	5,5	2,3	
Kreisfreie Stadt Amberg.....	42,2	40,2	- 5,0	22,7	19,7	21,0	- 13,2	- 7,4	46,4	51,0	47,7	4,6	1,4	
Kreisfreie Stadt Regensburg.....	150,9	163,4	8,3	90,0	92,4	97,9	2,7	8,8	40,3	43,5	40,1	3,1	- 0,3	
Kreisfreie Stadt Weiden i.d.OPf.....	42,5	40,4	- 5,1	22,9	19,6	20,9	- 14,4	- 8,6	46,1	51,5	48,2	5,3	2,0	
Landkreis Amberg-Weizbach	102,8	97,7	- 5,0	56,5	46,7	49,9	- 17,3	- 11,7	45,1	52,2	49,0	7,2	3,9	
Landkreis Cham.....	127,3	125,9	- 1,1	71,0	62,0	66,0	- 12,7	- 7,0	44,2	50,8	47,5	6,5	3,3	
Landkreis Neumarkt i.d.OPf.....	132,6	137,2	3,4	75,1	69,0	73,4	- 8,0	- 2,2	43,4	49,7	46,5	6,3	3,1	
Landkreis Neustadt a.d.Waldnaab	94,5	87,9	- 6,9	51,9	42,3	45,2	- 18,4	- 12,8	45,1	51,9	48,6	6,7	3,5	
Landkreis Regensburg.....	192,2	207,4	7,9	108,1	104,1	110,7	- 3,7	2,4	43,8	49,8	46,6	6,0	2,9	
Landkreis Schwandorf	146,5	147,7	0,8	80,9	72,9	77,7	- 9,8	- 3,9	44,8	50,6	47,4	5,9	2,6	
Landkreis Tirschenreuth.....	72,7	65,5	- 9,9	39,3	30,6	32,8	- 22,1	- 16,7	45,9	53,3	50,0	7,3	4,1	
Regierungsbezirk Oberpfalz	1 104,4	1 113,4	0,8	618,4	559,4	595,6	- 9,5	- 3,7	44,0	49,8	46,5	5,7	2,5	
Kreisfreie Stadt Bamberg.....	77,2	77,0	- 0,2	44,7	41,8	44,4	- 6,5	- 0,6	42,1	45,8	42,4	3,6	0,2	
Kreisfreie Stadt Bayreuth	74,0	69,3	- 6,4	42,1	37,1	39,5	- 12,0	- 6,2	43,1	46,5	42,9	3,4	- 0,1	
Kreisfreie Stadt Coburg	41,2	38,7	- 6,1	22,7	19,6	20,9	- 13,7	- 8,0	45,0	49,5	46,1	4,5	1,2	
Kreisfreie Stadt Hof.....	46,0	41,9	- 8,7	24,7	21,0	22,4	- 15,0	- 9,4	46,2	49,9	46,6	3,7	0,4	
Landkreis Bamberg	146,6	149,9	2,3	83,1	74,7	79,5	- 10,1	- 4,2	43,3	50,2	46,9	6,8	3,6	
Landkreis Bayreuth	103,8	99,4	- 4,2	57,5	48,6	51,8	- 15,5	- 9,9	44,6	51,2	47,9	6,6	3,3	
Landkreis Coburg	86,9	81,0	- 6,8	47,4	39,0	41,6	- 17,7	- 12,2	45,5	51,8	48,6	6,4	3,1	
Landkreis Forchheim	115,7	117,7	1,8	64,5	58,0	61,8	- 10,1	- 4,2	44,2	50,7	47,5	6,5	3,3	
Landkreis Hof.....	95,8	84,6	- 11,7	51,5	39,9	42,6	- 22,6	- 17,3	46,2	52,9	49,6	6,7	3,4	
Landkreis Kronach	67,5	58,1	- 14,0	37,1	27,5	29,4	- 25,9	- 20,8	45,0	52,6	49,3	7,6	4,3	
Landkreis Kulmbach	72,0	64,6	- 10,3	39,7	31,0	33,2	- 21,7	- 16,4	44,9	51,9	48,6	7,0	3,7	
Landkreis Lichtenfels	66,8	62,6	- 6,3	36,8	30,4	32,4	- 17,6	- 12,0	44,9	51,5	48,2	6,6	3,4	
Landkreis Wunsiedel i.Fichtelgebirge...	73,5	63,0	- 14,3	39,1	30,0	32,0	- 23,4	- 18,1	46,8	52,4	49,2	5,7	2,4	
Regierungsbezirk Oberfranken.....	1 066,8	1 007,8	- 5,5	590,9	498,5	531,6	- 15,6	- 10,0	44,6	50,5	47,3	5,9	2,6	

Noch: Tab. 2 Entwicklung der Erwerbspersonen in Bayern bis 2037
Bevölkerungsstand, Erwerbspersonen, Anteil der Nichterwerbspersonen an der Bevölkerung

Kreisfreie Städte, Landkreise und Regionen	Bevölkerungsstand			Erwerbspersonen						Anteil der Nichterwerbspersonen an der Bevölkerung				
	in 1 000		Veränderung in %	in 1 000			Veränderung in %		in %			Veränderung in %-Punkten		
	31.12.2017	31.12.2037		31.12.2017	31.12.2037		Status- Quo	Trend	31.12.2017	31.12.2037		Status- Quo	Trend	
					Status- Quo	Trend				Status- Quo	Trend			
Kreisfreie Stadt Ansbach	41,7	41,4	- 0,6	23,1	21,0	22,3	- 9,3	- 3,4	44,5	49,3	46,0	4,8	1,6	
Kreisfreie Stadt Erlangen	111,0	112,1	1,0	63,9	60,9	64,6	- 4,8	1,2	42,4	45,7	42,4	3,3	- 0,1	
Kreisfreie Stadt Fürth	126,5	136,8	8,1	72,5	72,1	76,6	- 0,6	5,5	42,7	47,3	44,1	4,6	1,4	
Kreisfreie Stadt Nürnberg	515,2	532,6	3,4	272,5	268,7	286,4	- 1,4	5,1	47,1	49,6	46,2	2,4	- 0,9	
Kreisfreie Stadt Schwabach.....	40,8	43,5	6,6	22,0	21,4	22,8	- 2,9	3,5	46,0	50,8	47,6	4,8	1,6	
Landkreis Ansbach	183,3	182,9	- 0,2	102,9	91,3	97,2	- 11,3	- 5,6	43,8	50,1	46,9	6,2	3,0	
Landkreis Erlangen-Höchstadt.....	135,3	139,5	3,1	73,9	68,5	73,0	- 7,3	- 1,3	45,4	50,9	47,7	5,5	2,3	
Landkreis Fürth	116,2	117,3	1,0	62,4	57,3	61,1	- 8,2	- 2,0	46,3	51,1	47,9	4,9	1,6	
Landkreis Nürnberger Land.....	169,8	174,0	2,5	91,9	84,9	90,5	- 7,6	- 1,6	45,9	51,2	48,0	5,4	2,1	
Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	99,6	98,4	- 1,2	55,6	48,6	51,8	- 12,7	- 7,0	44,2	50,6	47,4	6,5	3,2	
Landkreis Roth	126,1	127,6	1,2	69,4	62,0	66,1	- 10,6	- 4,7	45,0	51,4	48,2	6,4	3,2	
Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen....	94,2	93,6	- 0,7	51,9	46,1	49,1	- 11,2	- 5,4	44,9	50,7	47,5	5,9	2,6	
Regierungsbezirk Mittelfranken	1 759,6	1 799,8	2,3	962,1	902,7	961,4	- 6,2	- 0,1	45,3	49,8	46,6	4,5	1,3	
Kreisfreie Stadt Aschaffenburg.....	69,9	68,7	- 1,7	38,3	34,5	36,8	- 9,9	- 4,0	45,2	49,8	46,5	4,6	1,3	
Kreisfreie Stadt Schweinfurt.....	53,4	51,1	- 4,3	28,2	25,4	27,1	- 10,0	- 4,1	47,2	50,3	47,1	3,1	- 0,1	
Kreisfreie Stadt Würzburg.....	126,6	125,3	- 1,0	74,0	69,5	73,8	- 6,1	- 0,1	41,6	44,6	41,1	3,0	- 0,5	
Landkreis Aschaffenburg.....	174,0	169,1	- 2,8	94,5	81,1	86,6	- 14,2	- 8,4	45,7	52,1	48,8	6,4	3,1	
Landkreis Bad Kissingen	103,3	97,0	- 6,0	54,8	44,8	48,0	- 18,2	- 12,4	46,9	53,8	50,5	6,8	3,6	
Landkreis Rhön-Grabfeld.....	79,8	74,3	- 6,9	43,2	35,0	37,4	- 18,9	- 13,3	45,9	52,9	49,6	7,0	3,7	
Landkreis Haßberge	84,5	80,9	- 4,2	46,5	38,7	41,3	- 16,8	- 11,1	44,9	52,1	48,9	7,2	4,0	
Landkreis Kitzingen.....	90,4	90,0	- 0,5	50,6	44,6	47,6	- 11,8	- 6,0	44,1	50,4	47,1	6,3	3,1	
Landkreis Miltenberg	128,5	122,2	- 4,9	69,6	58,2	62,2	- 16,4	- 10,7	45,8	52,4	49,1	6,6	3,3	
Landkreis Main-Spessart	126,5	118,0	- 6,7	69,6	56,6	60,4	- 18,7	- 13,2	45,0	52,0	48,8	7,1	3,8	
Landkreis Schweinfurt	115,1	112,8	- 2,0	62,8	54,8	58,4	- 12,8	- 7,1	45,4	51,5	48,2	6,0	2,8	
Landkreis Würzburg	161,3	161,4	0,0	89,2	79,9	85,1	- 10,4	- 4,5	44,7	50,5	47,3	5,8	2,5	
Regierungsbezirk Unterfranken	1 313,4	1 270,9	- 3,2	721,3	623,1	664,7	- 13,6	- 7,8	45,1	51,0	47,7	5,9	2,6	
Kreisfreie Stadt Augsburg.....	292,9	316,6	8,1	165,6	170,0	180,5	2,7	9,0	43,5	46,3	43,0	2,8	-0,5	
Kreisfreie Stadt Kaufbeuren.....	43,5	44,7	2,8	23,1	22,0	23,4	- 4,9	1,3	46,9	50,9	47,7	4,0	0,8	
Kreisfreie Stadt Kempten (Allgäu).....	68,3	69,2	1,3	37,1	35,1	37,4	- 5,4	0,7	45,7	49,3	46,0	3,6	0,3	
Kreisfreie Stadt Memmingen	43,5	44,9	3,2	23,9	23,1	24,5	- 3,3	2,7	45,1	48,5	45,4	3,5	0,3	
Landkreis Aichach-Friedberg.....	132,6	141,9	7,0	75,5	72,2	76,7	- 4,3	1,7	43,1	49,1	45,9	6,0	2,8	
Landkreis Augsburg.....	249,8	268,1	7,3	141,5	137,2	145,7	- 3,0	3,0	43,4	48,8	45,7	5,5	2,3	
Landkreis Dillingen a.d.Donau.....	95,2	93,2	- 2,0	54,4	47,2	50,3	- 13,2	- 7,7	42,8	49,3	46,1	6,5	3,3	
Landkreis Günzburg	124,5	125,7	0,9	70,2	63,9	67,9	- 9,0	- 3,3	43,6	49,1	46,0	5,5	2,4	
Landkreis Neu-Ulm	172,5	176,7	2,4	96,2	91,1	96,7	- 5,3	0,6	44,3	48,4	45,2	4,2	1,0	
Landkreis Lindau (Bodensee).....	81,1	80,7	- 0,6	43,5	38,9	41,5	- 10,5	- 4,5	46,4	51,8	48,5	5,3	2,1	
Landkreis Ostallgäu	139,3	144,8	3,9	74,9	69,6	74,2	- 7,1	- 0,9	46,2	51,9	48,7	5,7	2,5	
Landkreis Unterallgäu	142,5	149,8	5,1	78,5	74,1	78,8	- 5,6	0,4	44,9	50,6	47,4	5,6	2,5	
Landkreis Donau-Ries	133,0	136,8	2,9	76,4	71,2	75,5	- 6,9	- 1,1	42,6	48,0	44,8	5,4	2,2	
Landkreis Oberallgäu.....	154,6	157,3	1,8	82,8	75,2	80,3	- 9,2	- 3,0	46,4	52,2	49,0	5,8	2,5	
Regierungsbezirk Schwaben	1 873,4	1 950,4	4,1	1 043,4	990,7	1 053,5	- 5,1	1,0	44,3	49,2	46,0	4,9	1,7	
Region Bayerischer Untermain.....	372,4	360,1	- 3,3	202,4	173,8	185,5	- 14,2	- 8,4	45,6	51,7	48,5	6,1	2,8	
Region Würzburg	504,9	494,7	- 2,0	283,3	250,6	267,0	- 11,6	- 5,8	43,9	49,3	46,0	5,5	2,1	
Region Main-Rhön	436,1	416,1	- 4,6	235,5	198,7	212,2	- 15,6	- 9,9	46,0	52,3	49,0	6,3	3,0	
Region Oberfranken-West	601,8	585,0	- 2,8	336,3	291,0	310,0	- 13,5	- 7,8	44,1	50,3	47,0	6,1	2,9	
Region Oberfranken-Ost	465,0	422,8	- 9,1	254,7	207,6	221,6	- 18,5	- 13,0	45,2	50,9	47,6	5,7	2,4	
Region Oberpfalz-Nord	501,3	479,5	- 4,4	274,1	231,9	247,5	- 15,4	- 9,7	45,3	51,6	48,4	6,3	3,1	
Region Mittelfranken (ohne St. Nürnberg)...	825,7	850,9	3,1	456,0	427,0	454,6	- 6,4	- 0,3	44,8	49,8	46,6	5,0	1,8	
Region Westmittelfranken	418,8	416,3	- 0,6	233,6	206,9	220,4	- 11,4	- 5,7	44,2	50,3	47,0	6,1	2,8	
Region Augsburg (ohne St. Augsburg) ...	610,6	640,1	4,8	347,7	327,8	348,3	- 5,7	0,1	43,1	48,8	45,6	5,7	2,5	
Region Ingolstadt	489,3	527,9	7,9	279,9	278,3	295,0	- 0,6	5,4	42,8	47,3	44,1	4,5	1,3	
Region Regensburg	724,2	763,1	5,4	412,7	393,7	418,4	- 4,6	1,4	43,0	48,4	45,2	5,4	2,2	
Region Donau-Wald	664,3	667,1	0,4	372,2	334,5	356,3	- 10,1	- 4,3	44,0	49,9	46,6	5,9	2,6	
Region Landshut	444,6	474,4	6,7	256,2	249,2	264,5	- 2,7	3,2	42,4	47,5	44,2	5,1	1,9	
Region München (ohne St. München).....	1 427,3	1 578,7	10,6	803,7	822,1	872,3	2,3	8,5	43,7	47,9	44,7	4,2	1,1	
Region Donau-Ilser (BY)	483,1	497,0	2,9	268,8	252,2	267,9	- 6,2	- 0,3	44,4	49,3	46,1	4,9	1,7	
Region Allgäu.....	486,8	496,6	2,0	261,4	240,7	256,8	- 7,9	- 1,7	46,3	51,5	48,3	5,2	2,0	
Region Oberland	448,2	471,7	5,2	249,1	239,1	254,1	- 4,0	2,0	44,4	49,3	46,1	4,9	1,7	
Region Südostoberbayern	828,7	865,4	4,4	470,0	450,8	478,9	- 4,1	1,9	43,3	47,9	44,7	4,6	1,4	
Bayern	1 2997,2	1 3481,1	3,7	7 290,1	6 939,8	7 377,3	- 4,8	1,2	43,9	48,5	45,3	4,6	1,4	

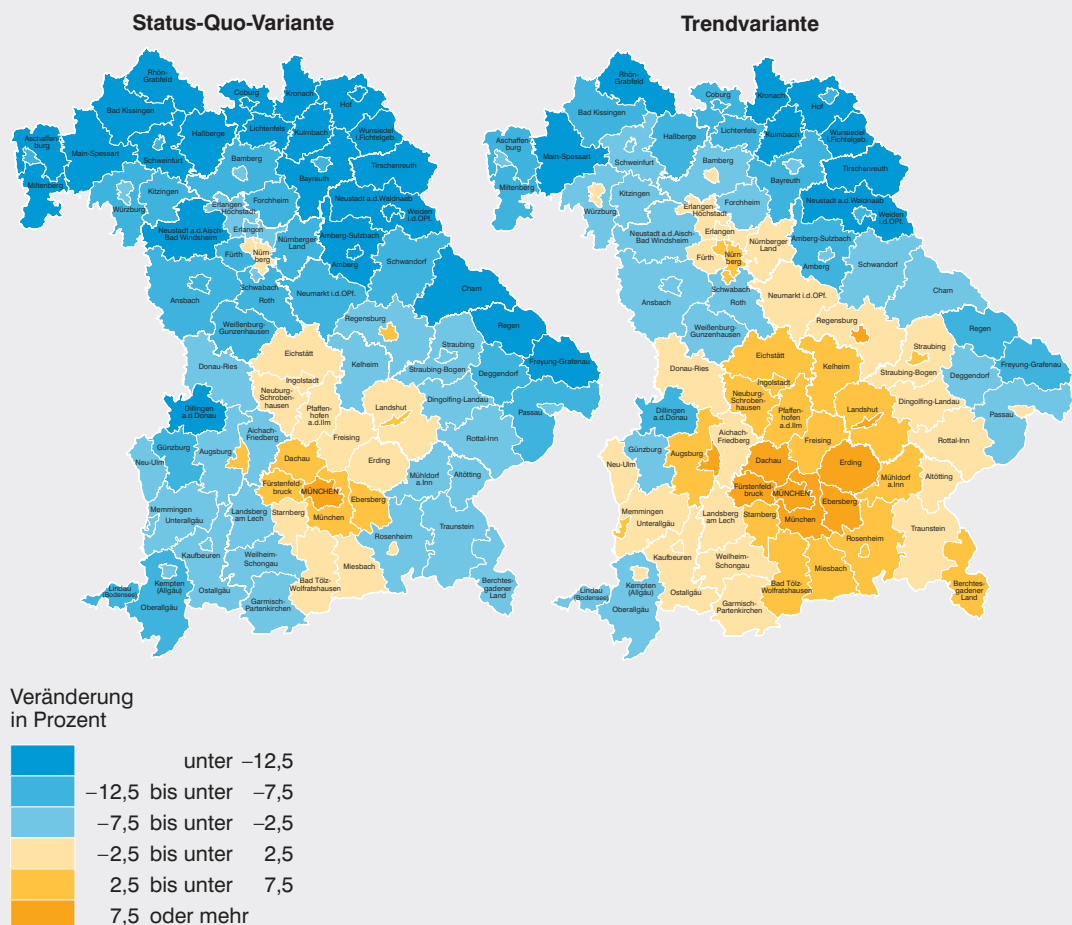
auf das zukünftige Erwerbspersonenpotenzial in der Regel etwas positiver entwickeln als die umliegenden Landkreise. So wird zum Beispiel die Zahl der Erwerbspersonen im Jahr 2037 im Landkreis Würzburg um 10% (Status-Quo-Variante) bzw. 4,5% (Trendvariante) niedriger sein als im Jahr 2017, während der Unterschied in der Stadt Würzburg lediglich –6,1% (Status-Quo-Variante) bzw. –0,1% (Trendvariante) beträgt.

Auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise treten die regionalen Unterschiede in der Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials noch deutlicher hervor. Auf der einen Seite steht die Stadt München, in der – je nach Variante – die Zahl der Erwerbspersonen um 8% oder 15% zulegt; auf der anderen Seite steht der Landkreis Kronach in Oberfranken,

in dem die Zahl der Erwerbspersonen bei konstanten Erwerbsquoten um 26% und bei steigenden Erwerbsquoten um 21% abnehmen wird (vgl. Tabelle 2).

Die Abhängigkeitsquote – also der Anteil der Nichterwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung – wird sich bis zum Jahr 2037 in den meisten Städten Bayerns nur leicht erhöhen (Status-Quo-Variante) bzw. nahezu konstant bleiben (Trendvariante). In einigen – vor allem zentrumsfernen – Landkreisen könnte die Abhängigkeitsquote dagegen auf über 50% ansteigen, so dass dort künftig 100 potenziell erwerbstätigen Personen mehr als 100 Nichterwerbspersonen gegenüberstehen (vgl. Tabelle 2). Die sich daraus ergebenden Probleme für die öffentlichen Haushalte, die Systeme der sozialen Sicherung,

Abb. 8
Entwicklung der Erwerbspersonen in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns
Veränderung 2037 gegenüber 2017 in Prozent



rung, das Gesundheitswesen sowie die regionale Daseinsvorsorge werden sowohl auf politischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene eine große Herausforderung darstellen.

Fazit

Die Erwerbspersonenvorausberechnung des Bayerischen Landesamts für Statistik zeigt, dass das Erwerbspersonenpotenzial im Freistaat bei gleichbleibenden Erwerbsquoten bis zum Jahr 2037 um fast 5% zurückgehen wird. Unter der Voraussetzung moderat steigender Erwerbsquoten könnte die Anzahl der Erwerbspersonen in den kommenden Jahren dagegen annähernd stabil gehalten werden. Auf regionaler Ebene wird die Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials recht unterschiedlich verlaufen: Die großen Städte München, Nürnberg und Augsburg sowie die meisten kreisfreien Städte Bayerns können auch in Zukunft von einer weiter steigenden oder zumindest stabil bleibenden Anzahl an Erwerbspersonen ausgehen. Ländliche und vor allem zentrumsferne Regionen müssen sich dagegen auf einen deutlichen Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials einstellen sowie damit rechnen, dass künftig weniger potenziell erwerbstätige Personen einer größeren Anzahl an Nichterwerbspersonen gegenüberstehen werden.

Literatur

Böckmann, Ludwig/Jedinger, Sofie/Kirschey, Thomas (2016): Rheinland-Pfalz 2060 – Erwerbspersonenvorausberechnung (Basisjahr 2014). Hrsg.: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Statistische Analysen, Nr. 38/2016.

Destatis – Statistisches Bundesamt (2017):

Bevölkerungsentwicklung bis 2060. Ergebnisse der 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Aktualisierte Rechnung auf Basis 2015.

Auf: www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Publikationen/Downloads-Vorausberechnung/bevoelkerung-bundeslaender-2060-aktualisiert-5124207179004.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt abgerufen am 26.02.2020.

Fuchs, Johann (2002): Erwerbspersonenpotenzial und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise. In: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 250, S. 79–94.

Fuchs, Johann/Söhnlein, Doris (2003): Lassen sich die Erwerbsquoten des Mikrozensus korrigieren? IAB Werkstattbericht – Diskussionsbeiträge des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe 12/2003.

Leukert, Dyanne Valerie (2018): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2037. In: Bayern in Zahlen, Ausgabe 12/2018, S. 761–771.

Leukert, Dyanne Valerie (2020): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2038. In: Bayern in Zahlen, Ausgabe 02/2020, S. 80–91.

LfStaD - Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (1996): Regionale Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern 1996 bis 2010. Ergebnisse nach Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Landkreisen. Statistische Berichte des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, AI 8 – Regional, Oktober 1996.

LfStat - Bayerisches Landesamt für Statistik (2019): Demographie-Spiegel für Bayern. Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 550.

Statistischer Verbund – Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009): Demographischer Wandel in Deutschland. Heft 4: Auswirkungen auf die Zahl der Erwerbspersonen.

WSI – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2018): Erwerbsquoten nach Bundesländern 1991 und 2016. Auf: www.boeckler.de/53508.htm, zuletzt abgerufen am 28.01.2019.

Gastbeitrag*

Der Arbeitsmarkt in den Regionen der Europäischen Union

Dipl.-Volksw. Harald Hagn

Der vorliegende Aufsatz analysiert die Lage auf den regionalen Arbeitsmärkten in der Europäischen Union (EU-28). Zunächst wird ein Überblick über die Entwicklung und die Verteilung der Arbeitslosigkeit auf regionaler Ebene gegeben. Es folgen Ausführungen zur Jugendarbeitslosigkeit und zur Langzeitarbeitslosigkeit. Abschließend wird dann auf die Entwicklung geschlechtsspezifischer Erwerbstätigenquoten und der sich daraus ergebenden Geschlechterkluft eingegangen.

Arbeitslosigkeit in den Regionen der Europäischen Union

Die Gesamtarbeitslosigkeit in der Europäischen Union (EU-28) verzeichnete in den vergangenen beiden Jahren eine abnehmende Tendenz. Während sie im Jahr 2016 EU-weit noch bei 8,6% lag, betrug die Gesamtarbeitslosigkeit im Jahr 2017 nur noch 7,6%.¹

Auf regionaler Ebene weist die Arbeitslosigkeit große Unterschiede auf: Im Hinblick auf die 276 NUTS-2-Regionen der Europäischen Union wurde die höchste regionale Arbeitslosenquote im Jahr 2017 mit 29,1% in der griechischen Region Dytiki Makedonia verbucht.² Dagegen verzeichnete die deutsche Region Trier mit 2,0% die niedrigste Quote.

Vergleicht man die regionalen Arbeitslosenquoten des Jahres 2017 mit denen des Jahres 2016, so stellt man fest, dass die regionale Arbeitslosigkeit in 239 NUTS-2-Regionen – das sind fast neun Zehntel – gesunken ist. Im Gegensatz dazu wurde ein Anstieg der regionalen Arbeitslosenquote für 32 NUTS-2-Regionen gemeldet, während in fünf NUTS-2-Regionen keine Veränderung zu verzeichnen war.

In allen NUTS-2-Regionen Belgiens, der Niederlande und Spaniens hat die Arbeitslosenquote zwischen 2016 und 2017 abgenommen. Das gleiche gilt für Dänemark, Estland, Irland, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Zypern.

Auch in Bulgarien, Österreich, Schweden und Ungarn wurde – mit jeweils einer Ausnahme – ein Rückgang der regionalen Arbeitslosigkeit verbucht.

Im Gegensatz dazu stieg die Arbeitslosigkeit in drei NUTS-2-Regionen Deutschlands, Griechenlands und Italiens. Sehr unterschiedlich hingegen entwickelten sich die regionalen Arbeitslosenquoten in Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Hier musste in sechs bzw. zwölf NUTS-2-Regionen ein Anstieg der regionalen Arbeitslosigkeit hingenommen werden.

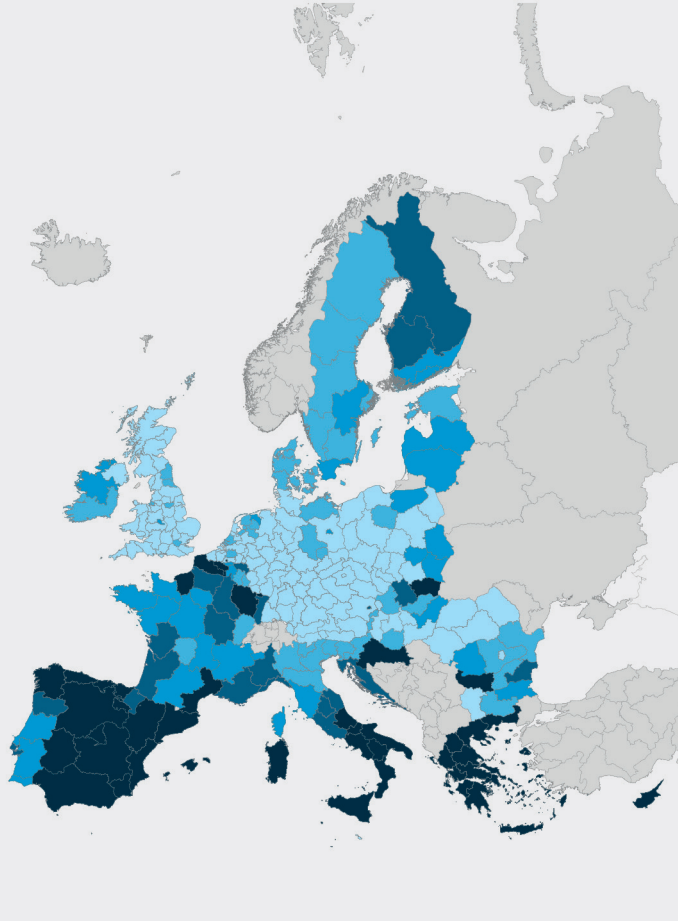
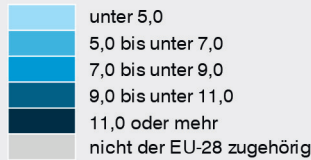
Hohe regionale Arbeitslosenquoten – teilweise über 20,0% – wurden für Spanien und die französischen Überseeterritorien errechnet. Eine sehr hohe regionale Arbeitslosigkeit – in zwei Fällen sogar über 25,0% – war auch in Griechenland anzutreffen. Hier meldete Voreio Aigaio mit einer Steigerung von 18,3% im Jahr 2016 auf 22,5% im Jahr 2017 den höchsten Anstieg der Arbeitslosenquote aller NUTS-2-Regionen.

* Der Beitrag ist im Statistischen Monatsheft Thüringen, Ausgabe 10/2018, erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Thüringer Landesamtes für Statistik hier im Originalwortlaut abgedruckt. Das Bayerische Landesamt für Statistik dankt dem Autor und dem Thüringer Landesamt für Statistik für die freundliche Nachdruckgenehmigung.

¹ Eurostat verwendet die Definition des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) in Genf. Als arbeitslos gilt danach, wer älter als 14 Jahre ist, aktiv eine bezahlte Beschäftigung sucht und diese auch innerhalb von 14 Tagen aufnehmen kann. Ermittelt wird die Zahl der so abgegrenzten Arbeitslosen zunächst durch eine einmal jährlich im Frühjahr erhobene Stichprobe, die dann den jeweiligen nationalen Arbeitslosenstatistiken gegenüber gestellt wird. Daraus wird ein Korrekturfaktor gebildet, mit dessen Hilfe die monatlichen Meldungen der nationalen Arbeitsmarktbörden umgerechnet und vereinheitlicht werden. Die Statistiken von EUROSTAT erlauben daher einen besseren Vergleich der Arbeitsmarktentwicklung in den einzelnen EU-Ländern als eine Gegenüberstellung der nach höchst unterschiedlichen Kriterien berechneten nationalen Arbeitslosenquoten.

² Die aktuelle NUTS-Systematik, gültig seit dem 1. Januar 2015, umfasst EU-weit 98 Regionen auf der NUTS-1-Ebene, 276 Regionen auf NUTS-2-Ebene und 1 342 Regionen auf der NUTS-3-Ebene. Die Einteilung lehnt sich eng an die Verwaltungsgliederung der einzelnen Länder an. In der Regel entspricht eine NUTS-Ebene einer Verwaltungsebene oder einer räumlichen Aggregation von Verwaltungseinheiten.

Abb. 1

**Arbeitslosenquote 2017, nach NUTS-2-Regionen
in Prozent**

Quelle: Eurostat (Online Datencode: lfst r lfu3r7, zugegriffen am 14.09.2018).

Gleichzeitig erhöhte sich im Jahr 2017 die Anzahl der NUTS-2-Regionen mit einer sehr niedrigen Arbeitslosigkeit (unter 4%). Diese NUTS-2-Regionen waren häufig in Tschechien, Westösterreich und in Süddeutschland anzutreffen. Auch in den Regionen Kőzép-Dunántúl (Ungarn) und Cornwall and Isles of Scilly (Vereinigtes Königreich) herrschte nur eine sehr geringe Arbeitslosigkeit. Eine Arbeitslosenquote von durchweg unter 7% wiesen lediglich die NUTS-2-Regionen in Tschechien, Dänemark und Slowenien auf.

In Thüringen bezifferte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 4,4%. Das waren deutliche 0,7 Prozentpunkte weniger als noch im Jahr 2016. Innerhalb Deutschlands lag Thüringen damit im hinteren Mittel-

feld (gemeinsam mit Braunschweig auf Rang 30 von insgesamt 38 deutschen NUTS-2-Regionen). Im Vergleich mit den anderen NUTS-2-Regionen der Europäischen Union (EU 28) belegte Thüringen dagegen Rang 86 (ebenfalls gemeinsam mit Braunschweig) von insgesamt 276 NUTS-2-Regionen.

Vergleich mit der Situation nach der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008

Zwischen den Jahren 2008 und 2017 ist die Gesamt-arbeitslosenquote in der Europäischen Union (EU 28) von 7,0% auf 7,6% angestiegen. Wie aus Abbildung 2 ersichtlich ist, hat sich die Arbeitslosigkeit in den einzelnen NUTS-2-Regionen sehr unterschiedlich entwickelt. In ungefähr der Hälfte der NUTS-2-Gebiete hat sich die regionale Arbeitslosigkeit erhöht.

Tab.: Niedrigste und höchste Arbeitslosenquote nach Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-28)*

Mitgliedstaaten der EU	Nationale Arbeitslosenquote		Minimale regionale Arbeitslosenquote		Maximale regionale Arbeitslosenquote	
	2016	2017	2017		2017	
EU-28	8,6	7,6	Trier	2,0	Dytiki Makedonia	29,1
Belgien	7,8	7,1	Provinz West-Vlaanderen	3,2	Region de Bruxelles/Brussels Gewest ..	14,9
Bulgarien	7,6	6,2	Yugozapaden	3,3	Severozápad	11,3
Dänemark	6,2	5,7	Midtjylland	5,3	Hovedstaden, Syddanmark	6,1
Deutschland	4,1	3,8	Trier	2,0	Berlin	7,0
Estland	6,8	5,8				
Finnland	8,8	8,6	Helsinki-Uusimaa	7,7	Pohjois-ja Itä-Suomi	9,6
Frankreich	10,1	9,4	Limousin	6,2	Mayotte	25,9
Griechenland	23,6	21,5	Notio Aigaio	16,0	Dytiki Makedonia	29,1
Irland	8,4	6,7	Southern and Eastern	6,6	Border, Midland and Western	7,7
Italien	11,7	11,2	Provincia Autonoma di Bolzano/Bozen...	3,1	Calabria	21,6
Kroatien	13,1	11,2	Kontinentalna	11,4	Jadranska Hrvatska	10,9
Lettland	9,6	8,7				
Litauen	7,9	7,1				
Luxemburg	6,3	5,5				
Malta	4,7	4,6				
Niederlande	6,0	4,9	Zeeland	2,9	Groningen	7,2
Österreich	6,0	5,5	Salzburg	3,1	Wien	10,4
Polen	6,2	4,9	Wielkopolskie	3,1	Podkarpackie	8,4
Portugal	11,2	9,0	Centro (PT)	7,1	Região Autónoma da Madeira (PT)	10,6
Rumänien	5,9	4,9	Nord-Est	2,9	Sud-Vest Oltenia	7,7
Schweden	7,0	6,7	Småland med öarna	5,5	Sydsverige	8,4
Slowakei	9,7	8,1	Bratislavský kraj	4,2	Vychodne Slovensko	12,0
Slowenien	8,0	6,6	Zahodna Slovenija	6,4	Vzhodna Slovenija	6,8
Spanien	19,6	17,2	Comunidad Foral de Navarra	10,2	Ciudad Autónoma de Melilla (ES)	27,6
Tschechien	4,0	2,9	Praha	1,7	Moravskoslezsko	4,7
Ungarn	5,1	4,2	Közép-Dunántúl	2,2	Észak-Alföld	7,4
Vereinigtes Königreich ...	4,8	4,4	Cornwall and Isles of Scilly	2,4	West Midlands	7,2
Zypern	13,0	11,1				
Thüringen	5,1	4,4				

* Arbeitslosenquote für die Altersgruppe der 15 bis 74-Jährigen.

Quelle: Eurostat (Online Datencode: lfst r lfu3rt und zugegriffen am 11.09.2018).

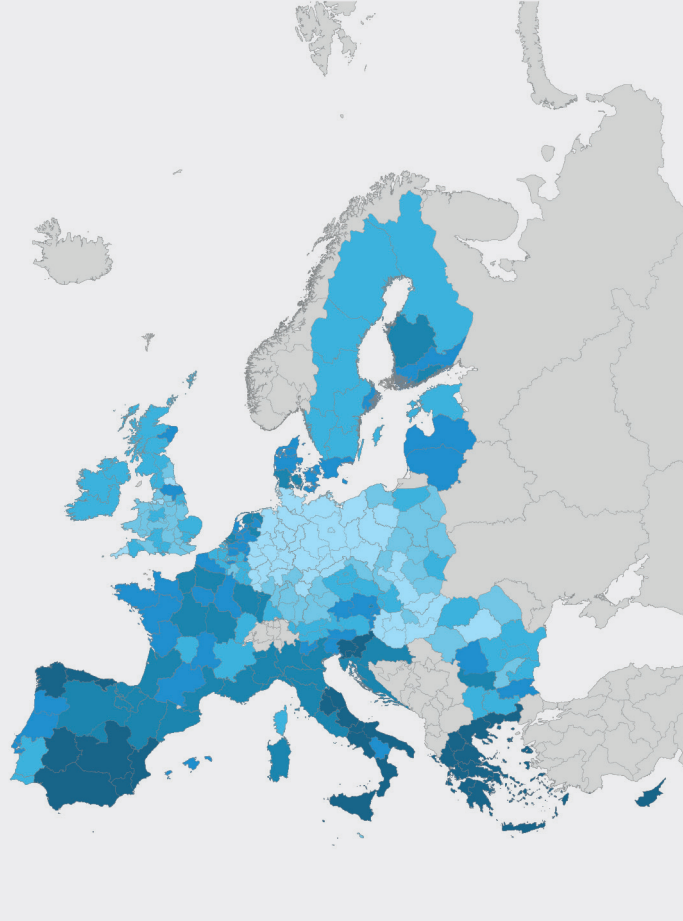
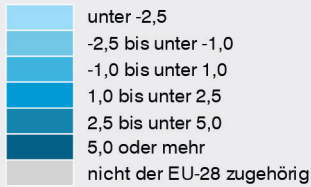
Der höchste Anstieg der Arbeitslosigkeit lässt sich in mehreren spanischen und griechischen NUTS-2-Regionen beobachten. In den spanischen NUTS-2-Regionen Comunidad Valenciana (von 12,0% auf 18,2%), Canarias (von 17,3% auf 23,5%), Cantabria (von 7,2% auf 13,6%), Galicia (von 8,6% auf 15,7%), Ciudad Autónoma de Melilla (von 20,0% auf 27,6%), Andalucía (von 17,7% auf 25,5%), Castilla-La Mancha (von 11,7% auf 20,8%) und in der Extremadura (von 15,4% auf 26,3%) haben sich die ohnehin schon hohen regionalen Arbeitslosenquoten im genannten Zeitraum deutlich erhöht. In fast allen griechischen NUTS-2-Regionen ist die regionale Arbeitslosigkeit um mehr als 10 Prozentpunkte gestiegen: Kriti (+11,2 Prozentpunkte), Ionia Nisia (+11,4 Prozentpunkte), Thessalia (+12,3 Prozentpunkte), Sterea Ellada (+12,4 Prozentpunkte),

Kentriki Makedonia (+14,4 Prozentpunkte), Ipeiros (+14,9 Prozentpunkte), Attiki (+14,9 Prozentpunkte), Dytiki Ellada (+16,4 Prozentpunkte), Dytiki Makedonia (+16,6 Prozentpunkte) und Voreio Aigaio (+17,8 Prozentpunkte).

Einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit verbuchten auch NUTS-2-Regionen, deren Ausgangsniveau im Jahr 2008 verhältnismäßig gering war. Hierzu zählen viele NUTS-2-Regionen Italiens, Spaniens und der Niederlande. Auch in verschiedenen Regionen Dänemarks und Österreichs, die im Jahr 2008 noch vergleichsweise geringe Arbeitslosenquoten aufwiesen, haben sich diese bis zum Jahr 2017 deutlich erhöht. So etwa in der dänischen NUTS-2-Region Hovedstaden (von 3,7% auf 6,1%) oder dem österreichischen Wien (von 7,3% auf 10,4%).

Abb. 2

Die Veränderung der Arbeitslosenquote zwischen 2008 und 2017 nach NUTS-2-Regionen in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat (Online Datencode: lfst r lfu3rt, zugegriffen am 12.09.2018) sowie eigene Berechnungen.

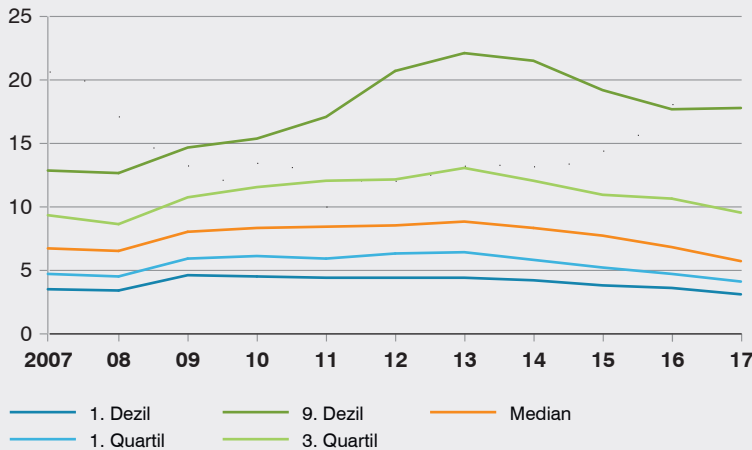
Ganz im Gegensatz dazu ist Deutschland neben Ungarn und Tschechien einer der wenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-28), in dem die Arbeitslosenquote zwischen den Jahren 2008 und 2017 in allen NUTS-2-Regionen gesunken ist. Die höchsten Rückgänge verbuchten die NUTS-2-Regionen Mecklenburg-Vorpommern (von 14,7% auf 5,2%), Leipzig (14,3% auf 5,1%) und Chemnitz (von 12,7% auf 4,1%). Auch in Thüringen verminderte sich die regionale Arbeitslosigkeit im genannten Zeitraum deutlich von 10,7% auf 4,4%. Damit wurden in Deutschland die höchsten Rückgänge der regionalen Arbeitslosenquoten in Prozentpunkten der gesamten Europäischen Union (EU-28) überhaupt verzeichnet.

Auch in den ungarischen NUTS-2-Gebieten Dél Alföld (von 8,7% auf 4,1%), Észak Alföld (von 12,1% auf 7,4%), und Észak Magyarország (von 13,3% auf 5,8%) wurde ein Rückgang der Arbeitslosigkeit beobachtet. Das Gleiche gilt für die polnischen NUTS-2-Gebiete Zachodniopomorskie (von 9,5% auf 4,7%) und Dolnośląskie (von 9,1% auf 4,7%), das bulgarische Severozápad (von 7,9% auf 3,4%), das französische Martinique (von 22,3% auf 17,8%) sowie das rumänische Centru (von 8,5% auf 4,2%).

Die Verteilung regionaler Arbeitslosenquoten

Abbildung 3 illustriert die Verteilung der regionalen Arbeitslosenquoten zwischen den Jahren 2007 und 2017. Im Jahr 2017 lag der Median der regionalen Arbeitslosenquoten aller 276 NUTS-2-Regionen

Abb. 3
**Verteilung der regionalen Arbeitslosenquoten
 der NUTS-2-Regionen 2007 bis 2017**
 in Prozent



Quelle: Eurostat (Online Datencode: lfst rfu3rt, zugegriffen am 12.09.2018)
 sowie eigene Berechnungen.

3 Der Median oder Zentralwert ist ein Mittelwert für Verteilungen in der Statistik. Der Median einer Anzahl von Werten ist die Zahl, welche an der mittleren Stelle steht, wenn man die Werte nach der Größe sortiert. Im vorliegenden Fall ist der Median der regionalen Arbeitslosenquoten der NUTS-2-Regionen 5,7%. Dies bedeutet, dass die eine Hälfte der NUTS-2-Regionen eine Arbeitslosigkeit von weniger als 5,7% und die andere Hälfte eine Arbeitslosenquote von mehr als 5,7% aufweist. Quartile (lat. „Viertelwerte“) teilen ein der Größe nach geordnetes Datenbündel in vier umfanggleiche Teile. Das 1. Quartil gibt an, welcher Wert die unteren 25,0% von den oberen 75,0% der Datenwerte trennt, das 3. Quartil gibt an, welcher Wert die unteren 75,0% von den oberen 25,0% der Datenwerte trennt. Entsprechend teilen Dezile (lateinisch „Zehntelwerte“) ein der Größe nach geordnetes Datenbündel in zehn umfanggleiche Teile. Das 1. Dezil gibt an, welcher Wert die unteren 10,0% von den oberen 90,0% der Datenwerte trennt, das 9. Dezil gibt an, welcher Wert die unteren 90,0% von den oberen 10,0% trennt.

bei 5,7%.³ Jenes Zehntel der NUTS-2-Regionen mit der höchsten Arbeitslosenquote hatte Quoten von mehr als 17,7% (9. Dezil). Dagegen wies jenes Zehntel der NUTS-2-Regionen mit der niedrigsten Arbeitslosenquote Quoten von weniger als 3,1% auf (1. Dezil). Im gleichen Jahr hatte ein Viertel der NUTS-2-Regionen Arbeitslosenquoten von über 9,5% (3. Quartil), während am anderen Ende der Skala ein Viertel der NUTS-2-Regionen eine Arbeitslosenquote von weniger als 4,1% (1. Quartil) aufwies.

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise lassen sich zwischen den Jahren 2008 und 2009 an einem Anstieg sowohl des Medianwertes als auch aller Dezil- und Quartilwerte für die regionale Arbeitslosigkeit ablesen. Zwischen den Jahren 2009 und 2011 war die Arbeitslosigkeit in jenem Zehntel der NUTS-2-Regionen mit der niedrigsten Arbeitslosenquote (1. Dezil) ziemlich stabil. Ganz im Gegensatz dazu stiegen im genannten Zeitraum in jenem Zehntel (9. Dezil) und jenem Viertel (3. Quartil) der NUTS-2-Regionen mit der höchsten Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenquoten in jedem Jahr seit 2008.

Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass sich mit der Wirtschafts- und Finanzkrise die Situation vor allem in jenen NUTS-2-Regionen verschlechterte, die bereits vorher ein hohes Niveau an Arbeitslosigkeit

aufwiesen. Dagegen wurden viele NUTS-2-Regionen mit einem geringen Niveau an Arbeitslosigkeit von der Wirtschafts- und Finanzkrise kaum negativ beeinträchtigt. Vergleicht man die Werte für die Jahre 2010 und 2011, so wird dies besonders deutlich: Während der Median der regionalen Arbeitslosigkeit in den Jahren 2010 und 2011 (8,3% bzw. 8,4%) stabil war, stieg im gleichen Zeitraum die Arbeitslosenquote in jenem Zehntel der NUTS-2-Regionen mit der höchsten Arbeitslosigkeit von 15,3% auf 17,0%.

Der Zehnjahresvergleich lässt den Schluss zu, dass sich die regionale Arbeitslosigkeit in jenen NUTS-2-Regionen verringerte, in denen sie ohnehin niedrig war und umgekehrt. So sank die regionale Arbeitslosigkeit im 1. Dezil von 3,5% im Jahr 2007 auf 3,1% im Jahr 2017 und im 1. Quartil im gleichen Zeitraum von 4,7% auf 4,1%. Auch der Median der regionalen Arbeitslosenquoten verringerte sich im Zehnjahresvergleich von 6,7% auf 5,7%. Dagegen stieg die regionale Arbeitslosenquote in jenen NUTS-2-Regionen, in denen sie bereits 2007 vergleichsweise hoch war. Und zwar im 3. Quartil von 9,3% im Jahr 2007 auf 9,5% im Jahr 2017 und im 9. Dezil im gleichen Zeitraum sogar von 12,8% auf 17,7%.

Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union

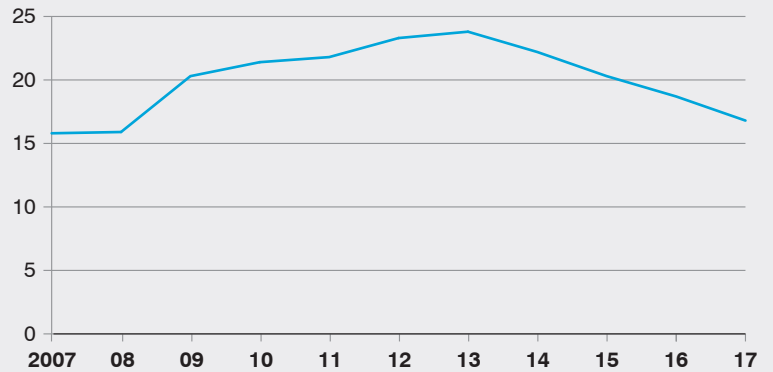
Etwa ein Sechstel (16,8%) des Arbeitskräftepotentials im Alter von 15 bis 24 Jahren war im Jahr 2017 ohne Arbeit. Das waren 1,9 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr, aber 1,0 Prozentpunkte mehr als vor 10 Jahren. Dies zeigt, dass junge Menschen in besonderem Maße von der im vergangenen Jahrzehnt angespannten Situation auf dem europäischen Arbeitsmarkt betroffen sind. Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren sind überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen und ihre Arbeitslosenquote war in der Mehrzahl der NUTS-2-Regionen der EU-28 mindestens doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote.

Hierbei gilt es auch noch zu berücksichtigen, dass ein großer Teil der Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren nicht dem Arbeitskräftepotential zuzurechnen ist. Dies gilt insbesondere für Schüler und Studenten. Dieser Personenkreis gehört weder den

Beschäftigten noch den Arbeitslosen an. Gleichwohl ist die Jugendarbeitslosenquote ein sinnvoller Indikator. Zeigt sie doch, wie schwierig es für junge Menschen ist, die für eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit verfügbar und aktiv auf Arbeitssuche sind, eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu finden.

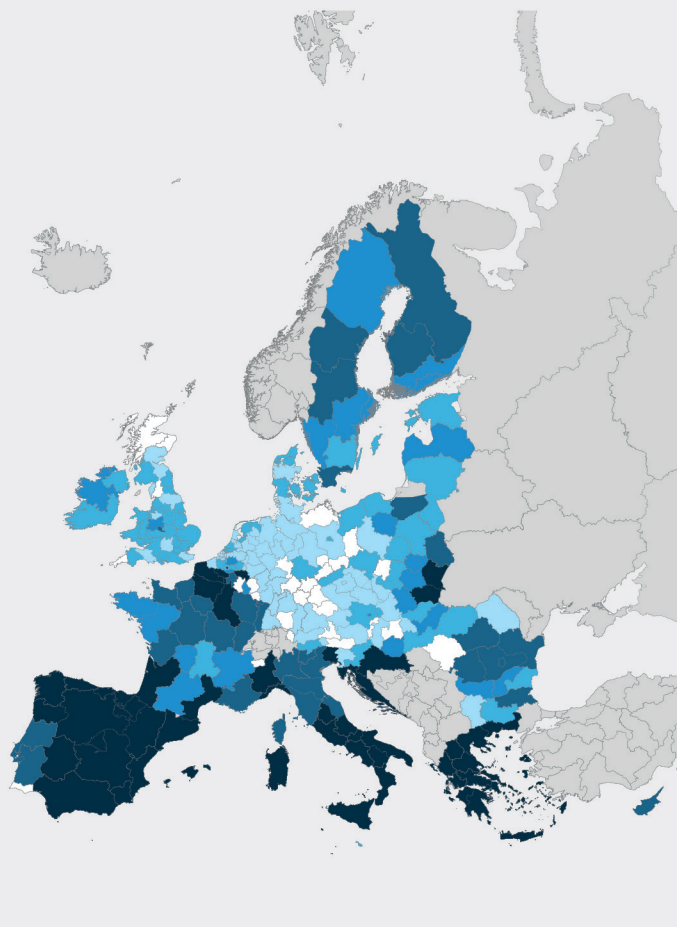
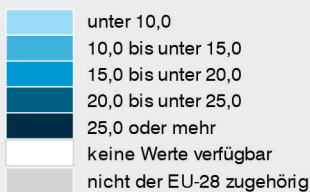
Die regionalen Unterschiede bei den Quoten sind im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit noch deutlich stärker ausgeprägt als bei der Gesamtarbeitslosigkeit. Die Spannweite reicht von jeweils 3,8% im tschechischen Prag und in der deutschen NUTS-2-Region Oberbayern bis 62,7% in der spanischen NUTS-2-Region Ciudad Autónoma de Melilla.

Abb. 4
Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union (EU-28) 2007 bis 2017
in Prozent



Quelle: Eurostat (Online Datencode: tesem140, zugegriffen am 12.09.2018).

Abb. 5
Jugendarbeitslosenquote 2017, nach NUTS-2-Regionen
in Prozent



Quelle: Eurostat (Online Datencode: lfst r lfu3r7, zugegriffen am 24.09.2018).

Besonders hoch war die Jugendarbeitslosigkeit auch in vielen Teilen Italiens sowie in Griechenland. Quoten von über 50 % wiesen im Jahr 2017 die italienischen NUTS-2-Regionen Puglia (51,4 %), Sicilia (52,9 %), Campania (54,7 %) und Calabria (55,6 %) auf. In Griechenland waren Voreio Aigaio (58,2 %), Ipeiros (58,0 %) und Dytiki Makedonia (55,0 %) jene NUTS-2-Regionen mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit. Mit einer Steigerung der Quote um 22,0 Prozentpunkte zwischen den Jahren 2016 und 2017 war Voreio Aigaio auch die NUTS-2-Region mit dem höchsten Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union (gemessen in Prozentpunkten).

Im Jahr 2017 war die Arbeitslosenquote der Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren am niedrigsten in verschiedenen NUTS-2-Regionen Tschechiens, Österreichs, der Niederlande und insbesondere Deutschlands. In Süddeutschland (Baden-Württemberg und Bayern) wiesen fast alle NUTS-2-Regionen eine Jugendarbeitslosigkeit von unter 7,0 % auf. Am geringsten war sie hier in Oberbayern (3,8 %), in Stuttgart (4,7 %) und in Schwaben (5,2 %).

In Thüringen bezifferte sich die Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2017 auf 10,7 %. Das war deutlich mehr als im deutschlandweiten Durchschnitt (6,8 %), aber sehr viel weniger als im Durchschnitt der Europäischen Union (16,8 %). Im Vergleich mit den deut-

schen NUTS-2-Regionen nimmt Thüringen den vorletzten Rang ein.⁴ Auf europäischer Ebene (EU-27) belegt der Freistaat Rang 65 unter den 276 NUTS-2-Regionen. Außerhalb von Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Tschechien finden sich nicht allzu viele NUTS-2-Regionen mit einer geringeren Jugendarbeitslosigkeit als Thüringen.

Langzeitarbeitslosigkeit in der Europäischen Union

Im Jahr 2017 betrug in der Europäischen Union (EU-28) der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den gesamten Arbeitslosen 44,7 %. Das waren 1,7 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr und bereits der dritte Rückgang seit dem Jahr 2014. Dies bedeutet, dass im Jahr 2017 von 100 Arbeitslosen in der Europäischen Union (EU-28) durchschnittlich rund 45 bereits ein Jahr und mehr auf Arbeitssuche waren.

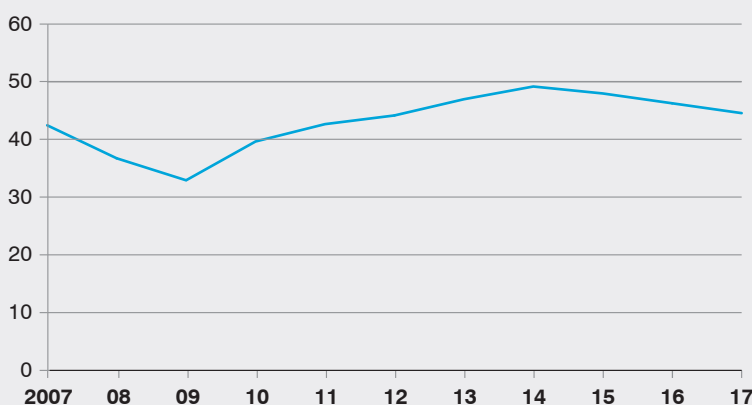
Zwischen 2016 und 2017 hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit an der gesamten Arbeitslosigkeit in den 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sehr unterschiedlich entwickelt: Deutlich war der Anstieg in Luxemburg (+3,3 Prozentpunkte), der Slowakei (+2,2 Prozentpunkte) und in Estland (+1,9 Prozentpunkte). Vergleichsweise hohe Steigerungsraten verbuchten auch Österreich (+1,1 Prozentpunkte) und Deutschland (+0,9 Prozentpunkte). In der Mehrzahl der EU-Staaten war der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit rückläufig. So etwa in Kroatien (-9,7 Prozentpunkte), Rumänien (-8,6 Prozentpunkte) und Tschechien (-7,1 Prozentpunkte).

Wie aus der nachfolgenden Abbildung hervorgeht, war der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit an der gesamten Arbeitslosigkeit auf der Ebene der Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Jahr 2017 am geringsten in Schweden (18,5 %), Dänemark (22,6 %) und Finnland (24,2 %). Die höchsten Anteile wurden hingegen in Italien (57,8 %), der Slowakei (62,4 %) und in Griechenland (72,8 %) registriert. In Deutschland lag der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit mit 41,7 % etwas unter dem EU-weiten Durchschnitt von 45,0 %.

Auf regionaler Ebene variiert der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit an der gesamten Arbeitslosigkeit beträchtlich zwischen den einzelnen NUTS-2-Regio-

4 Allerdings lagen zum Bearbeitungszeitpunkt (17. September 2018) für 14 von 38 deutschen NUTS-2-Gebieten keine Ergebnisse vor.

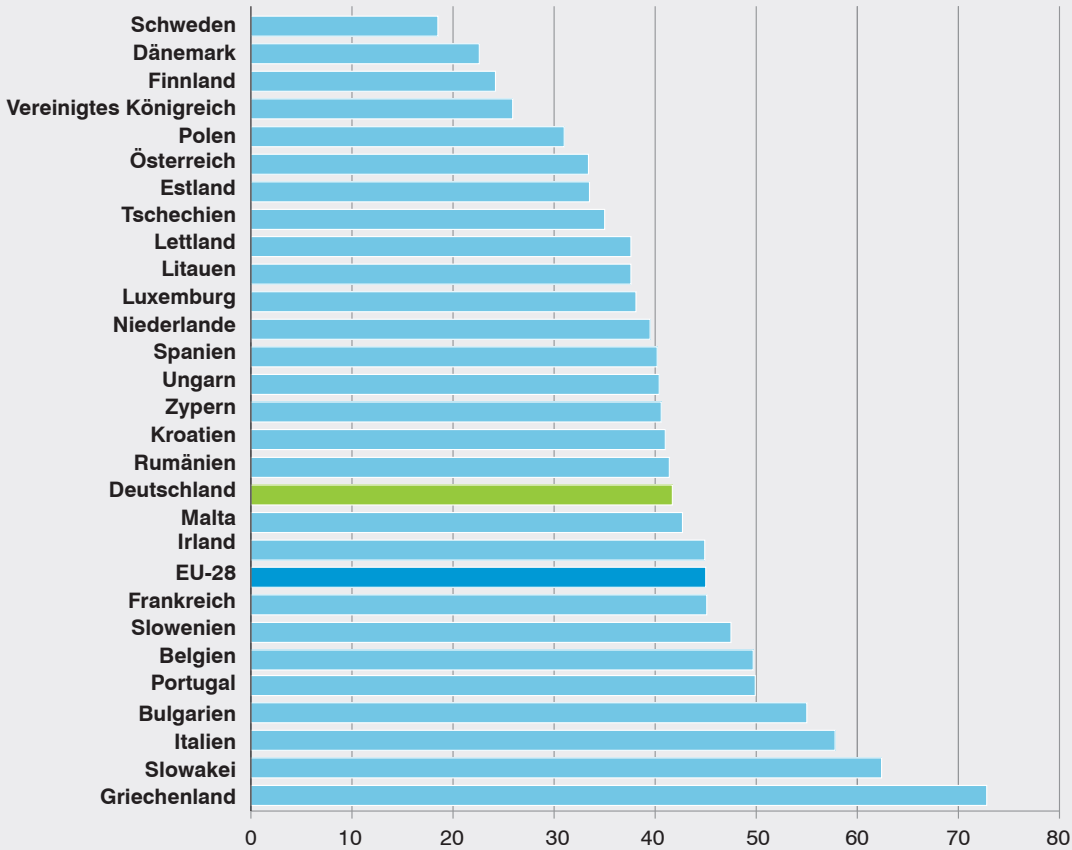
Abb. 6
Entwicklung des Anteils der Langzeitarbeitslosigkeit (12 Monate und mehr) an der gesamten Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union (EU-28) 2007 bis 2018 in Prozent



Quelle: Eurostat (Online Datencode: une_ltu_a, zugegriffen am 12.09.2018)

Abb. 7

Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit (12 Monate und mehr) an der gesamten Arbeitslosigkeit nach Mitgliedstaaten der EU im Jahr 2017
in Prozent



Quelle: Eurostat (Online Datencode: une_ltu_a, zugegriffen am 12.09.2018).

nen der Europäischen Union (EU 28). Die höchsten Anteile der Langzeitarbeitslosigkeit an der gesamten Arbeitslosigkeit findet man in den französischen Überseedépartements, in allen Regionen Bulgariens, Griechenlands und der Slowakei, in einigen Regionen Belgiens sowie im Süden Italiens und im Osten Deutschlands. Die geringsten Anteile findet man in allen schwedischen Regionen und in einigen Regionen Dänemarks, Finnlands und des Vereinigten Königreiches. Die Spannweite reicht von 12,8% im schwedischen Övre Norrland bis 77,3% im griechische Attiki und 83,3% im französischen Überseedépartement Mayotte.

In den meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU-28) ist die Spannweite der Anteile der Langzeitarbeitslosigkeit an der gesamten Arbeitslosigkeit in den einzelnen Regionen relativ gering.

Ausnahmen bilden Italien und Frankreich und in einem geringeren Maße Griechenland, Rumänien und Bulgarien. Auch in Deutschland ist die Spannweite mit 28,4% in der NUTS-2-Region Tübingen und 56,6% in Sachsen-Anhalt vergleichsweise groß.

Innerhalb Deutschlands zählt Thüringen zu den NUTS-2-Regionen mit einem ziemlich hohen Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit an der gesamten Arbeitslosigkeit (gemeinsam mit Düsseldorf Rang 8 bzw. 9 von 38). Auch liegt der Anteil Thüringens mit 47,4% über dem deutschlandweiten Durchschnitt (41,7%) und über jenem der Europäischen Union (45,0%). Im Vergleich mit den anderen NUTS-2-Regionen der EU-28 zählt Thüringen zu den Regionen mit einem vergleichsweise hohen Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit an der gesamten Arbeitslosigkeit (Rang 179 von 276 NUTS-2-Regionen).

Die Geschlechterkluft auf dem europäischen Arbeitsmarkt

Die Lissabon-Strategie des Jahres 2000 setzte das Ziel einer 60-prozentigen Erwerbstätigenquote der Frauen in der Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen.⁵ EU-weit wurde dieses Ziel erst im Jahr 2015 mit einer Quote von 60,4% erreicht. In den Jahren 2016 und 2017 erreichte dann die Erwerbstätigenquote der Frauen EU-weit 61,3% bzw. 62,4%. Ein etwas anderes Bild ergibt sich hingegen auf regionaler Ebene. Hier wurde das Ziel im Jahr 2017 lediglich in 189 von insgesamt 276 NUTS-2-Regionen der Europäischen Union (EU-28) erreicht.

Die Erwerbstätigenquote der Männer im Alter von 15 bis 64 Jahren bewegte sich in der Europäischen Union (EU-28) in den Jahren 2016 und 2017 bei 71,8% bzw. 72,9%. Damit verharrte die sogenannte Geschlechterkluft („gender gap“), das heißt, die Differenz zwischen der Erwerbstätigenquote der Männer und jener der Frauen in den Jahren 2016 und 2017 unverändert bei 10,5 Prozentpunkten.

Im Jahr 2017 war die Erwerbstätigenquote der Männer in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU-28) höher als die Erwerbstätigenquote

der Frauen. Gering war die sogenannte Geschlechterkluft in Litauen mit 0,4 Prozentpunkten und in Lettland mit 3,5 Prozentpunkten. Unter 6,0 Prozentpunkte darüber hinaus in Finnland (+2,9 Prozentpunkte), Schweden (+2,9 Prozentpunkte) und Dänemark (+5,4 Prozentpunkte). Sehr hoch war die Geschlechterkluft dagegen in Italien (+18,2 Prozentpunkte), Griechenland (+18,3 Prozentpunkte) und auf Malta (+23,4 Prozentpunkte). In Deutschland lag die Erwerbstätigenquote der Männer im Jahr 2017 um 7,4 Prozentpunkte über jener der Frauen. Damit nahm die Bundesrepublik im EU-weiten Vergleich einen mittleren Rang ein. In Thüringen war die Geschlechterkluft mit 4,8 Prozentpunkten beträchtlich geringer. Sie lag damit deutlich sowohl unter dem deutschen als auch dem EU-weiten Durchschnitt.

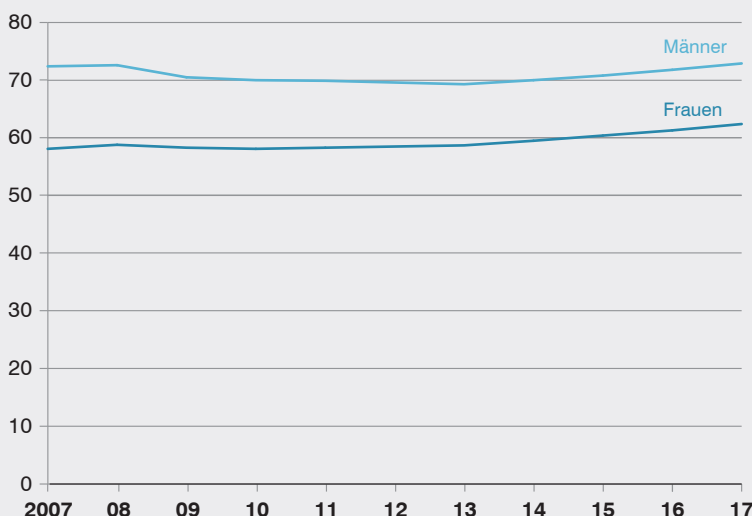
Das Lissabon-Ziel einer Erwerbstätigenquote der Frauen von über 60,0% wurde im Jahr 2017 deutlich übertroffen in Schweden (75,4%), Dänemark (71,5%), Deutschland (71,5%), den Niederlanden (71,3%), Estland (70,9%) und Litauen (70,2%). In einem etwas geringeren Ausmaß wurde das Ziel ebenfalls erreicht im Vereinigten Königreich (69,7%), in Finnland (68,5%), Lettland (68,4%), Österreich (68,2%), Tschechien (66,2%), Slowenien (65,8%), Portugal (64,8%), Bulgarien (63,1%), Luxemburg (62,5 Prozent), Irland (62,4%), Zypern (61,4%), Ungarn (61,3%), Frankreich (61,1%) und in der Slowakei (60,3%). Im Gegensatz dazu findet man in der Europäischen Union (EU-28) die geringsten Erwerbstätigenquoten der Frauen in Griechenland (44,4%), Italien (48,9%) und in Kroatien (54,0%).

Auf der Ebene der NUTS-2-Regionen ist die Spannweite der Erwerbstätigenquoten der Frauen sogar noch deutlich größer. Sie reicht von 29,2% in Sizilien (Italien) bis 80,4% in Åland (Finnland). Unter den NUTS-2-Regionen in der Europäischen Union (EU-28) belegte Thüringen im Jahr 2017 mit einer Erwerbstätigenquote der Frauen von 74,1% einen der vorderen Plätze (Rang 22 unter 276 NUTS-2-Regionen⁶).

⁵ Die Lissabon-Strategie oder Lissabonner Strategie (auch Lissabon-Prozess oder Lissabon-Agenda) war ein auf einem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon verabschiedetes Programm, das zum Ziel hatte, die EU innerhalb von 10 Jahren, also bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Das Nachfolgeprogramm ist als „Europa 2020“ bekannt.

⁶ Gemeinsam mit den britischen NUTS-2-Regionen Gloucestershire, Wiltshire and Bristol/Bath area sowie Hampshire and Isle of Wight.

Abb. 8
Entwicklung der Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren in der Europäischen Union (EU-28) in Prozent



Quelle: Eurostat (Online Datencode: lfst r lfe2emprr, zugegriffen am 12.09.2018).

Stromerzeugung in Bayern: Entwicklungen und Ergebnisse 2018

Benjamin Wirth, M.Sc.

Im Jahr 2018 erreichten die erneuerbaren Energien einen Anteil von 49,5% an der bayerischen Stromerzeugung, nachdem 2017 dieser Anteil noch 44,1% betragen hatte. Mit Blick auf das Ziel der bayerischen Staatsregierung bis 2025 diesen Anteil auf 70% zu steigern (vgl. StMWi 2016), ist diese Entwicklung zunächst als ein Erfolg zu bewerten. Jedoch ist zu beachten, dass dieser Erfolg auf dem Sondereffekt der Abschaltung von Block B des Kernkraftwerkes Gundremmingen und dem damit verbundenen Rückgang der bayerischen Stromerzeugung um 10,8 Mrd. kWh beruht. Absolut nahm zudem auch die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Vergleich zu 2017 um 2,1% ab. Da diesem Rückgang keine vergleichbare Reduzierung des bayerischen Stromverbrauches gegenüberstand, wurde Bayern im Jahr 2018 zu einem Stromimporteur, nachdem es die Jahre zuvor in der Regel mehr Strom exportiert als importiert hatte. Dieser Beitrag widmet sich der Struktur und der Entwicklung der bayerischen Bruttostromerzeugung seit dem Jahr 2003 und stellt einen Vergleich zur Bruttostromerzeugung auf gesamtdeutscher Ebene her. Zunächst wird die bayerische Bruttostromerzeugung 2018 betrachtet, um dann auf die längerfristige Entwicklung einzugehen. Abschließend erfolgt der Vergleich mit der deutschen Bruttostromerzeugung insgesamt.

Bruttostromerzeugung in Bayern 2018

Der Beitrag bezieht sich auf die jährlich durch das Bayerische Landesamt für Statistik (LfStat) berechnete Bruttostromerzeugung (siehe Infokasten „Bruttostromerzeugung“). Die Ergebnisse dieser Berechnung werden im November des Folgejahres veröffentlicht. Dabei werden die Begriffe Bruttostromerzeugung und Stromerzeugung synonym verwendet. Zunächst wird ein Überblick über die Bruttostromerzeugung in Bayern im Berichtsjahr 2018 gegeben.

Nachdem im Jahr 2017 die bayerische Stromerzeugung noch um 3,9% auf insgesamt 84,7 Mrd. kWh gestiegen war, ging diese im Jahr 2018 drastisch zurück. Die Bruttostromerzeugung sank um 12,8% auf 73,9 Mrd. kWh, dem niedrigsten Stromerzeugungsergebnis seit 1994 (72,3 Mrd. kWh). Verantwortlich für diesen Rückgang waren vor allem die planmäßige Stilllegung von Block B des Kernkraftwerkes Gundremmingen am 31. Dezember 2017 und die negative Auswirkung der Dürre 2018 auf



Bruttostromerzeugung

Unter dem Begriff Bruttostromerzeugung versteht man die von den Kraftwerken erzeugte Strommenge zuzüglich dem Anteil, der von den Kraftwerken selbst verbraucht wird. Die Stromerzeugung in Pumpspeicherkraftwerken und die Ausspeicherung von Strom aus anderen Speichern ist dabei inbegriffen. Bei der Berechnung der Bruttostromerzeugung gehen als Ausgangsbasis die Ergebnisse mehrerer statistischer Erhebungen ein. Diese umfassen die Erhebung über Wärme- und Elektrizitätserzeugung aus Geothermie, die Erhebung über die Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung zur allgemeinen Versorgung, die Erhebung über die Stromerzeugungsanlagen der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, die Erhebung über die Stromeinspeisung bei Netzbetreibern sowie die Erhebung über Gewinnung, Verwendung und Abgabe von Klärgas. Ab dem Berichtsjahr 2018 können zusätzlich die Daten zur Stromerzeugung in wärmegeführten Blockheizkraftwerken aus der Erhebung über Erzeugung und Verwendung von Wärme sowie über den Betrieb von Wärmenetzen berücksichtigt werden.

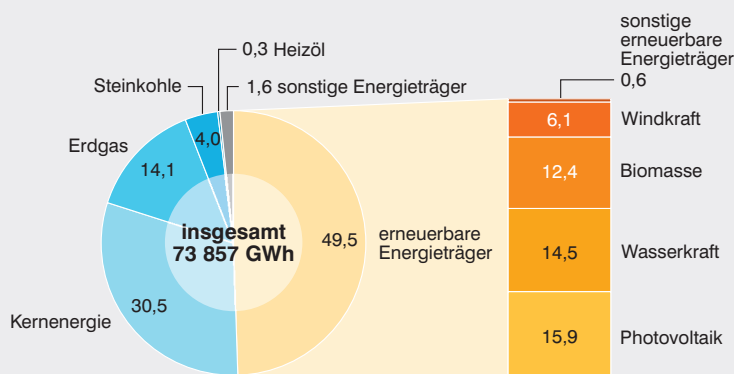
die Stromerzeugung aus Wasserkraft. Während der Rückgang der bayerischen Stromerzeugung insgesamt 10,8 Mrd. kWh betrug, sank die Stromerzeugung aus Kernenergie um 8,7 Mrd. kWh und die aus Wasserkraft um 1,5 Mrd. kWh. Unter Vernachlässigung der Entwicklung anderer Energieträger können damit rechnerisch 93,6% des gesamten Rückganges erklärt werden. Der bayerische Strommix, die Zusammensetzung der Bruttostromerzeugung, hat sich im Jahr 2018 vor diesem Hintergrund im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verändert. Nach 44,1 % im Vorjahr betrug 2018 der Anteil der erneuerbaren Energien 49,5%, wobei deren Stromerzeugung im selben Zeitraum um 2,1 % auf 36,5 Mrd. kWh zurückging. Gleichzeitig konnte die Steigerung der Stromerzeugung bei anderen erneuerbaren Energien, wie der Photovoltaik, die Verluste der Wasserkraft nicht vollständig ausgleichen. Die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern sank auf 37,3 Mrd. kWh im Jahr 2018. Dieser Rückgang um 21,2% im Vergleich zum Vorjahr erklärt sich – neben dem Rückgang bei der Kernenergie – zu einem kleineren Teil auch durch eine geringere Stromerzeugung aus anderen konventionellen Energieträgern.

Abbildung 1 stellt die Zusammensetzung des bayerischen Strommix 2018 für konventionelle und erneuerbare Energieträger im Detail dar. Für Informationen zur Abgrenzung der einzelnen Energieträger siehe Infokasten „Energieträger in der amtlichen Statistik“. Mit einem Anteil von 50,5% ist die Bedeutung der konventionellen Energieträger bei der Brutto-

stromerzeugung im Vergleich zu 2017 um 5,4 Prozentpunkte zurückgegangen. Die Kernenergie blieb jedoch trotz des starken Erzeugungsrückgangs mit einem Anteil von 30,5% der bedeutendste einzelne Energieträger im bayerischen Strommix. Unter den konventionellen Energieträgern folgt dann die Stromerzeugung aus Erdgas, deren Anteil sich 2018 auf 14,1% erhöhte. Andere konventionelle Energieträger wie Steinkohle mit 4,0%, sonstige Energieträger mit 1,6% und Heizöl mit 0,3% hatten eine geringere Bedeutung für die bayerische Stromerzeugung. Während im Vergleich zu 2017 der Anteil der Stromerzeugung aus Steinkohle um 0,5 Prozentpunkte zurückging, nahm der Anteil der sonstigen Energieträger mit 0,2 Prozentpunkten leicht zu. Für Heizöl blieb er konstant.

Unter den erneuerbaren Energieträgern war erstmalig die Photovoltaik mit einem Anteil von 15,9% die wichtigste Stromerzeugungsquelle. Darauf folgten die Wasserkraft mit einem im Vergleich zum Vorjahr kaum veränderten Anteil von 14,5%, die Biomasse mit einem auf 12,4% und die Windkraft mit einem auf 6,1% gestiegenen Anteil an der Stromerzeugung. Der Anteil der sonstigen erneuerbaren Energien, unter die in Bayern Geothermie, Klär- und Deponiegas fallen, blieb mit 0,6% im Vergleich zum Vorjahr (0,5%) praktisch unverändert. Im Jahr 2018 spiegelte die durchweg positive Entwicklung der Anteile erneuerbarer Energien an der bayerischen Stromerzeugung nur bedingt die Entwicklung der absoluten Stromerzeugung wider, wie Abbildung 2 zeigt. Gleiches trifft auch auf die konventionellen Energieträger zu.

Abb. 1
Bruttostromerzeugung in Bayern 2018 nach Energieträgern in Prozent



Der direkte Vergleich der Bruttostromerzeugung 2017 und 2018 in Abbildung 2 zeigt, dass neben der Kernenergie im Besonderen die Erzeugung aus Steinkohle von 3,8 Mrd. kWh auf ca. 3,0 Mrd. kWh stark zurückging. Relativ betrachtet ist dieser Rückgang um 22,7% mit der Entwicklung in der Kernenergie (-27,8%) vergleichbar. Die Anzahl der Kraftwerke, die Steinkohle einsetzen, sank ebenfalls in diesem Zeitraum. Mit 0,2 Mrd. kWh ist die Stromerzeugung aus Heizöl in Bayern von nur geringer Bedeutung, aber auch hier war im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Rückgang von 10,8 % zu verzeichnen. Wie oben festgestellt, blieb der Anteil



Energieträger in der amtlichen Statistik

Im Berichtsjahr 2018 wurden in der amtlichen Energiestatistik, in Abhängigkeit von der jeweiligen Erhebung, bis zu 168 einzelne Energieträger unterschieden. Die Klassifikation dieser Energieträger basiert auf einem 4-stelligen Energieträgercode. Die einzelnen Energieträger als 4-Steller können auf 2-Steller-Ebene zu 47 (Haupt)-Energieträgern zusammengefasst werden. Bei dem erneuerbaren Energieträger „feste biogene Stoffe“ (2-Steller-Ebene) unterscheidet man beispielsweise auf 4-Steller-Ebene 22 einzelne Energieträger wie Altholz, Rinde oder auch Tierfette. Für Veröffentlichungen des Bayerischen Landesamts für Statistik werden die Energieträger der 2-Steller-Ebene teilweise zusätzlich aggregiert. Der Hintergrund dafür ist neben Geheimhaltungserfordernissen nach § 16 Bundesstatistikgesetz das Ziel einer aussagekräftigen Ergebnisdarstellung. Im Einzelnen setzen sich die hier betrachteten Energieträger wie folgt auf 2-Steller-Ebene zusammen (fett gedruckt, falls im Berichtsjahr 2018 in der bayerischen Stromerzeugung relevant).

Konventionelle Energieträger

Steinkohlen	Steinkohlen , Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Kohlenwertstoff aus Steinkohlen
Braunkohlen	Rohbraunkohlen, Hartbraunkohlen, Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks, Wirbelschichtkohlen, Staub- und Trockenkohlen
Heizöl	Heizöl , schweres Heizöl , andere Mineralölprodukte
Erdgas	Erdgas
Kernenergie	Kernenergie
Sonstige Energieträger	Dieselmkraftstoff , Flüssiggas , Raffineriegas , Petrolkoks , Grubengas , Kokereigas , Hochofengas/Konvertergas , sonstige hergestellte Gase , Wasserstoff , Pumpspeicherkraftwerke ohne natürlichen Zufluss , Industrieabfall , nicht biogener Abfall , Wärme , Strom (Elektrokessel) , sonstige Energieträger , andere Speicher

Erneuerbare Energieträger

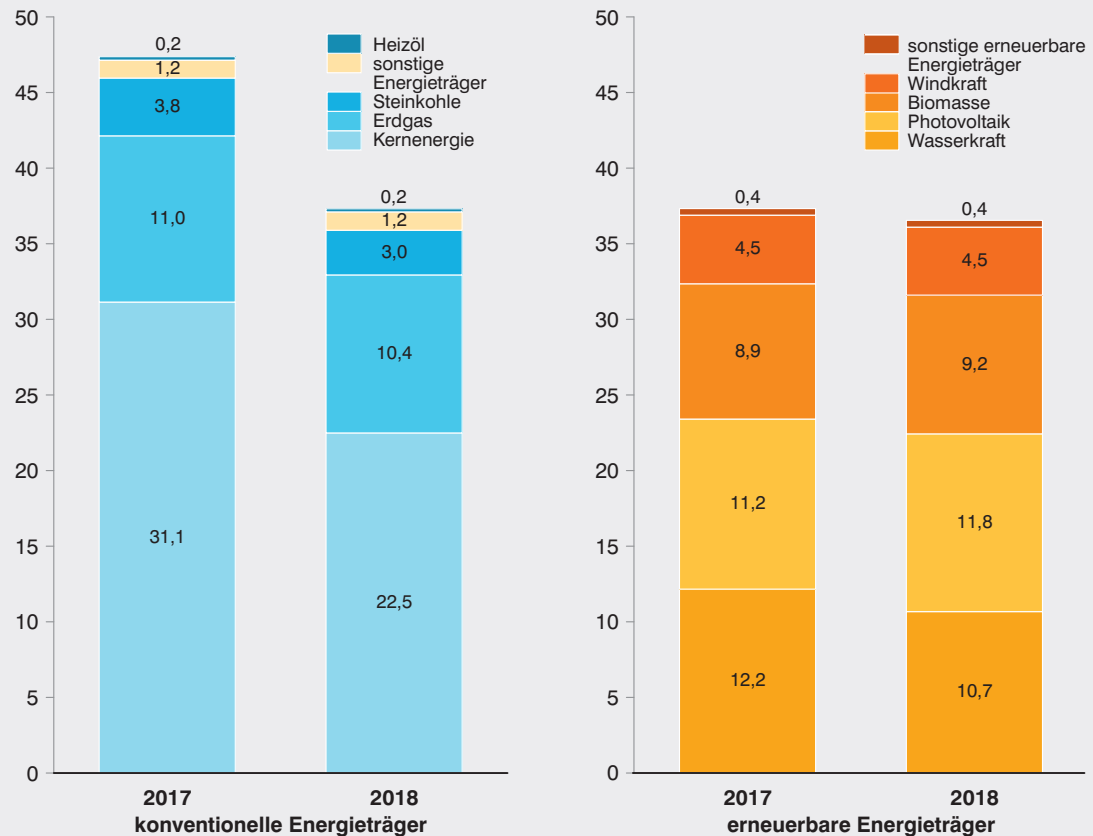
Lauf- und Speicherwasser	Laufwasser , Speicherwasser , Pumpspeicher mit natürlichem Zufluss
Windkraft	Windkraft (Onshore) , Windkraft (Offshore)
Photovoltaik	Photovoltaik
Biomasse	feste biogene Stoffe , flüssige biogene Stoffe , Biogas , Biomethan , Klärschlamm , biogene Abfälle
Sonstige erneuerbare Energieträger	Wärmepumpen (Erd- und Umweltwärme) , Geothermie , Solarthermie , Klärgas , Deponiegas

Die Aggregation der Energieträger orientiert sich dabei an der Methodik des Länderarbeitskreises Energiebilanzen (www.lak-energiebilanzen.de).

am bayerischen Strommix dennoch unverändert. Obgleich die Stromerzeugung aus Erdgas im Jahr 2018 anteilig stieg, nahm die Stromerzeugung absolut um 5,0 % auf 10,4 Mrd. kWh ab. Da Erdgas vor allem auch in Kraftwerken und Blockheizkraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung eingesetzt wird, erklären unter anderem die milden Temperaturen im Jahr 2018 diesen Rückgang (vgl. AGEb 2019A). Unter den konventionellen Energieträgern verzeichneten nur die sonstigen Energieträger mit 2,6 % einen

Erzeugungsanstieg auf 1,2 Mrd. kWh. Diese sind, wie das Heizöl, für die bayerische Stromerzeugung nicht von größerer Bedeutung. In der Konsequenz wurde der Rückgang der Stromerzeugung aus Kernenergie in keinerlei Weise durch eine vermehrte Stromerzeugung aus anderen konventionellen Energieträgern kompensiert. Hinsichtlich der klimapolitischen Ziele der Bundes- und der bayerischen Staatsregierung war diese Entwicklung grundsätzlich positiv.

Abb. 2

Bruttostromerzeugung in Bayern 2017 und 2018 nach Energieträgern
in Milliarden kWh

Die Entwicklung der Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien war 2018 insgesamt negativ. In der Betrachtung einzelner Energieträger verlief diese jedoch unterschiedlich. Die Stromerzeugung aus Photovoltaik belief sich auf 11,8 Mrd. kWh, 0,5 Mrd. kWh bzw. 4,5 % mehr als im Jahr zuvor. Dies war der größte Zuwachs unter allen Energieträgern. Dem Anstieg der Stromerzeugung aus Photovoltaik lag dabei ein Ausbau der installierten Leistung von 6,6 % (vgl. AEE 2019A) und ein Plus bei den Sonnenstunden von 15,7 % im Vergleich zum Vorjahr (DWD 2018) zugrunde. Ebenso nahm die Stromerzeugung aus sonstigen erneuerbaren Energieträgern, zu denen beispielsweise die Geothermie zählt (siehe Infokasten „Energieträger in der amtlichen Statistik“), um 2,7 % zu. Im Berichtsjahr 2018 wuchs die Stromerzeugung aus Biomasse um 0,2 Mrd. kWh auf 9,2 Mrd. kWh an. Hintergründe für diesen Anstieg waren ein gesteigerter Einsatz von festen

biogenen Stoffen und eine Neubewertung des Einsatzes von Abfällen in den statistischen Erhebungen in Bayern. In den Vorjahren als Industrieabfall deklarierte Abfälle wurden ab 2018 den Siedlungsabfällen zugeordnet und damit zu 50 % als biogene Abfälle mit in der Biomasse berücksichtigt. Der Ausbau der installierten Leistung zur Stromerzeugung in Bayern im Bereich der Biomasse um 8,0 % auf 1 775 MW (vgl. AEE 2019B) spielte jedoch keine Rolle bei der Steigerung der Stromerzeugung. Vielmehr war 2018 die Stromerzeugung aus Biogas und -methan rückläufig, obwohl der Ausbau der Stromerzeugung hauptsächlich Biogasanlagen betraf. Ernteaussfälle aufgrund der Dürre 2018 könnten zu diesem Rückgang beigetragen haben. Die Steigerung der Stromerzeugung aus Photovoltaik und Biomasse um 0,7 Mrd. kWh konnte die Stromerzeugungsverluste aus der Wind- und Wasserkraft von 1,5 Mrd. kWh jedoch nicht ausreichend kompensie-

ren. Die Stromerzeugung aus Windkraft blieb zwar mit einem nur leichten Rückgang um 0,9% im Vorjahresvergleich mit 4,5 Mrd. kWh auf hohem Niveau. Allerdings betrug 2018 der Ausbau der installierten Leistung nur noch 22,0 MW (vgl. BWE 2019), während 2017 noch Anlagen mit einer elektrischen Leistung von 260,7 MW neu entstanden. Ein ausbaubedingter Zuwachs von Windstrom wie 2017 war damit nicht möglich. Da das Jahr 2018 im Gegensatz zu 2017 deutschlandweit mit Ausnahme Ostbayerns und des Alpenraumes als windschwach galt (vgl. Fraunhofer IEE 2019), trugen auch die Windbedingungen nicht zu einer Steigerung der Windstromerzeugung bei. Maßgeblich für den Rückgang der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien waren die Einbußen bei der Wasserkraft, deren Stromerzeugung sich 2018 auf 10,7 Mrd. kWh belief. Trotz dieses klimatisch bedingten starken Rückgangs um 12,2% blieb der Anteil der Wasserkraft am bayerischen Strommix, aufgrund der Verluste in der konventionellen Stromerzeugung, stabil. Vor dem Hintergrund eines langsameren Ausbaues der erneuerbaren Energien im Jahr 2018 zeigen die Ergebnisse insbesondere die Wetterabhängigkeit der Stromerzeugung aus Photovoltaik, Windkraft und Wasserkraft auf. Mit einem gemeinsamen Anteil an der Stromerzeugung von 36,5% übertrafen diese im Jahr 2018 die Kernenergie (30,5%) deutlich.

Entwicklung der bayerischen

Bruttostromerzeugung 2003 bis 2018

Die Entwicklung der bayerischen Bruttostromversorgung war mit der Dürre 2018 und der Abschaltung von Block B des Kraftwerks Gundremmingen von Sondereffekten geprägt. Im Folgenden wird die Entwicklung der bayerischen Bruttostromerzeugung seit 2003 dargestellt und die Veränderungen des Jahres 2018 unter Berücksichtigung der lang- und mittelfristigen Trends betrachtet. Die Entwicklung der erneuerbaren Energieträger steht dabei im Vordergrund, da mit Abschluss des Atomausstiegs Ende 2022 und dem Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 in Bayern und Deutschland konventionelle Energieträger zwangsläufig an Bedeutung verlieren werden. Das Jahr 2003 empfiehlt sich aufgrund der Neuregelung der amtlichen Energiestatistik durch das Energiestatistikgesetz im selben Jahr als Ausgangspunkt. Mit der Neuregelung waren die Änderung bestehender und die Einführung neuer Erhebungen verbunden, so dass die energiestatistischen Daten vor 2003 mit denen ab 2003 nur eingeschränkt vergleichbar sind. Des Weiteren waren 2003 wichtige energiepolitische Vorhaben wie ein absehbares Ende der Steinkohlesubvention (1997), der erste Ausstieg aus der Kernenergie (2002) und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (2000) bereits gesetzlich beschlossen. Tabelle 1 gibt einen Über-

Tab. 1 Bruttostromerzeugung in Bayern insgesamt nach Energieträgern (2003 bis 2018)

Jahr	Bruttostrom- erzeugung insgesamt	davon						
		Steinkohlen	Braun- kohlen	Heizöl ¹	Erdgas	Kernenergie	erneuerbare Energieträger	sonstige Energieträger ²
		in Mrd. kWh						
2003	80,1	5,1	0,6	1,2	6,3	51,2	14,0	1,7
2004	79,4	5,1	0,0	1,2	6,6	49,7	15,1	1,8
2005	84,9	5,1	–	1,6	9,7	51,4	15,2	1,9
2006	85,0	4,1	–	1,1	9,8	51,1	16,9	1,9
2007	89,0	5,1	–	1,5	9,9	51,4	19,3	1,9
2008	88,7	4,9	–	1,4	9,5	50,9	20,0	1,9
2009	90,2	4,4	–	1,7	9,3	52,0	21,0	1,8
2010	92,0	4,1	–	1,7	13,2	47,4	23,8	1,9
2011	89,2	3,9	–	0,8	13,6	43,8	25,4	1,7
2012	93,7	4,6	–	1,4	12,4	43,7	30,4	1,3
2013	90,9	4,8	–	1,4	9,0	42,9	31,6	1,2
2014	88,3	4,2	–	0,6	7,8	42,4	31,9	1,3
2015	86,2	4,3	–	0,7	9,2	36,7	34,1	1,2
2016	81,5	4,0	–	0,3	9,3	31,4	35,3	1,2
2017	84,7	3,8	–	0,2	11,0	31,1	37,3	1,2
2018	73,9	3,0	–	0,2	10,4	22,5	36,5	1,2

¹ Werte teilweise geschätzt.

² Dieselkraftstoff, Flüssiggas, Raffineriegas, Petrolkoks, Pumpspeicher ohne natürlichen Zufluss, nicht biogene Abfälle, Wärme (fremdbezogen), sonstige Energieträger.

blick zur Entwicklung der Bruttostromerzeugung zwischen 2003 und 2018. Sie ist auch im Internetangebot des LfStat unter www.statistik.bayern.de/statistik/bauen_wohnen/energie zu finden.

Im Zeitraum 2003 bis 2017 betrug die durchschnittliche jährliche Bruttostromerzeugung in Bayern 86,9 Mrd. kWh und schwankte im Betrachtungszeitraum zwischen 79,4 Mrd. kWh und 93,7 Mrd. kWh. Damit lag die bayerische Stromerzeugung 2018 13,1 Mrd. kWh (15,0 %) unter dem 15-jährigen Mittel. Gleichzeitig stellt sie mit 73,9 Mrd. kWh das niedrigste Ergebnis seit 1994 (72,3 Mrd. kWh) dar. Im Jahr 2003 war die Kernenergie mit einem Anteil von 63,9 % am bayerischen Strommix der dominierende Energieträger, wie Abbildung 3 zur bayerischen Stromerzeugung 2003 zeigt. Mit einem Rückgang um 33,4 Prozentpunkte bis 2018 hat sich dieser Anteil mehr als halbiert. Die erneuerbaren Energieträger waren 2003 mit einem Anteil von 17,4 % bereits die zweitwichtigste Stromerzeugungsquelle, wobei die bayerische Wasserkraft mit einem Anteil von 85,7 % an den erneuerbaren Energien von hoher Bedeutung war. Bis 2018 stieg der Anteil der erneuerbaren Energien mit 32,1 Prozentpunkten fast im gleichen Ausmaß, mit dem die Kernenergie an Bedeutung verlor. In absoluten Stromerzeugungsmengen konnte das Erzeugungsplus der erneuerbaren Energieträger von 22,6 Mrd. kWh dennoch das Erzeugungsminus der Kernenergie von 28,7 Mrd. kWh nicht kompensieren. Andere konventionelle Energieträger hatten 2003 noch einen Anteil von 18,7 % an der bayerischen

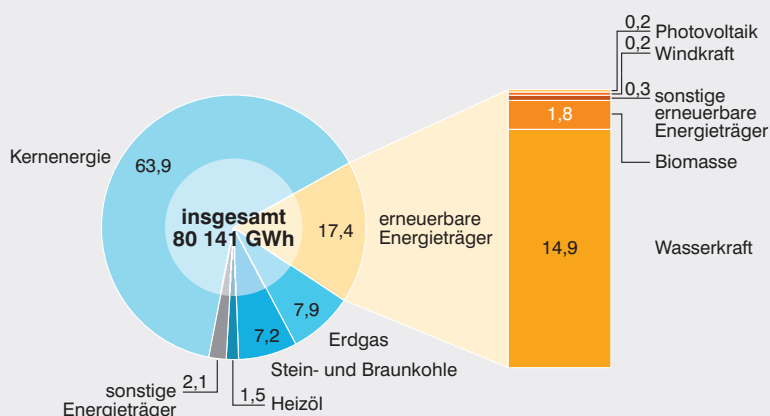
Stromerzeugung, der bis zum Jahr 2018 aufgrund der gestiegenen Bedeutung der Stromerzeugung aus Erdgas um 1,4 Prozentpunkte auf 20,1 % anstieg. Jedoch verzeichneten Erdgas, Stein- und Braunkohlen, Heizöl und sonstige Energieträger gemeinsam einen leichten Rückgang von 0,2 Mrd. kWh im Vergleich zu 2003.

Die Entwicklung der bayerischen Stromerzeugung wurde seit 2003 von den Zuwächsen bei den erneuerbaren Energien und seit 2011 durch die beginnende Umsetzung des deutschen Atomausstiegs maßgeblich bestimmt. Trotz der endgültigen Stilllegung von Isar 1 erreichte die bayerische Stromerzeugung mit 93,7 Mrd. kWh im Jahr 2012 ihren historischen Höchststand. Der Anstieg der Stromerzeugung aus Erdgas um 6,1 Mrd. kWh und aus erneuerbaren Energien um 16,4 Mrd. kWh im Vergleich zu 2003 glichen den Rückgang der Kernenergie von 7,5 Mrd. kWh bis zu diesem Zeitpunkt mehr als aus. In den folgenden Jahren ging aber – mit Ausnahme des Jahres 2017 – die Bruttostromerzeugung in Bayern immer weiter zurück. Die Zuwächse bei den erneuerbaren Energien reichten nicht aus, um die Verluste der konventionellen Energieträger zu kompensieren. Im Jahr 2018 war – wie oben dargestellt – diese Entwicklung besonders drastisch. Im Einzelnen entwickelten sich die Energieträger wie folgt.

Die Kernenergie ist seit 1982 der bedeutendste Energieträger der bayerischen Stromerzeugung (vgl. StMWi 1984). Im Jahr 2003 lag die Stromerzeugung bei 51,2 Mrd. kWh, welche bis zu ihrem historischen Höchststand 2009 mit rund 52,0 Mrd. kWh auf hohem Niveau blieb. Seitdem sinkt die Erzeugung aufgrund des Atomausstiegs mit den endgültigen Stilllegungen von Isar 1 (2011), Grafenrheinfeld (2015) und Gundremmingen B (2017) weiter. Die Abschaltungen von Isar 1 mit einer Nettonennleistung von 878 MW und von Grafenrheinfeld mit 1 275 MW wirkten sich, verglichen mit der von Gundremmingen B (1 288 MW), im jeweiligen Jahresvergleich weniger stark aus, da diese Kraftwerke im Gegensatz zu Gundremmingen B nicht erst zum Jahresende vom Netz genommen wurden.

Unter den konventionellen Energieträgern hatte Erdgas den zweitgrößten Anteil an der bayerischen Brutto-

Abb. 3
Bruttostromerzeugung in Bayern 2003 nach Energieträgern in Prozent



stromerzeugung in der Periode 2003 bis 2018. Zwischen 2003 und 2011 hatte sich die Stromerzeugung aus Erdgas in Bayern auf 13,6 Mrd. kWh mehr als verdoppelt. In den anschließenden Jahren ging die Stromerzeugung tendenziell zurück und schwankte über die Zeit stärker als bei anderen Energieträgern. Verschiedene Gründe spielen hierfür eine Rolle. Zum einen ist die Stromerzeugung aus Erdgas im Vergleich zu Kernenergie oder Kohle teurer, womit Gaskraftwerke nur im Fall niedriger Erdgaspreise bzw. hoher Strompreise rentabel sind. Zum anderen ist die Stromproduktion in wärmegeführten (Block-)Heizkraftwerken der allgemeinen Versorgung witterungsabhängig. In einem milden Winter werden in Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung die Wärmeerzeugung und damit auch die Stromerzeugung reduziert. Vergleichbar schwankt die Strom- und Wärmeproduktion in Industriekraftwerken aufgrund der konjunkturellen Entwicklung. Da die Anlagen aber sehr flexibel arbeiten, werden sie nur im Bedarfsfall bzw. bei bestehender Rentabilität betrieben. Ob ihrer Flexibilität sind sie zur Abdeckung von Spitzenlasten und zur Stabilisierung des Stromnetzes von Bedeutung. Aus diesem Grund verweigerte die Bundesnetzagentur (BNetzA) auch in der Vergangenheit wiederholt die endgültige Stilllegung von Gaskraftwerken.

Die Stromerzeugung aus Braunkohle wurde in Bayern bereits 2005 vollständig eingestellt. Dagegen ist die Steinkohle auch 2018 noch der drittwichtigste konventionelle Energieträger für die Stromerzeugung. Jedoch sank die Erzeugung seit 2003 um 42,6%. Infolge der geplanten endgültigen Stilllegungen zweier größerer Steinkohlekraftwerke mit 350 MW Nettonennleistung, das sind circa 40,2% der Erzeugungskapazität der bayerischen Steinkohlekraftwerke der allgemeinen Versorgung, wird auch hier kurzfristig die Stromerzeugung weiter sinken (vgl. BNetzA 2019). Heizöle und sonstige nicht erneuerbare Energieträger, deren Bruttostromerzeugung bis zum Jahr 2018 um 50,8 % abnahm, hatten im gesamten Zeitraum eine untergeordnete Bedeutung für die bayerische Stromerzeugung.

Bereits im Jahr 2003 hatten die erneuerbaren Energien gemeinsam den zweitgrößten Anteil an der

bayerischen Stromerzeugung und liegen seit dem Jahr 2016 mit ihrem Anteil am bayerischen Strommix über dem der Kernenergie. Zwischen 2003 und 2017 wuchs die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien jährlich durchschnittlich um 7,3% (geometrisches Mittel) und hatte sich mit dem Spitzenwert von 37,3 Mrd. kWh im Vergleich zu 2003 mehr als verdoppelt (+167,3%). In Folge der Dürre 2018 und einer Verlangsamung des Ausbaus der erneuerbaren Energieträger war 2018 die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern erstmals seit 2003 wieder rückläufig. Tabelle 2 gibt Aufschluss über die Entwicklung der einzelnen erneuerbaren Energieträger.

Zwischen 2003 und 2017 betrug die durchschnittliche jährliche Stromerzeugung aus Wasserkraft 12,1 Mrd. kWh, folglich wurden 2018 circa 12,0% weniger als im 15-jährigen Mittel (2003 bis 2017) erzeugt. Im Jahr 2011 lag die Stromerzeugung auf einem ähnlich niedrigen Niveau, während im Jahr 2002 mit 15,9 Mrd. kWh ein bayerischer Rekord bei der Wasserkraft aufgestellt wurde. Die installierte Leistung in Wasserkraftwerken wurde seit 2004 um rund 10,3% ausgebaut (siehe auch Abbildung 4)¹. Im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energien hat sich damit die Erzeugungskapazität der in Bayern traditionell starken Wasserkraft in den letzten zwei Jahrzehnten kaum verändert. Insgesamt ist die Entwicklung der Stromerzeugung aus Wasserkraft mehr von den klimatischen Bedingungen als durch einen Ausbau der Erzeugung bestimmt. Andere erneuerbare Energien wie Windkraft, Photovoltaik und Biomasse waren 2003 mit einer Stromerzeugung von 2,0 Mrd. kWh noch von untergeordneter Bedeutung. Sie wurden erst in den Folgejahren stark ausgebaut, wie Abbildung 4 zur installierten Leistung erneuerbarer Energien zeigt.

Im Besonderen ist – wie oben beschrieben – der Photovoltaikstrom für die bayerische Stromerzeugung immer wichtiger geworden. Die installierte Leistung wuchs bis zum Jahr 2018 um das 78-fache. Die Stromerzeugung stieg im gleichen Zeitraum auf das 95-fache an und nahm damit jährlich um 35,6% zu, wobei das Wachstum sich in den letzten 5 Jahren auf durchschnittlich 3,2% verlangsamte. Trotz der Annahme des fortwährenden Ausbaus ist es an dieser Stelle nicht möglich, Aussagen darüber zu tref-

¹ Die Angaben zur installierten Leistung der Wasserkraft beziehen sich auf die AEE (2019C). Das Bayerische Landesamt für Umwelt dokumentiert dagegen für 2019 eine installierte Leistung von 2 953 MW (LfU 2019).

Tab. 2 Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern in Bayern (2003 bis 2018)

Jahr	Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern insgesamt	davon				
		Lauf- und Speicherwasser ¹	Windkraft	Photovoltaik	Biomasse ²	sonstige erneuerbare Energieträger ³
		in Mrd. kWh				
2003	14,0	12,0	0,2	0,1	1,5	0,3
2004	15,1	12,5	0,2	0,2	1,9	0,3
2005	15,2	11,8	0,2	0,6	2,4	0,3
2006	16,9	12,0	0,4	1,0	3,4	0,2
2007	19,3	12,8	0,5	1,3	4,3	0,3
2008	20,0	12,6	0,5	1,8	4,8	0,2
2009	21,0	12,0	0,6	2,6	5,7	0,2
2010	23,8	12,5	0,6	4,5	6,0	0,2
2011	25,4	10,7	0,8	7,1	6,5	0,3
2012	30,4	13,1	1,1	8,5	7,3	0,3
2013	31,6	13,1	1,3	9,0	7,8	0,3
2014	31,9	11,3	1,8	10,4	8,1	0,4
2015	34,1	11,2	2,8	11,0	8,7	0,4
2016	35,3	12,1	3,2	10,8	8,7	0,4
2017	37,3	12,2	4,5	11,2	8,9	0,4
2018	36,5	10,7	4,5	11,8	9,2	0,4

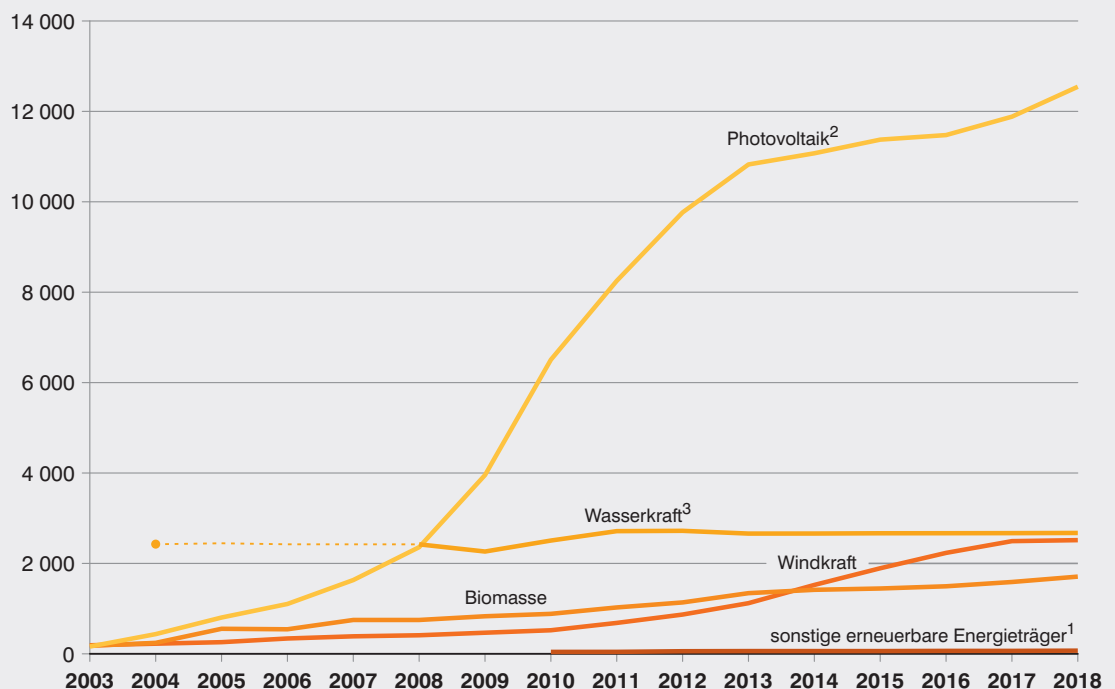
¹ Seit 2011 einschließlich Pumpspeicher mit natürlichem Zufluss.

² Feste biogene Stoffe, Flüssige biogene Stoffe, Biogas, Klärschlamm.

³ Geothermie, Solarthermie, Klärgas, Deponiegas, sonstige erneuerbare Energieträger.

Abb. 4

Installierte Leistung erneuerbarer Energien in Bayern 2003 bis 2018 nach Energieträgern in MW



¹ Daten erst ab dem Berichtsjahr 2010 verfügbar.

² Daten vor und nach 2013 nur eingeschränkt vergleichbar wegen sich unterscheidender Datenquellen.

³ Daten für 2003, 2005, 2006 und 2007 liegen nicht vor.

Quelle: Agentur für erneuerbare Energien (www.foederal-erneuerbar.de) und der Bundesverband WindEnergie (www.wind-energie.de), Abruf am 02.12.2019.

fen, inwiefern Wetterbedingungen die Stromerzeugung beeinflussten. Hierfür müssten zusätzlich die technischen Verbesserungen der Anlagen, Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen (Einspeisebegrenzungen) und die zunehmende Bedeutung von selbstverbrauchtem, aber statistisch nicht erfasstem Photovoltaikstrom mitberücksichtigt werden. Die Stromerzeugung aus Biomasse war bis 2010 die zweitwichtigste erneuerbare Energiequelle der bayerischen Stromerzeugung und wurde seit 2003 kontinuierlich ausgebaut. Die Stromerzeugung steigerte sich um 532,2% und die installierte Leistung nahm um 864,4% zu. Der Ausbau der Stromerzeugung aus Biogas hatte an dieser Entwicklung einen großen Anteil. Trotz der im Vergleich zur Mitte und zum Norden Deutschlands ungünstigeren Erzeugungsbedingungen, wurde seit 2003 die Leistung der Stromerzeugung aus Windkraft mehr als verzweifacht und die Stromerzeugung nahm dabei um den Faktor 26 zu. Die Erzeugung der sonstigen erneuerbaren Energieträger stieg im Betrachtungszeitraum von 0,3 Mrd. kWh auf 0,4 Mrd. kWh. Besondere Bedeutung hatte hier der Ausbau der Stromerzeugung aus Geothermie ab dem Jahr 2011.

Vergleich Bruttostromerzeugung in Deutschland und Bayern von 2003 bis 2018

Nach der Betrachtung der Bruttostromerzeugung in Bayern werden nachfolgend die Entwicklung der Stromerzeugung in Deutschland dargestellt und Unterschiede zur bayerischen Entwicklung herausgearbeitet. Neben regionalen Spezifika bestimmen vor allem die bundespolitischen Rahmenbedingungen in der Energiepolitik wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz die Entwicklung der Stromerzeugung in Deutschland. Abbildung 5 zur Bruttostromerzeugung 2018 in Deutschland nach Energieträgern soll die Struktur der deutschen Bruttostromerzeugung veranschaulichen. Die Tabellen 3 und 4 stellen die Entwicklung der deutschen Bruttostromerzeugung zwischen 2003 und 2018 dar.

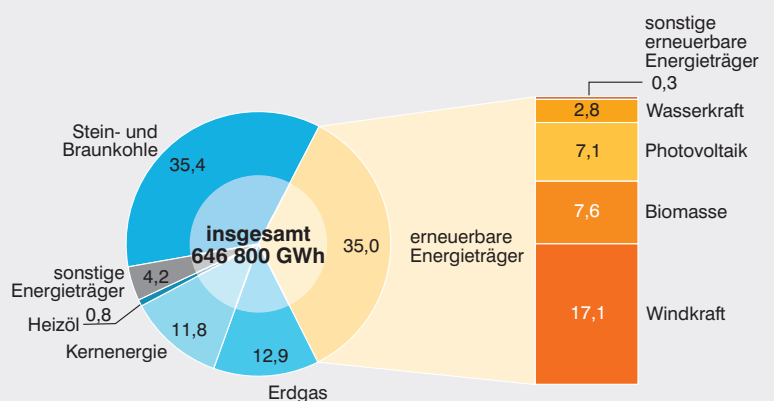
Im Jahr 2018 hatten laut den vorläufigen Ergebnissen der Arbeitsgemeinschaft für Energiebilanzen e.V. (AGEB) die konventionellen Energieträger einen Anteil von 65,0% am deutschen Strommix. Der Anteil der erneuerbaren Energieträger lag dementsprechend bei 35,0% und nur knapp unter

der Stromerzeugung aus Stein- und Braunkohlen von 35,4%, die insgesamt den größten Beitrag zur deutschen Bruttostromerzeugung leisteten. Mit knapp 50% ist der Anteil der erneuerbaren Energieträger am bayerischen Strommix deutlich höher als in Deutschland insgesamt, jedoch ist hier Folgendes zu beachten: Die deutsche Stromerzeugung ist 2017 auf 2018 mit einem leichten Rückgang von 1,0% auf insgesamt 646,8 Mrd. kWh – verglichen mit der bayerischen Stromerzeugung (–12,8%) – stabil geblieben, gleichzeitig exportierte Deutschland 2018 51,2 Mrd. kWh mehr, als es aus dem Ausland importierte (vgl. AGEB 2019B). Im Gegensatz dazu musste aus dem Ausland bzw. anderen deutschen Bundesländern Strom nach Bayern netto importiert werden, um den Stromverbrauch zu decken.² Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Strommix des bayerischen Stromverbrauchs dürfte damit geringer ausfallen als der am Strommix der Erzeugung. Des Weiteren stieg im Bund die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern von 2017 auf 2018 um 4,7% auf 226,4 Mrd. kWh. Wie oben diskutiert, nahm diese in Bayern dagegen um 2,1% ab.

Der zweitwichtigste konventionelle Energieträger in Deutschland war, noch vor der Kernenergie, im Jahr 2018 mit einer Erzeugung von 83,4 Mrd. kWh das Erdgas. Sein Anteil am deutschen Strommix ist mit 12,9% ähnlich wie im bayerischen Strom-

² Endgültige Zahlen zum bayerischen Bruttostromverbrauch werden voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2020 vorliegen. Unter der Annahme, dass der Bruttostromverbrauch 2018 ähnlich hoch wie 2017 lag, beträgt die Differenz zwischen Stromerzeugung von 73,9 Mrd. kWh und dem Bruttostromverbrauch von 84,2 Mrd. kWh (Wert aus 2017) ca. 10,3 Mrd. kWh.

Abb. 5
Bruttostromerzeugung in Deutschland 2018 nach Energieträgern*
in Prozent



* Vorläufige Angaben.
Datenquelle: AGEB (2019B) für Aufteilung der konventionellen Energieträger und erneuerbaren Energieträger insgesamt; Aufteilung der einzelnen erneuerbaren Energieträger nach BMWi (2019).

Tab. 3 Bruttostromerzeugung in Deutschland nach Energieträgern (2003 bis 2018)

Jahr	Bruttostrom- erzeugung insgesamt	davon						
		Steinkohlen	Braun- kohlen	Mineralöl- produkte	Erdgas	Kernenergie	erneuerbare Energieträger	sonstige Energieträger ¹
		in Mrd. kWh						
2003	609,3	146,5	158,2	10,3	62,9	165,1	46,2	20,2
2004	618,0	140,8	158,0	10,8	63,0	167,1	57,4	21,2
2005	623,2	134,1	154,1	12,0	72,7	163,0	63,5	23,8
2006	640,3	137,9	151,1	10,9	75,3	167,4	72,6	25,2
2007	641,3	142,0	155,1	10,0	78,1	140,5	89,4	26,3
2008	640,4	124,6	150,6	9,7	89,1	148,8	94,3	24,5
2009	596,5	107,9	145,6	10,1	80,9	134,9	96,0	21,2
2010	633,6	117,0	145,9	8,7	89,3	140,6	105,5	26,6
2011	612,9	112,4	150,1	7,2	86,1	108,0	123,8	25,4
2012	629,7	116,4	160,7	7,6	76,4	99,5	143,5	25,5
2013	638,9	127,3	160,9	7,2	67,5	97,3	152,5	26,2
2014	627,8	118,6	155,8	5,7	61,1	97,1	162,5	27,0
2015	648,1	117,7	154,5	6,2	62,0	91,8	188,6	27,3
2016	650,7	112,2	149,5	5,8	81,3	84,6	189,9	27,3
2017	653,6	92,9	148,4	5,6	86,7	76,3	216,2	27,5
2018 ²	646,8	83,2	145,5	5,2	83,4	76,0	226,4	27,0

¹ Strom aus nicht biogenem Anteil der Siedlungsabfälle (50%), Pumpspeicherwerken ohne natürlichen Zulauf, sonstigen Gasen, Industrieabfall, sonstigen Energieträgern (nicht weiter differenzierbar).

² Vorläufige Angaben, z.T. geschätzt.

Quelle: Tabelle basierend auf AG Energiebilanzen e.V., <https://ag-energiebilanzen.de/>, Bruttostromerzeugung nach Energieträgern 1990–2018.

mix (14,1%). Die Stromerzeugung aus Kernenergie hatte in Deutschland einen Anteil von 11,8%. Von den bundesweit 76,0 Mrd. kWh Strom, der aus Kernenergie erzeugt wurde, entfielen 29,6% auf bayerische Kernkraftwerke. Im Vergleich zu 2017 blieb die Stromerzeugung im Bundesergebnis mit einem Minus von „nur“ 0,4% stabil. Die Abschaltung von Gundremmingen B hat sich damit in der deutschen Stromerzeugung nicht direkt widerspiegelt. Mit einem Anteil von 5,0% hatte die Stromerzeugung aus Mineralölen bzw. Heizöl und sonstigen Energieträgern einen mehr als doppelt so hohen Anteil an der Stromerzeugung als in Bayern.

Auch die Struktur der erneuerbaren Energieträger unterschied sich zwischen Bayern und Deutschland sehr deutlich, wie Abbildung 5 zeigt. Für Deutschland insgesamt ist im Jahr 2018 die Windkraft mit 17,1% die wichtigste erneuerbare Stromquelle. Ihre Stromerzeugung von 110,0 Mrd. kWh wurde nur von der Stromerzeugung aus Braunkohle mit 145,5 Mrd. kWh übertroffen. Unter den erneuerbaren Energieträgern folgten darauf die Biomasse mit einem Anteil von 7,6%, dann erst die Photovoltaik mit 7,1% und die Wasserkraft mit 2,8%. Die Bedeutung der Energieträger ist im Vergleich zu Bayern damit quasi umkehrt. Ähnlich wie in Bayern standen am Ende die

sonstigen erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 0,3%. Bundesweit ist die Stromerzeugung aus Wasserkraft um 10,7% auf 18,0 Mrd. kWh zurückgegangen. Dieser Rückgang fiel 2018 damit im Vergleich zu Bayern (–12,2%) etwas geringer aus. Die bayerische Wasserkraft entsprach dabei circa 59,3% der Stromerzeugung der deutschen Wasserkraft. Die Unterschiede im Strommix aus erneuerbaren Energien zwischen Bayern und Deutschland insgesamt sind auf unterschiedliche topografische und regionale Gegebenheiten zurückzuführen.

Die Entwicklung der bayerischen und deutschen Stromerzeugung zeigt zwischen 2003 und 2018 neben Gemeinsamkeiten auch deutliche Unterschiede. Während sich die Bruttostromerzeugung in Deutschland im Jahr 2003 auf etwa 609,3 Mrd. kWh belief und die Stromerzeugung 2018 damit mit 646,8 Mrd. kWh um 6,2% höher lag, ging die bayerische Stromerzeugung im gleichen Zeitraum um 7,8% zurück. Im Jahr 2003 entfielen auf Bundesebene 27,1% (165,1 Mrd. kWh) auf die Kernenergie, 26,0% (158,2 Mrd. kWh) auf die Braunkohle und 24,0% (146,5 Mrd. kWh) auf die Steinkohle. Die erneuerbaren Energien nahmen mit 7,6% (46,2 Mrd. kWh) eine untergeordnete Rolle ein. Im Zeitverlauf zeigt sich eine deutliche Veränderung in der bundes-

Tab. 4 Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern in Deutschland (2003 bis 2018)

Jahr	Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern insgesamt ¹	davon				
		Lauf- und Speicherwasser ²	Windkraft ³	Photovoltaik	Biomasse ⁴	sonstige erneuerbare Energieträger ⁵
	in Mrd. kWh					
2003	46,7	18,3	19,1	0,3	7,2	1,7
2004	58,0	20,7	26,0	0,6	8,7	2,0
2005	63,4	19,6	27,8	1,3	12,5	2,2
2006	72,5	20,0	31,3	2,2	16,8	2,1
2007	89,4	21,2	40,5	3,1	22,6	2,0
2008	94,3	20,4	41,4	4,4	26,1	2,0
2009	95,9	19,0	39,4	6,6	29,0	1,9
2010	105,2	21,0	38,5	11,7	32,0	1,9
2011	124,0	17,7	49,9	19,6	35,0	1,9
2012	143,0	21,8	51,7	26,4	41,4	1,9
2013	152,3	23,0	52,7	31,0	43,7	1,9
2014	162,5	19,6	58,5	36,1	46,5	1,9
2015	188,8	19,0	80,6	38,7	48,5	1,9
2016	189,7	20,5	79,9	38,1	49,1	2,0
2017	216,3	20,2	105,7	39,4	49,1	2,0
2018	224,7	18,0	110,0	45,8	49,0	2,0

¹ Abweichende Werte der Bruttostromerzeugung für erneuerbare Energien zur Angabe in Tabelle 3.

² Strom aus Lauf- und Speicherwasserkraftwerken sowie aus natürlichem Zufluss in Pumpspeicherwerke.

³ Windenergie an Land und auf See; ab 2003 Einbezug des erzeugten Eigenverbrauchs.

⁴ Feste biogene Stoffe, flüssige biogene Stoffe, Biogas, Klärschlamm, biogene Abfälle.

⁵ Geothermie, Klärgas, Deponiegas.

Quelle: Tabelle basierend auf Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, www.erneuerbare-energien.de, Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien 1990 bis 2018 (Stand August 2019).

weiten Stromerzeugungsstruktur auf Basis der Daten der AGE (2019B). Während in Bayern die Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle, auch aufgrund fehlender Vorkommen, im Vergleich zur Kernenergie weniger bedeutsam war, fiel der Rückgang bei der Steinkohle trotzdem mit 42,6% vergleichbar groß wie im Bund mit 43,2% aus. Ähnliches galt für den Rückgang bei der Erzeugung aus Kernenergie. Auf Bundesebene hatte sich deren Bruttostrommenge seit 2003 um 54,0% reduziert, in Bayern ist diese zeitgleich um 56,1% zurückgegangen. Mit der Abschaltung von Gundremmingen B hat sich im Jahr 2018 die Entwicklung an die auf Bundesebene angeglichen. Die Bedeutung der Kernenergie blieb im Vergleich zum Bund weiterhin höher. Bei der Stromerzeugung aus Erdgas lag der Anteil am bayerischen Strommix in 2003 mit 7,9% unter dem Anteil von 10,3% für das gesamte Bundesgebiet. Im Jahr 2018 drehte sich dies mit einem Anteil von 14,1% in Bayern bzw. einem bundesweiten Anteil von 12,9% um.

Auf Bundesebene waren bei getrennter Betrachtung von Stein- und Braunkohle die erneuerbaren Energieträger bereits seit 2014 der wichtigste Energieträger. Die erneuerbaren Energieträger sind in

Bayern im Vergleich zum Bund seit 2003 weniger stark gewachsen. Der Grund dafür ist, dass der Anteil der erneuerbaren Energien durch die Bedeutung der Wasserkraft in Bayern bereits im Jahr 2003 mit 17,4% deutlich über dem bundesweiten Wert von 7,6% lag. Folglich ist hier nur eine Betrachtung der einzelnen erneuerbaren Energieträger anhand von Tabelle 4 aussagekräftig. Im Jahr 2003 stellte die Windkraft in Deutschland mit 19,2 Mrd. kWh den wichtigsten erneuerbaren Energieträger dar, dicht gefolgt von der Wasserkraft mit 17,7 Mrd. kWh. Die Stromerzeugung aus Biomasse war mit 7,2 Mrd. kWh der drittwichtigste erneuerbare Energieträger. Vergleichbar mit der Stromerzeugung der bayerischen Wasserkraft verändert sich die Stromerzeugung der gesamtdeutschen Wasserkraft im Betrachtungszeitraum kaum. Die Stromerzeugung aus Photovoltaik nahm im Bund wie in Bayern stark zu. Der Zuwachs bei der Windkraft fiel im Bund relativ gesehen geringer aus als in Bayern, da in Regionen mit günstigeren Bedingungen für die Windkraft der Ausbau früher als in Bayern erfolgte. Der Ausbau der Stromerzeugung aus Biomasse war für Deutschland und Bayern zwischen 2003 und 2018 mit 580,4% bzw. 532,2% vergleichbar. Trotz ähnlicher Entwick-

lungen beim Ausbau unterschieden sich die einzelnen erneuerbaren Energieträger in ihrer Bedeutung für Bayern und Deutschland im Jahr 2018 stärker als noch im Jahr 2003. Die regionalen Potenziale bei der Nutzung der erneuerbaren Energien spielten dabei eine entscheidende Rolle.

Zukunft der Stromerzeugung

Das Jahr 2018 hatte für die bayerische Stromerzeugung einschneidende Bedeutung. Mit der Abschaltung des Blocks B im Kernkraftwerk Gundremmingen wurde Bayern vorerst zu einem Netto-Importeur von Strom. Im Zuge des Atomausstiegs wird mit den voraussichtlichen Abschaltungen von Gundremmingen Block C Ende 2021 und Isar 2 Ende 2022 die bayerische Stromerzeugung weiter zurückgehen, so dass kurz- bis mittelfristig die Abhängigkeit von Stromimporten aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland zunehmen wird. Da die Stromerzeugung in deutschen Kernkraftwerken außerhalb Bayerns 2018 anstieg, war dieser Erzeugungsrückgang prinzipiell ein bayerischer Sondereffekt.

Außerdem zeigt das Jahr 2018 in Bayern, dass mit einer Verlangsamung des Ausbaus der erneuerbaren Energien die Entwicklung der Stromerzeugung stärker durch die klimatischen Bedingungen bestimmt und somit volatiler wird. Während der Rekordsommer 2018 und die mit diesem einhergehende Dürre die Entwicklung der erneuerbaren Energien insgesamt in Bayern bestimmte, hatte sie auf Bundesebene keine vergleichbaren Auswirkungen. Auf Bundesebene konnte das Wachstum der Bruttostromerzeugung bei Windkraft und Photovoltaik die Verluste der Wasserkraft mehr als kompensieren. Damit betrifft dieser Sondereffekt vor allem die bayerische Stromerzeugung. Auch aus dieser Entwicklung lässt sich zukünftig eine größere Bedeutung des Stromaustausches und der Stromspeicherung in Bayern, Deutschland und der Europäischen Union ableiten, um temporäre Leistungsspitzen und -engpässe auf regionaler Ebene auszugleichen.

Insgesamt zeigen die Entwicklungen des Jahres 2018 die energiepolitischen Herausforderungen für Bayern und Deutschland, aber auch für die Europäische Union im Rahmen der Energie- und Klimaschutzziele zur Erreichung des Zwei-Grad-Ziels zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf.

Literatur

AEE, Die Agentur für Erneuerbare Energien (2019A), Bayern – Installierte Leistung Photovoltaik (2018, in MW(el)), aufgerufen am 20.11.2019: www.foederal-erneuerbar.de/landesinfo/bundesland/BY/kategorie/solar/auswahl/183-installierte_leistun/sicht/diagramm/#goto_183

AEE, Die Agentur für Erneuerbare Energien (2019B), Bayern – Installierte Leistung Biomasse (ohne Abfall), (2019, in MW(el)), aufgerufen am 27.11.2019: www.foederal-erneuerbar.de/landesinfo/bundesland/BY/kategorie/bioenergie/auswahl/184-installierte_leistun/ordnung/2016/sicht/diagramm/#goto_184

AEE, Die Agentur für Erneuerbare Energien (2019C), Bayern – Installierte Leistung Wasserkraft (2018, in MW), aufgerufen am 02.12.2019: www.foederal-erneuerbar.de/landesinfo/bundesland/BY/kategorie/wasser/auswahl/181-installierte_leistun/#goto_181

AGEB, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (2019A), Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2018, aufgerufen am 27.11.2019: ag-energiebilanzen.de/index.php?article_id=29&fileName=ageb_jahresbericht2018_20190326_dt.pdf

AGEB, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (2019B), Stromerzeugung nach Energieträgern von 1990 bis 2018 (in Mrd. kWh) Deutschland insgesamt, aufgerufen am 24.11.2019: ag-energiebilanzen.de/index.php?article_id=29&fileName=20181214_brd_stromerzeugung1990-2018.pdf

BMWi, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019), Zeitreihen zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland, aufgerufen am 24.11.2019: www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/zeitreihen-zur-entwicklung-der-erneuerbaren-energien-in-deutschland-1990-2018-excel.xlsx

BNetzA, Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (2019), Kraftwerksstilllegungsanzeigenliste der Bundesnetzagentur – Stand: 01.04.2019, aufgerufen am 02.12.2019: www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Erzeugungskapazitaeten/KWSAL/KWSAL_2019_04.pdf

BWE, Bundesverband der Windenergie (2019), Die Bundesländer in Zahlen, aufgerufen am 27.11.2019: www.wind-energie.de/themen/zahlen-und-fakten/bundeslaender

DWD, Deutscher Wetterdienst (2018), Deutschlandwetter im Jahr 2018, aufgerufen am 20.11.2019: www.dwd.de/DE/presse/pressemitteilungen/DE/2018/20181228_deutschlandwetter_jahr2018.pdf

Fraunhofer IEE, Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik (2019), Windenergie Report Deutschland 2018, abgerufen am 27.11.2019: windmonitor.iese.fraunhofer.de/windmonitor_de/5_Veroeffentlichungen/1_windenergiereport

LfU, Bayerisches Landesamt für Umwelt (2019), Überblick Bayern – Zahlen zur Wasserkraft in Bayern, abgerufen am 02.12.2019: www.lfu.bayern.de/wasser/wasserkraft/ueberblick/index.htm

StMWi, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (1984), Die Energieversorgung Bayerns 1983.

StMWi, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (2016), Bayerisches Energieprogramm.

Restschuldbefreiungsverfahren in Bayern seit 2009 – eine Analyse zu regionalen Unterschieden

Dipl. Geogr. Dr. Raimund Rödel

Die Insolvenzstatistik ist eine Verlaufsstatistik. Informationen zur Zahl von beantragten Insolvenzverfahren sind zügig verfügbar und werden in Bayern mit der Statistik über beantragte Insolvenzverfahren veröffentlicht. Der Verlauf eines eröffneten Insolvenzverfahrens ist jedoch von sehr unterschiedlicher Dauer geprägt. Aussagen zu beendeten Insolvenzverfahren liegen daher erst vor, wenn die meisten Insolvenzverfahren eines Jahrgangs vollständig durchlaufen wurden. Ist die Schuldnerin oder der Schuldner eine natürliche Person, besteht mit einem Insolvenzverfahren zudem die Möglichkeit, eine Restschuldbefreiung zu erlangen. Restschuldbefreiungsverfahren wurden bislang nach einer Wohlverhaltensphase von sechs Jahren abgeschlossen und hatten das Ziel, natürlichen Personen einen finanziellen Neustart zu ermöglichen. Der vorliegende Beitrag stellt die Ergebnisse der ersten abgeschlossenen Jahrgänge der Statistik über Restschuldbefreiungen in Bayern vor und beantwortet Fragen zur regionalen Verteilung der Quote von Restschuldbefreiungserteilungen.

Verfahrensablauf von Restschuldbefreiungsverfahren

Mit dem Verfahren der Restschuldbefreiung räumt das deutsche Insolvenzrecht allen natürlichen Personen¹ die Möglichkeit ein, im Zuge eines Insolvenzverfahrens nach einer Wohlverhaltensphase als redliche Schuldnerin oder redlicher Schuldner wieder einen schuldenfreien Neustart zu beginnen. Durch dieses Instrument stellt die seit 1999 gültige Insolvenzordnung die Entschuldung neben das Ziel der Befriedigung der Gläubigeransprüche, durch das die bis dahin gültige Konkursordnung geprägt war. Privatinsolvenzen sind damit auch mit dem gesetzlichen Auftrag verbunden, eine Entschuldung zu ermöglichen.

Um über den Erfolg des gesetzlichen Auftrags der Entschuldung Aussagen treffen zu können, wurden im Insolvenzstatistikgesetz (InsStatG – siehe auch Infobox Insolvenzstatistik) Merkmale verankert, die Aussagen über erteilte Entscheidungen in Restschuldbefreiungsverfahren von natürlichen Personen und deren Zeitpunkt zulassen.

Grundsätzlich erreichen Schuldnerinnen und Schuldner zwar eine Schuldenfreiheit, sofern alle

Verfahrenskosten beglichen wurden und entweder keine Forderungen angemeldet oder alle etwaigen Forderungen von Gläubigern oder sonstige Masseverbindlichkeiten befriedigt wurden. In solchen Fällen kann umgehend eine Restschuldbefreiung ausgesprochen werden. Bis dahin und in allen weiteren Fällen wird ein Restschuldbefreiungsverfahren als zusätzlicher Teil eines Insolvenzverfahrens geführt und bedarf eines gesonderten Antrags. Der Antrag auf Restschuldbefreiung wird dabei zusammen mit dem Eigenantrag zur Beantragung eines Insolvenzverfahrens gestellt und setzt die Eröffnung des Insolvenzverfahrens voraus. Seit der Einführung des Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte (GIRStG) aus dem Jahr 2013 prüfen die Insolvenzgerichte für Verfahren, die nach dem 1. Juli 2014 beantragt wurden, ob das Restschuldbefreiungsverfahren zugelassen oder bereits im Eröffnungsstadium versagt wird (§ 287a Absatz 1 InsO). In der Insolvenzstatistik kann daher erst ab dem Berichtsjahr 2014 konkret über jene eröffneten Insolvenzverfahren berichtet werden, in denen ein Restschuldbefreiungsverfahren möglich ist. Bis dahin wird in den Auswertungen der Insolvenzstatistik für alle eröffneten Insolvenzverfahren natürlicher Per-

¹ Natürliche Personen umfassen natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren oder mit vereinfachtem Verfahren, Einzelunternehmen sowie Verbraucher.



Insolvenzstatistik

Die Insolvenzstatistik zählt zu den bundesweit geführten Statistiken und beruht einerseits auf den Meldungen der Insolvenzgerichte zu den beantragten Insolvenzverfahren und andererseits auf den Meldungen der Insolvenzverwalterinnen und Insolvenzverwalter, Sachwalterinnen und Sachwalter sowie Treuhänderinnen und Treuhänder (kurz IST) über die finanziellen Ergebnisse von Insolvenzverfahren und zur Restschuldbefreiung. Seit dem 1. Januar 2013 wird die Insolvenzstatistik durch das Insolvenzstatistikgesetz vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2582, 2589), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. November 2019 (BGBl. I S. 1746) geändert worden ist, geregelt. Das InsStatG gilt in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394), das zuletzt durch Artikel 10 Absatz 5 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618) geändert worden ist. Mit dem InsStatG wurde geregelt, dass rückwirkend alle insolvenzstatistischen Angaben zu Verfahren erfasst werden, die ab dem 1. Januar 2009 eröffnet wurden.

sonen unterstellt, dass in diesen eine Entscheidung über ein Restschuldbefreiungsverfahren erwartet werden kann.

Das eröffnete Insolvenzverfahren markiert somit im Restschuldbefreiungsverfahren den Startpunkt der im Regelfall sechsjährigen Wohlverhaltensphase. In der Wohlverhaltensphase ist den auferlegten Obliegenheiten zur angemessenen Schuldentilgung, zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und zur Vergütung des im Insolvenzverfahren bestellten Treuhänders gewissenhaft nachzukommen. Nach dem erfolgreichen Durchlaufen der Wohlverhaltensphase kann üblicherweise nach sechs Jahren vom Insolvenzgericht die Restschuldbefreiung erteilt werden. Nur bei Verletzung der auferlegten Obliegenheiten wird die Restschuldbefreiung versagt. Erst seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte (GIRStG) kann die Wohlverhaltensphase in Insolvenzverfahren, die nach dem 1. Juli 2014 beantragt wurden, verkürzt werden. Sofern das Insolvenzverfahren mit einem Schlusstermin vor Ablauf der Wohlverhaltensphase beendet wurde, kann bereits zu diesem Zeitpunkt die Restschuldbefreiung erteilt werden. Daneben ist die Restschuldbefreiung weiterhin bereits nach drei Jahren möglich, sofern die Kosten des Insolvenzverfahrens beglichen und zugleich mindestens 35% der Gläubigerforderungen befriedigt wurden. Nach fünf Jahren kann eine Restschuldbefreiung dann auf Antrag erteilt werden, sofern zumindest die Verfahrenskosten beglichen wurden. Bei allen übrigen Verfah-

ren steht die Entscheidung zur Restschuldbefreiung dann spätestens mit Ablauf der sechsjährigen Wohlverhaltensphase an.

Quote der Erteilung von Restschuldbefreiungen bei Insolvenzverfahren natürlicher Personen in Bayern

Das Hauptaugenmerk der Ergebnistabellen zur Restschuldbefreiung bei Insolvenzverfahren natürlicher Personen richtet sich auf die Anzahl der gesamten Entscheidungen über die Restschuldbefreiung, die für einen Jahrgang eröffneter Insolvenzverfahren getroffen wurde. Eine Restschuldbefreiung kann entweder erteilt oder versagt werden, in weniger häufigen Fällen kann eine Rücknahme des Antrags erfolgen oder die Entscheidung wird nochmals widerrufen. Eine eigentliche Restschuldbefreiung wird zudem üblicherweise in den wenigen Fällen nicht erteilt oder versagt, wenn das Verfahren durch Tod vorzeitig endet. Die Veröffentlichungen zu den bundesweiten Ergebnissen von Restschuldbefreiungsverfahren berichten daher über die jeweilige Zahl dieser Entscheidungen in Restschuldbefreiungsverfahren natürlicher Personen (vgl. [1]², hier Tabelle 4.1) und stellen diese in den Kontext der parallel veröffentlichten Ergebnisse beendeter Insolvenzverfahren. Aus diesem Grund sind dort die Entscheidungen über die Restschuldbefreiung nur für jene Insolvenzverfahren eines Eröffnungsjahrgangs tabelliert, die sich noch in Abwicklung befinden, die durch Schlussverteilung beendet wurden oder deren Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit erfolgte.

² Die Ziffer in der eckigen Klammer bezieht sich auf die Literaturangabe am Ende des Beitrags (Seite 192). Dies gilt für alle nachfolgenden Ziffern in eckigen Klammern.

Die wichtigste Aussage für einen Jahrgang eröffneter Insolvenzverfahren ist die Quote der Erteilung von Restschuldbefreiungen, ausgedrückt als Anteil der erteilten Restschuldbefreiungen an der Zahl aller Entscheidungen in Restschuldbefreiungsverfahren. Für die Jahrgänge der eröffneten Insolvenzverfahren von natürlichen Personen von 2009 bis 2014 kann die Insolvenzstatistik frühestens nach dem vollständigen Ablauf der sechs Jahre der Wohlverhaltensphase über die Quote der Restschuldbefreiungen berichten. Um also vergleichbare und weitgehend vollständige Ergebnisse zu den Entscheidungen in den Restschuldbefreiungsverfahren eines Jahrgangs eröffneten Insolvenzverfahren angeben zu können, werden in den Standardveröffentlichungen zur Insolvenzstatistik alle bis in das siebte Jahr nach der Verfahrenseröffnung getroffenen Restschuldbefreiungsentscheidungen dokumentiert. Die wenigen Entscheidungen, die nach diesem Zeitpunkt erfolgen, sind in so konzipierten Tabellen daher nicht enthalten.

Mit dem Inhalt der Tabelle 1 werden daher zunächst die Ergebnisse über Restschuldbefreiungen für die in Bayern in den Jahren 2009 bis 2011 eröffneten Insolvenzverfahren vorgelegt, also für Verfahren, in denen eine Entscheidung zur Restschuldbefreiung jeweils bis in das siebte Jahr nach der Eröffnung, also bis in die Jahre 2016, 2017 und aktuell 2018 erfolgte. In allen drei Jahrgängen wurden in jeweils mehr als 90% der eröffneten Insolvenzverfahren natürlicher Personen eine Entscheidung zur Restschuldbefreiung getroffen. Für den Jahrgang der 2009 eröffneten Verfahren mit einer Entscheidung zur Restschuldbefreiung bis in das Jahr 2016 lag die eigentliche Quote der Erteilung von Restschuldbefreiungen bei 93,9%,

im Folgejahrgang bei 93,0% und für den aktuellen Jahrgang der 2011 eröffneten Verfahren mit einer Entscheidung zur Restschuldbefreiung bis in das Jahr 2018 lag die eigentliche Quote der Erteilung von Restschuldbefreiungen bei 91,5%.

In Tabelle 1 sind alle Entscheidungen von bayrischen Gerichten zu Restschuldbefreiungsverfahren enthalten, die im Rahmen der Insolvenzstatistik gemeldet wurden. Hierzu gehören auch alle Verfahren, die zwar zunächst mangels Masse eingestellt wurden, die Schuldnerin oder der Schuldner jedoch folgend ohne Einhaltung einer Sperrfrist einen neuen Antrag auf Restschuldbefreiung stellen konnte und folgend eine Entscheidung im Restschuldbefreiungsverfahren getroffen wurde. Dass solche Fälle in der Praxis insolvenzrechtlicher Entscheidungen vorkommen, ist in [2] beschrieben. Weiter umfassen die Angaben in Tabelle 1 auch die wenigen Fälle, wo das eigentliche Insolvenzverfahren zwar mit dem Tod der Schuldnerin oder des Schuldners endete, aber sodann in ein Nachlassinsolvenzverfahren übergeleitet wurde. Wenn die Schuldnerin oder der Schuldner jedoch nach Ablauf der Wohlverhaltensphase verstorben sind, konnte die persönlich für die Schuldnerin oder den Schuldner erteilte eigentliche Restschuldbefreiung weiterhin gültig bleiben und das Restschuldbefreiungsverfahren musste nicht als „durch Tod beendet“ gemeldet werden (siehe [3]). Eine weitere ebenfalls enthaltene Konstellation in nur geringer Fallzahl betraf Fälle, in denen ein Insolvenzverfahren zwar mit Zustimmung aller Gläubiger eingestellt und somit vorzeitig beendet wurde. Gleichwohl wurde eine Restschuldbefreiung erteilt, soweit keine Einwände der Gläubiger vorlagen und

Tab. 1 Entscheidung über die Restschuldbefreiung bei Insolvenzverfahren natürlicher Personen in Bayern jeweils am Ende des siebten Jahres nach der Eröffnung des Verfahrens
Insolvenzverfahren natürlicher Personen¹

Eröffnet im Jahr/ Entscheidung über die Restschuldbefreiung wurde bis 31.12. des angegebenen Jahres getroffen	Einheit	Eröffnete Insolvenz- verfahren	darunter mit Entscheidung über die Restschuldbefreiung					
			insgesamt	Art der Entscheidung				
				Restschuldbefreiung wurde erteilt	Restschuldbefreiung wurde versagt	Rücknahme des Antrags	Schuldner/-in verstorben	Restschuldbefreiung wurde nach Erteilung widerrufen
2009/2016	Anzahl	14 771	13 808	12 960	623	5	216	4
2010/2017	Anzahl	15 611	14 697	13 673	742	7	275	–
2011/2018	Anzahl	14 833	14 096	12 900	882	9	305	–

¹ Natürliche Personen umfassen natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren oder mit vereinfachtem Verfahren, Einzelunternehmen sowie Verbraucher.

alle Verfahrenskosten beglichen waren. Solche Fälle stellen quasi den Königsweg zur Restschuldbefreiung dar (vgl. [4]).

Ergänzend zu Tabelle 1 stellen die Tabellen 2a bis 2c den zeitlichen Verlauf der getroffenen Restschuldbefreiungsentscheidungen für die drei Jahrgänge eröffneten Insolvenzverfahren von 2009 bis 2011 dar. In den einzelnen Zeilen ist die Zahl getroffener Ent-

scheidungen bis zum 31. Dezember des angegebenen Jahres enthalten. Die **Zeile** enthält die Zwischensumme getroffener Entscheidungen bis in das siebte Jahr nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens und ist damit identisch zu den Summenangaben aus Tabelle 1, die jeweils nur für das siebte Jahr nach der Eröffnung gelten. In den folgenden Zeilen nach dieser Zwischensumme ist die Zahl der Entscheidungen ablesbar, die von den Gerichten erst

Tab. 2a Entscheidung über die Restschuldbefreiung bei Insolvenzverfahren natürlicher Personen in Bayern für im Jahr 2009 eröffnete Insolvenzverfahren nach dem Jahr der Entscheidung zum Stand 30. November 2019
Insolvenzverfahren natürlicher Personen¹

Entscheidung über die Restschuldbefreiung wurde bis 31.12. des angegebenen Jahres getroffen	Einheit	Eröffnete Insolvenzverfahren	darunter mit Entscheidung über die Restschuldbefreiung			
			insgesamt	Art der Entscheidung		
				Restschuldbefreiung wurde erteilt	Restschuldbefreiung wurde versagt	Sonstige Entscheidung: Rücknahme des Antrags oder Schuldner/-in verstorben oder Widerruf
2009.....	Anzahl	14 771	20	20	–	–
2010.....	Anzahl	X	20	13	6	1
2011.....	Anzahl	X	15	13	2	–
2012.....	Anzahl	X	17	8	5	4
2013.....	Anzahl	X	760	303	335	122
2014.....	Anzahl	X	171	61	80	30
2015.....	Anzahl	X	10 654	10 431	160	63
2016.....	Anzahl	X	2 151	2 111	35	5
Insgesamt bis 2016².....	Anzahl	X	13 808	12 960	623	225
2017.....	Anzahl	X	28	28	–	–
2018.....	Anzahl	X	6	6	–	–
Insgesamt	Anzahl	14 771	13 842	12 994	623	225

1 Natürliche Personen umfassen natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren oder mit vereinfachtem Verfahren, Einzelunternehmen sowie Verbraucher.
2 Berichtsjahr der Veröffentlichung der Ergebnisse als Standardveröffentlichung.

Tab. 2b Entscheidung über die Restschuldbefreiung bei Insolvenzverfahren natürlicher Personen in Bayern für im Jahr 2010 eröffnete Insolvenzverfahren nach dem Jahr der Entscheidung zum Stand 30. November 2019
Insolvenzverfahren natürlicher Personen¹

Entscheidung über die Restschuldbefreiung wurde bis 31.12. des angegebenen Jahres getroffen	Einheit	Eröffnete Insolvenzverfahren	darunter mit Entscheidung über die Restschuldbefreiung			
			insgesamt	Art der Entscheidung		
				Restschuldbefreiung wurde erteilt	Restschuldbefreiung wurde versagt	Sonstige Entscheidung: Rücknahme des Antrags oder Schuldner/-in verstorben oder Widerruf
2010.....	Anzahl	15 611	9	8	–	1
2011.....	Anzahl	X	19	10	6	3
2012.....	Anzahl	X	15	6	7	2
2013.....	Anzahl	X	619	252	274	93
2014.....	Anzahl	X	251	91	124	36
2015.....	Anzahl	X	426	181	171	74
2016.....	Anzahl	X	11 436	11 249	114	73
2017.....	Anzahl	X	1 922	1 876	46	–
Insgesamt bis 2017².....	Anzahl	X	14 697	13 673	742	282
2018.....	Anzahl	X	36	36	–	–
Insgesamt	Anzahl	15 611	14 733	13 709	742	282

1 Natürliche Personen umfassen natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren oder mit vereinfachtem Verfahren, Einzelunternehmen sowie Verbraucher.
2 Berichtsjahr der Veröffentlichung der Ergebnisse als Standardveröffentlichung.

Tab. 2c Entscheidung über die Restschuldbefreiung bei Insolvenzverfahren natürlicher Personen in Bayern für im Jahr 2011 eröffnete Insolvenzverfahren nach dem Jahr der Entscheidung zum Stand 30. November 2019Insolvenzverfahren natürlicher Personen¹

Entscheidung über die Restschuldbefreiung wurde bis 31.12. des angegebenen Jahres getroffen	Einheit	Eröffnete Insolvenzverfahren	darunter mit Entscheidung über die Restschuldbefreiung			
			insgesamt	Art der Entscheidung		
				Restschuldbefreiung wurde erteilt	Restschuldbefreiung wurde versagt	Sonstige Entscheidung: Rücknahme des Antrags oder Schuldner/-in verstorben oder Widerruf
2011.....	Anzahl	14 833	15	15	–	–
2012.....	Anzahl	X	41	16	21	4
2013.....	Anzahl	X	339	142	136	61
2014.....	Anzahl	X	221	74	118	29
2015.....	Anzahl	X	431	147	208	76
2016.....	Anzahl	X	374	125	148	101
2017.....	Anzahl	X	10 724	10 478	206	40
2018.....	Anzahl	X	1 951	1 903	45	3
Insgesamt bis 2018².....	Anzahl	X	14 096	12 900	882	314
Insgesamt	Anzahl	14 833	14 096	12 900	882	314

¹ Natürliche Personen umfassen natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren oder mit vereinfachtem Verfahren, Einzelunternehmen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher.
² Berichtsjahr der Veröffentlichung der Ergebnisse als Standardveröffentlichung.

in einem späteren Jahr getroffen werden konnten, gleichwohl noch getroffene Entscheidungen des jeweiligen Eröffnungsjahrganges sind.

Die Mehrzahl der Entscheidungen in den Restschuldbefreiungsverfahren für die Eröffnungsjahrgänge 2009 bis 2011 wurde nicht vor dem sechsten Jahr der Wohlverhaltensphase getroffen. Vor Ablauf dieses Zeitraums erfolgten nur in etwa 10 % der Insolvenzverfahren Meldungen über eine Entscheidung zur Restschuldbefreiung, zumeist weil die Restschuldbefreiung entweder bereits versagt wurde oder das Insolvenzverfahren mit Zustimmung der Gläubiger eingestellt und zugleich eine Restschuldbefreiung erteilt wurde.

Regionale Unterschiede in der Quote der Restschuldbefreiungen in Bayern

Die Karte in Abbildung 1 stellt den Anteil der erteilten Restschuldbefreiungen an der Zahl aller Entscheidungen in Restschuldbefreiungsverfahren in den bayerischen Kreisen für alle eröffneten Verfahren aus dem Jahr 2011 dar, für die Entscheidungen im Restschuldbefreiungsverfahren bis spätestens zum 31. Dezember 2018 getroffen wurden. Dieser Anteil widerspiegelt die Quote der Erteilung von Restschuldbefreiungen.

In der Kartendarstellung ist zunächst kein deutliches Muster in der regionalen Ausprägung der

Restschuldbefreiungsquote zu erkennen. Die Häufigkeitsverteilung ist in Abbildung 2 dargestellt und lässt zunächst eine annähernde Normalverteilung der Quote der Restschuldbefreiungen vermuten. Der bei einer Stichprobengröße von 100 Fällen angemessene Shapiro-Wilk-Test (durchgeführt mit dem R-Paket `normalityTest`) verwirft allerdings die Nullhypothese einer Normalverteilung mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 0,9 %. Anders formuliert ist die Quote der erteilten Restschuldbefreiungen in den 96 kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns zwar generell sehr hoch, aber nicht vollständig normalverteilt. Insgesamt ist die Anzahl von kreisfreien Städten und Landkreisen mit einer über dem Durchschnitt von 91,7 % liegenden Quote von erteilten Restschuldbefreiungen etwas höher (insgesamt 51), niedrige Quoten kommen seltener vor.

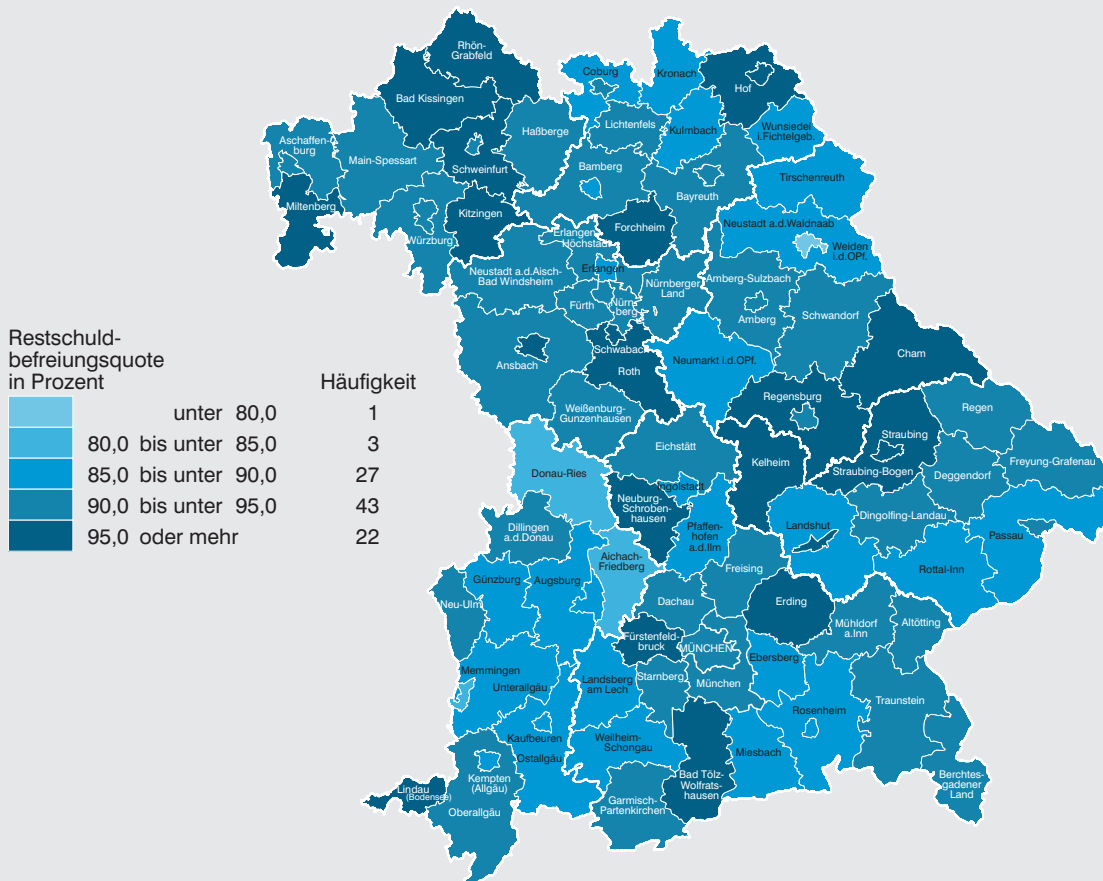
In einem weiteren Schritt soll in diesem Beitrag untersucht werden, ob die regionale Verteilung der Restschuldbefreiungsquoten in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns durch sozioökonomische Unterschiede oder weitere insolvenzstatistische Kennzahlen erklärbar oder als weitgehend unabhängig von derartigen Unterschieden zu charakterisieren ist.

Methode

Eine derartige Aussage kann nicht allein mit den in der Insolvenzstatistik enthaltenen Merkmalen getrof-

Abb. 1

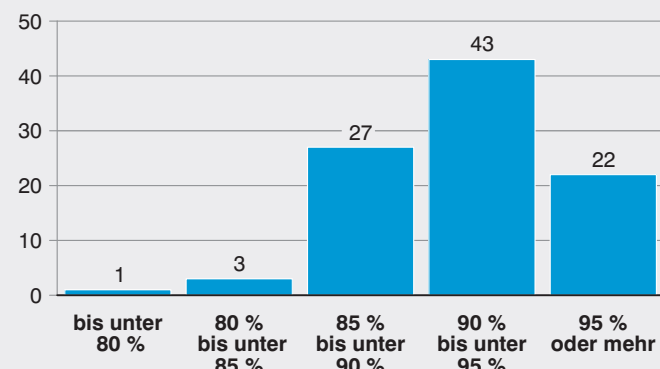
Restschuldbefreiungsquoten in Bayern für eröffnete Verfahren aus dem Jahr 2011 mit einer Entscheidung zur Restschuldbefreiung bis 31. Dezember 2018
in Prozent



fen werden, da sozioökonomische Merkmale zu den Schuldnerinnen und Schuldnern in der Insolvenzstatistik nicht erfasst werden. Einer Antwort hierzu kann man sich jedoch annähern, indem die Variabilität ausgewählter sozioökonomischer Kennzahlen in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns mit insolvenzstatistischen Kennzahlen wie der Restschuldbefreiungsquote in Bezug gesetzt und auf vorhandene Abhängigkeiten untersucht wird. Hierfür wurde als methodischer Ansatz eine Faktorenanalyse gewählt. Die Faktorenanalyse setzt auf der Analyse der Korrelationsmatrix und der Matrix der partiellen Korrelationen der einbezogenen Kennzahlen auf. Die zusätzlich einbezogene partielle Korrelationsmatrix dient der Bewertung von Zusammenhängen zwischen zwei Kennzahlen, die tatsächlich durch eine dritte, nicht beobachtete Variable hervorgerufen

Abb. 2

Häufigkeitsverteilung der regionalen Restschuldbefreiungsquoten in Bayern für eröffnete Verfahren aus dem Jahr 2011 mit einer Entscheidung zur Restschuldbefreiung bis 31. Dezember 2018
in Prozent



werden. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist der scheinbare Zusammenhang zwischen der Storchpopulation und der Geburtenrate, die beide tatsächlich vom Grad der Industrialisierung gesteuert werden.

Als Kernfrage, welche mit Hilfe einer Faktorenanalyse untersucht werden soll, wird formuliert: Kann der gemeinsame Varianzanteil in einem ausgewählten Set sozioökonomischer und insolvenzstatistischer Kennzahlen auf einen gemeinsamen Faktor zurückgeführt werden? Wenn das der Fall wäre, dann würden sich die regionalen Unterschiede, die in den Ergebnissen der Insolvenzstatistik zu finden sind, mit dem allgemeinen beobachtbaren sozioökonomischen Status eines jeden Untersuchungsgebietes parallelisieren lassen. Für jede ausgewählte Kennzahl kann dann deren variablen-spezifischer Anteil erkannt werden, den diese zur Variabilität der beobachteten regionalen Unterschiede beiträgt. Werden mehrere sinnvolle Faktoren erkannt, dann kann das Muster der in den ausgewählten Kennzahlen enthaltenen regionalen Unterschiede durch einen oder weitere spezifische Aspekte beschrieben werden. Ein entscheidendes Ergebnis wäre daher, inwieweit die insolvenzstatistischen Kennzahlen einen spezifischen Anteil zur Erklärung mit gemeinsamen sozio-ökono-

mischen Faktoren beitragen. Damit gilt die Faktorenanalyse als generell hypothesenbildendes Verfahren und soll hier auch nur so verwendet werden.

Für das Set sozioökonomischer Kennzahlen für die kreisfreien Städte und Landkreise Bayerns wurden Angaben ausgewählt, die jeweils in der GENESIS-Datenbank des Bayerischen Landesamts für Statistik (www.statistikdaten.bayern.de) veröffentlicht sind. Diese Kennzahlen sollten wichtige sozioökonomische Aspekte aus der Altersstruktur sowie der Beschäftigungs- und Einkommensstruktur der kreisfreien Städte und Landkreise Bayerns abbilden. Als Kennzahl zur Verstädterung wurde die Einwohnerzahl je Fläche ausgewählt. Alle ausgewählten Kennzahlen, deren zeitlicher Bezug und die jeweilige zugrundeliegende amtliche Statistik sind in nachfolgender Übersicht beschrieben. Die Mehrzahl der Kennzahlen liegt aktuell bis zum Berichtsjahr 2018 vor. Da das Bezugsjahr der Entscheidungen zu Restschuldbefreiungen durch das Jahr der Eröffnung dieser Insolvenzverfahren bestimmt ist, wurde einheitlich für die sozioökonomischen Merkmale das Berichtsjahr 2011 gewählt. Dieses Jahr wird als bestimmend für die beteiligten Insolvenzverfahren angesehen.

Übersicht Ausgewählte sozioökonomische und insolvenzstatistische Kennzahlen für die Landkreise und kreisfreien Städte Bayerns, die in eine faktorenanalytische Untersuchung einbezogen wurden *

Nr.	Sozioökonomische und insolvenzstatistische Kennzahl für die kreisfreien Städte und Landkreise Bayerns	Abgebildeter Aspekt	Zugrundeliegende amtliche Statistik
1	Restschuldbefreiungsquote in den Kreisen Bayerns für alle eröffneten Verfahren aus dem Jahr 2011, für die eine Entscheidung im Restschuldbefreiungsverfahren bis spätestens zum 31. Dezember 2018 getroffen wurde	Restschuldbefreiungen	Statistik von Restschuldbefreiungsverfahren, Veröffentlichung wird vorbereitet
2	Eröffnete Insolvenzverfahren natürlicher Personen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner im Jahr 2011	Insolvenzverfahren	Statistik eröffneten Insolvenzverfahren im Berichtsjahr 2011 und Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum Stichtag 31. Dezember 2011
3	Bevölkerungsdichte in Einwohnerinnen bzw. Einwohner je Quadratkilometer im Jahr 2011	Verstädterung	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Feststellung des Gebietsstandes zum Stichtag 31. Dezember 2011
4	Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (Kinder) zum Stichtag 31. Dezember 2011	Altersstruktur	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum Stichtag 31. Dezember 2011
5	Anteil der 18 bis unter 30-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (junge Erwachsene) zum Stichtag 31. Dezember 2011	Altersstruktur	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum Stichtag 31.12.2011
6	Anteil der 30- bis unter 40-Jährigen an der Gesamtbevölkerung zum Stichtag 31. Dezember 2011	Altersstruktur	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum Stichtag 31.12.2011
7	Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen (5.–9. Kap. SGB XII) an der Bevölkerung in Prozent zum Stichtag 31. Dezember 2011	Einkommensstruktur	Statistik d. Empf. v. Leistungen (5.–9. Kap. SGB XII) im Jahr 2011 und Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum Stichtag 31. Dezember 2011
8	Anteil der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in der Größenklasse bis unter 25 000 Euro an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen 2012 – in Prozent	Einkommensstruktur	Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2012 (dreijährig veröffentlicht, daher Berichtsjahr 2012 gewählt)
9	Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Prozent im Jahr 2011	Beschäftigungsstruktur	Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2011
10	Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen für die Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre im Jahr 2011 – in Prozent	Beschäftigungsstruktur	Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2011, nach ausgewählten Personengruppen

* Da das Bezugsjahr der Entscheidungen zu Restschuldbefreiungen durch das Jahr der Eröffnung dieser Insolvenzverfahren bestimmt ist, wurde ab Nr. 2 einheitlich das Berichtsjahr 2011 (bzw. das Jahr 2012 für Nr. 8) gewählt.

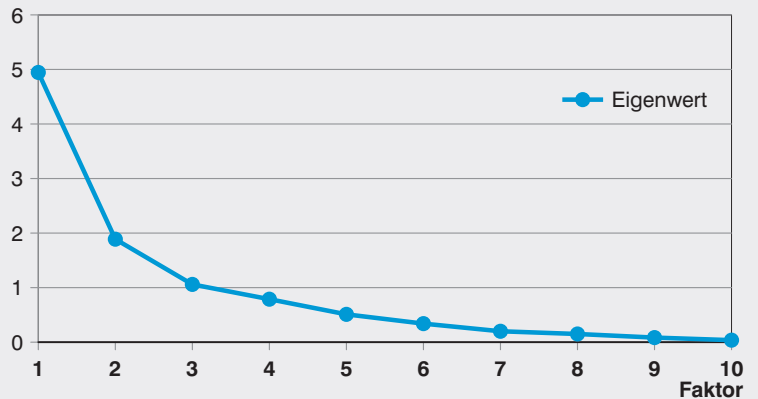
Um die Faktorenanalyse durchführen zu können, mussten alle verwendeten Variablen standardisiert und damit auf ein einheitliches Skalenniveau transformiert werden. Dies wurde im vorliegenden Fall durchgeführt, indem alle Variablen aus Tabelle 3 z-standardisiert wurden und damit einen einheitlichen Mittelwert von Null und eine Standardabweichung von 1 aufweisen. Dieses Vorgehen erleichtert die spätere Interpretation der Faktormatrix erheblich, diese zeigen dann, ob ein Wert unter- oder überdurchschnittlich ausgeprägt ist. Vor der Durchführung der Faktorenanalyse wurde zudem im Programmpaket SAS geprüft, ob das Kaisersche Maß der Stichprobenadäquanz einen akzeptablen Wert erreicht und damit einer weiteren Bestimmung der Faktormatrix nicht entgegensteht. Das Kaisersche Maß der Stichprobenadäquanz gilt ab einem Wert von 0,6 als brauchbar und ab Werten über 0,8 als gut [5]. Mit dem vorliegenden Variablen-Set wurde ein Wert von 0,77 erreicht, eine Faktorenanalyse wurde daher durchgeführt. Zur Unterstützung wurde die Prozedur FACTOR im Statistikpaket SAS verwendet und als Methode zur Faktorenextraktion die Hauptkomponentenmethode verwendet, bei der die Gesamtvarianz zur Bildung der Faktoren genutzt wird.

Als erster Schritt bei der Bestimmung der Zahl der sinnvoll zu extrahierenden Faktoren wurde die Bewertung der im Screeplot (Abb. 3) dargestellten erklärten Varianz, beginnend vom ersten extrahierten Faktor, vorgenommen. Die Zahl der Faktoren, mit der das gesamte Datenset sinnvoll beschrieben werden kann, wurde anhand des von Werner [6] empfohlenen Vorgehens bestimmt, nach dem nur die Eigenwerte vor dem Knick die tatsächlich überzufälligen Gemeinsamkeiten beinhalten. Der dritte Faktor mit einer erklärten Varianz (Eigenwert) von noch knapp über 1 würde damit nicht als eigener Faktor verwendet werden. Die in den beiden Faktoren enthaltene Gesamtvarianz aus dem Datensatz umfasst damit akzeptable 67,8%.

Zur besseren Interpretation der in der Faktormatrix enthaltenen Faktorladungen wurde die bei der Faktorenanalyse übliche Rotation der Faktoren mit der Prozedur FACTOR aus SAS durchgeführt. Da zunächst von einer Korrelation der beiden enthaltenen Faktoren ausgegangen werden musste, wurde hier eine

Abb. 3

Screeplot der erklärten Varianz in jedem Faktor (Eigenwerte) für die 10 ausgewählten Variablen



schiefwinklige (oblique) Rotation mit der Methode Promax ausgewählt, in deren Ergebnis die beiden erhaltenen Faktoren nicht zwingend unabhängig (und damit orthogonal) darstellbar sind. Bei der obliquen Rotation wurde jedoch sichtbar, dass die extrahierten Faktoren nur gering (mit nur einem Korrelationskoeffizienten von 0,31) miteinander korrelieren und damit als weitgehend unabhängig interpretiert werden können. Hierdurch konnte entschieden werden, dass eine rechtwinklige (orthogonale) Rotation der Faktoren mit der Methode Varimax die bessere Wahl zur Interpretation und Darstellung der Faktorladungen beider Faktoren ist. Die grafische Darstellung beider Faktoren beinhaltet Abbildung 4, das rotierte Faktormuster für die zwei extrahierten Faktoren enthält Tabelle 3. In Abbildung 4 ist zu erkennen, dass der erste, durch die x-Achse repräsentierte Faktor, durch die Faktorladungen von fünf Merkmalen erklärt wird. Das Merkmal Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (Kinder) beeinflusst den ersten Faktor umgekehrt proportional (negativ). Der durch die y-Achse repräsentierte zweite Faktor wird wesentlich durch drei Merkmale erklärt, trägt aber bereits weniger zu den insgesamt beobachtbaren regionalen Unterschieden im gesamten Datensatz bei. Die beiden Merkmale Bevölkerungsdichte und Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen zeigen durch Lage in Richtung der x-Achse, dass sie noch zu einem geringen Anteil zur Erklärung des ersten Faktors beitragen. Einzig die Restschuldbefreiungsquote, die sehr nah am Koordinatenursprung liegt, trägt zu keiner Erklärung der beiden Faktoren bei.

Tab. 3 Faktorladungen der rotierten Faktormatrix

Kennzahl	Faktor 1	Faktor 2
Eröffnete Insolvenzverfahren natürlicher Personen im Jahr 2011 je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner.....	0,78	0,20
Restschuldbefreiungsquote 2018.....	-0,10	-0,09
Bevölkerungsdichte in Einwohnerinnen bzw. Einwohner je Quadratkilometer im Jahr 2011.....	0,36	0,85
Anteil der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in der Größenklasse bis unter 25 000 Euro an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen 2012.....	0,88	-0,19
Arbeitslosenquote im Jahr 2011.....	0,86	0,18
Arbeitslosenquote für die Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre im Jahr 2011.....	0,91	0,27
Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen (5.-9. Kap. SGB XII) an der Bevölkerung in Prozent im Jahr 2011.....	0,66	0,24
Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (Kinder) zum Stichtag 31.12.2011.....	-0,83	-0,32
Anteil der 18 bis unter 30-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (junge Erwachsene) zum Stichtag 31.12.2011.....	0,32	0,73
Anteil der 30- bis unter 40-Jährigen an der Gesamtbevölkerung zum Stichtag 31.12.2011.....	-0,15	0,94

Darauf wird in der folgenden Interpretation des rotierten Faktormusters noch einzugehen sein.

Ergebnisse – Interpretation des rotierten Faktormusters

Die Interpretation der Ergebnisse der Faktorenanalyse gelingt mit den gewählten beiden Faktoren recht eindeutig mit allen Ladungen, die den jeweiligen Faktor mit einem Betrag von mehr als 0,6 auf-

laden. Der erste Faktor bündelt den Einfluss der Einkommens- und der Beschäftigungsstruktur in der hier so bezeichneten Anfälligkeit für eine Insolvenz als natürliche Person in diesen Landkreisen und kreisfreien Städten. Die positive Faktorladung für eröffnete Insolvenzverfahren natürlicher Personen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner bedeutet, dass in kreisfreien Städten und Landkreisen mit gegenüber dem bayerischen Mittel erhöhten Anteil an eröffneten Insolvenzverfahren natürlicher Personen auch ein gegenüber dem Mittel höherer Anteil an Personen in der niedrigen Einkommensgruppe (weniger als 25 000 Euro), eine gegenüber dem Mittel erhöhte Arbeitslosenquote (auch in der Gruppe der 15- bis 25-Jährigen) wie auch ein gegenüber dem Mittel erhöhter Anteil an Empfängerinnen und Empfängern von Leistungen gemäß 5.–9. Kap. SGB XII an der Bevölkerung zu finden ist. Die negative Faktorladung für den Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (Kinder) bedeutet dagegen, dass in diesen kreisfreien Städten und Landkreisen eher ein gegenüber dem Mittelwert verringerter Anteil an Kindern zu finden ist. Im ersten Faktor ist damit eine gesteigerte Anfälligkeit gegenüber einer Insolvenz mit einem tendenziell geringeren Einkommen und höherer Arbeitslosigkeit zusammengefasst. Die Faktorwerte (Scores) auf dem Faktor 1 sind in der Karte für die Kreise Bayerns dargestellt, sie vermitteln einen Eindruck über die regionale Ausprägung einer Anfälligkeit für eine Insolvenz als natürliche Person. Werte größer Null stehen dafür, dass in diesem Kreis die zum ersten Faktor beitragenden Merkmale so ausgeprägt sind, dass sie mit einer höheren Anzahl von Insolvenzen

Abb. 4
Faktorladungen der rotierten Faktormatrix

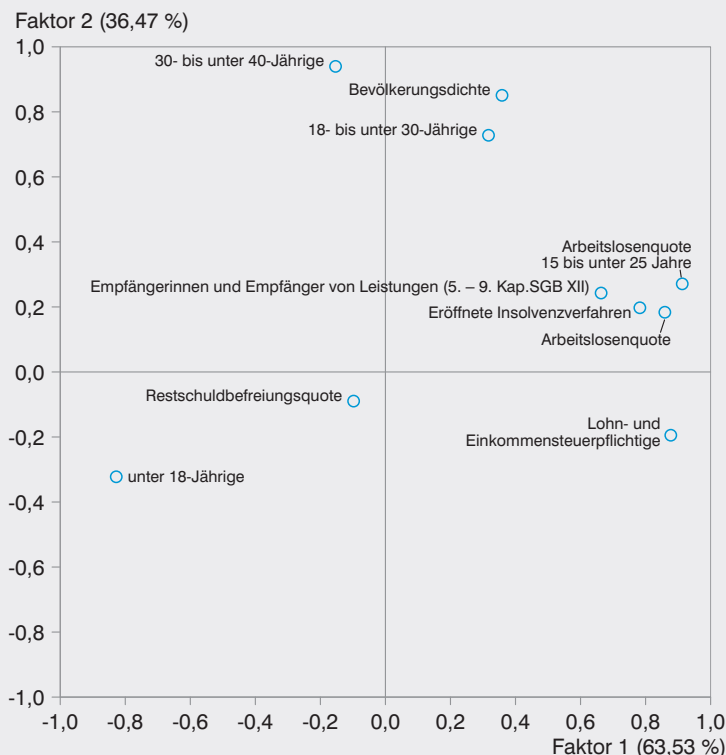
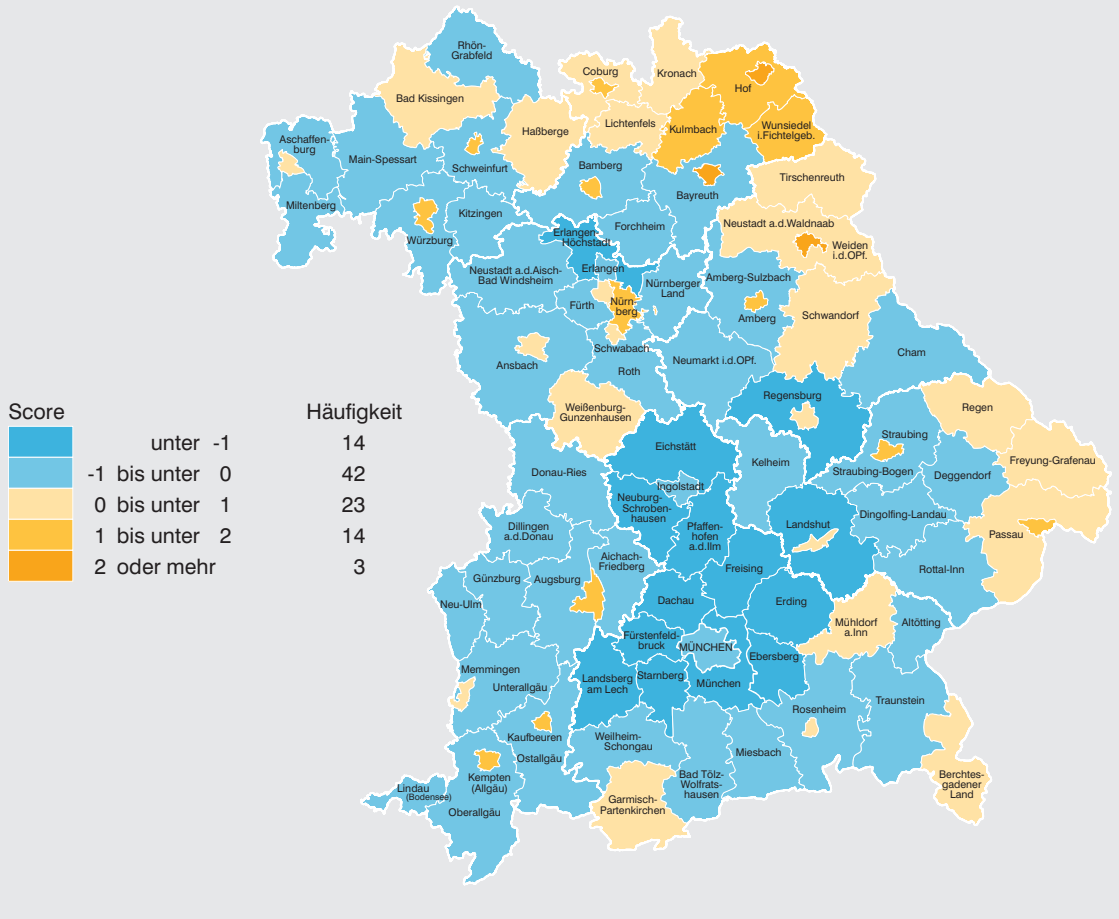


Abb. 5

Regionale Faktorwerte (Scores) auf dem Faktor 1 – Anfälligkeit für eine Insolvenz als natürliche Person im Jahr 2011



natürlicher Personen der Einwohnerinnen und Einwohner einhergehen.

Generell weisen sowohl die Altersstruktur der erwachsenen Bevölkerung als auch die Verstädterung nur einen geringen Einfluss auf den ersten Faktor auf. Diese Merkmale tragen vielmehr zur wesentlichen Erklärung des zweiten Faktors bei. In diesem Faktor ist im Wesentlichen der Effekt einer hohen Bevölkerungsdichte als Ausdruck der Verstädterung mit hohen Anteilen der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter zusammengefasst.

Als letztes Ergebnis der Interpretation der Faktorladungen im Kontext der Restschuldbefreiung fällt auf, dass die Restschuldbefreiungsquote als einzige Variable keinen nennenswerten Beitrag zur Gesamtvarianz der beiden Faktoren beiträgt. Weder die Alters-

struktur noch alle weiteren sozioökonomischen Merkmale können mit der unterschiedlichen Quote an Restschuldbefreiungen in den bayerischen Kreisen in Zusammenhang gebracht werden. Diese Erkenntnis deckt sich mit den Ergebnissen der partiellen Korrelationsmatrix, auch hier kann zwischen der Restschuldbefreiungsquote und allen anderen Variablen kein erkennbarer Zusammenhang aufgefunden werden, die höchste Korrelation wurde mit einem Koeffizienten von 0,20 ausgewiesen. Würde ein dritter Faktor bei der Faktorenanalyse extrahiert werden, so wäre dieser fast vollständig durch die Varianz der Restschuldbefreiungsquote erklärt. Die anfangs gestellte Frage, inwieweit die insolvenzstatistischen Kennzahlen einen spezifischen Anteil zur Erklärung mit gemeinsamen sozioökonomischen Faktoren beitragen, bedeutet hinsichtlich der Restschuldbefreiungsquote, dass hier kein Einfluss

erkennbar ist. Als Fazit lässt sich demnach feststellen, dass die Erteilung der Restschuldbefreiung an den bayerischen Gerichten also offensichtlich unabhängig von den anderen sozioökonomischen Charakteristika erfolgt, durch die die kreisfreien Städte und Landkreise Bayerns geprägt sind.

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag vermittelt einen Überblick über die Inhalte der Statistik über Restschuldbefreiungen in Bayern. Zunächst wurde dargelegt, dass vergleichbare Ergebnisse über die Entscheidungen von Restschuldbefreiungsverfahren erst sieben Jahre nach der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens als Tabellen vorgelegt werden können. Die Restschuldbefreiungsquoten als prägnantes Ergebnis der Statistik über Restschuldbefreiungen in Bayern wiesen in den betrachteten Jahren Werte über 90 % auf und zeigen, dass der Auftrag von Restschuldbefreiungsverfahren zur Entschuldung in der weit überwiegenden Zahl der Fälle erreicht wurde. Mit der Verkürzung der Wohlverhaltensphase im Restschuldbefreiungsverfahren werden Restschuldbefreiungen künftig auch zeitiger nach der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens erteilt werden. Der Beitrag geht im zweiten Teil dazu über, die Restschuldbefreiungsquoten aus dem Jahr 2018 in den bayerischen Kreisen zu betrachten. Zwar beinhaltet die Statistik über Restschuldbefreiungen keine Aussagen zum sozioökonomischen Stand der Antragstellerinnen und Antragsteller. Im Vergleich der regionalen Unterschiede der Restschuldbefreiungsquoten wurde dennoch der Frage nachgegangen, ob die Erteilung von Restschuldbefreiungen in Bayern mit sozioökonomischen Merkmalen des Wohnortes einhergeht. Ein solcher Zusammenhang ließ sich nicht auffinden.

Literatur

- [1] Statistisches Bundesamt: Fachserie 2 Reihe 4.1.1 (Beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung), Wiesbaden, 2019.
- [2] BGH: Antrag auf Restschuldbefreiung ohne Einhaltung einer Sperrfrist bei Aufhebung der Kostenstundung im vorausgegangenen Insolvenzverfahren zulässig.
q.bayern.de/biz03-20restschuldbefreiung, abgerufen am 1. Januar 2020.
- [3] Blerch/Goetsch/Haas:
InsO § 286 Grundsatz / 4.4 Tod des Schuldners und Restschuldbefreiungsverfahren.
q.bayern.de/biz03-20restschuldbefreiungsverfahren, abgerufen am 1. Januar 2020.
- [4] Kulzer, H.: Einstellung des Insolvenzverfahrens nach Einigung: Der Königsweg zur Restschuldbefreiung?
www.insoinfo.de/pages/insolvenzrecht/, abgerufen am 1. Januar 2020.
- [5] Ludwig-Mayerhofer, W.: Faktorenanalyse. ILMES – Internet-Lexikon der Methoden der empirischen Sozialforschung,
wlm.userweb.mwn.de/Ilm/ilm_f3.htm, abgerufen am 1. Januar 2020.
- [6] Werner, C.: Explorative Faktorenanalyse: Einführung und Analyse mit R, Zürich, 2014,
q.bayern.de/biz03-20psychologie, abgerufen am 1. Januar 2020.

Die voraussichtliche Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung Bayerns

Das Ergebnis einer Vorausberechnung zeigt, daß die erwerbsfähige Bevölkerung Bayerns bis zum Jahre 1956 nur geringfügig zunehmen wird (etwa durchschnittlich 0,4 vH). Von 1957 bis 1965 ist die Tendenz rückläufig. Im Jahresdurchschnitt wird die relative Abnahme mit etwa 0,6 vH größer sein, als die vorhergehende Zunahme.

Die Methode der Vorausberechnung

Die Vorausberechnung der im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) stehenden Bevölkerung Bayerns wurde unter Berücksichtigung sowohl der zu erwartenden Sterbefälle wie auch des mutmaßlichen Wanderungsverlustes bzw. -gewinnes der einzelnen Altersjahrgänge durchgeführt. Die in den nächsten Jahren in Bayern zu erwartenden Sterbefälle wurden entsprechend den Sterbewahrscheinlichkeiten nach der „Allgemeinen Bayerischen Sterbetafel 1949/51“ angenommen.

Bekanntlich wird die zahlenmäßige Stärke der Geburtsjahrgänge nicht nur durch Sterbefälle, sondern auch durch Wanderungsverluste oder -gewinne verändert. Gerade die Wanderungsbewegungen haben in den letzten drei Jahren an Bedeutung gewonnen. Seit 1951 betrugen die jährlichen Wanderungsverluste im Durchschnitt rund 50 000 Personen. Es dürfte für die nächste einigermaßen überschaubare Zukunft mit einem etwa gleich hohen Wanderungsverlust zu rechnen sein. Berechnet wurde dieser in ähnlicher Weise wie die voraussichtlichen Sterbefälle. Unter Zugrundelegung der altersmäßigen Gliederung der 1950 und 1951 über die bayerische Landesgrenze Zu- und Fortgezogenen wurden für die einzelnen Geburtsjahrgänge „Verlusthäufigkeiten“ entspre-

chend dem jeweiligen Wanderungsverlust berechnet. In der gleichen Weise wurden bei Wanderungsgewinnen „Gewinnhäufigkeiten“ festgehalten.

Gewiß sind einer solchen statistischen Vorausberechnung Grenzen gesetzt. Ist eine Betrachtungsweise auf lange Sicht überhaupt von Wert? Auch in Zukunft können unbekannte und deshalb unberücksichtigte Faktoren auf die Bevölkerungsentwicklung in Bayern mehr oder weniger Einfluß nehmen. Die Untersuchung zeigt aber, wie unter Berücksichtigung von wichtigen Grundzügen der Entwicklung, nämlich der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsbewegung, Anhaltspunkte für eine Vorausschau gegeben werden können¹⁾.

Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung ab 1957

In Bayern stehen heute rund 6,2 Millionen Menschen, also zwei Drittel der Bevölkerung, in erwerbsfähigem Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Nach der vorgenommenen Untersuchung wird die erwerbsfähige Bevölkerung Bayerns von 1954 bis 1956 im Durchschnitt jährlich 0,4 vH steigen. Bei den Männern beträgt im selben Zeitraum die Zunahme jährlich 0,6, bei den Frauen nur 0,2 vH. Die künftige jährliche Zuwachsrate ist also sehr gering.

Ab 1957 hat die im erwerbsfähigen Alter stehende bayerische Bevölkerung eine rückläufige Tendenz. Die jährliche Abnahme von 1957 bis 1965 beträgt bei den Männern 0,5, bei den Frauen 0,8 vH.

Überblickt man die gesamte Entwicklung, so bietet sich dem Betrachter folgendes Bild: In dem Zeitraum von 1954 bis 1965 nimmt die erwerbsfähige Bevölkerung Bayerns (15 bis unter 65 Jahre) voraussichtlich um mehr als 4 vH ab.

Die Bevölkerung Bayerns im erwerbsfähigen Alter 1954 bis 1965

Jahr (Jahresende)	Erwerbsfähige Personen (im Alter von 15 bis unter 65 Jahren)							
	Männer		Frauen				insgesamt	
	Zahl (in 1000)	Meßziffer (1954=1000)	insgesamt		dar. im Alter von 15 bis unter 50 Jahren		Zahl (in 1000)	Meßziffer (1954=1000)
			Zahl (in 1000)	Meßziffer (1954=1000)	Zahl (in 1000)	Meßziffer (1954=1000)		
1954	2 832	1 000	3 398	1 000	2 476	1 000	6 230	1 000
1955	2 856	1 008	3 412	1 004	2 472	998	6 268	1 006
1956	2 868	1 013	3 414	1 005	2 456	992	6 282	1 008
1957	2 863	1 011	3 397	1 000	2 424	979	6 260	1 005
1958	2 858	1 009	3 380	995	2 390	965	6 238	1 001
1959	2 849	1 006	3 360	989	2 355	951	6 209	997
1960	2 823	997	3 323	978	2 305	931	6 146	987
1961	2 807	991	3 296	970	2 271	917	6 103	980
1962	2 796	987	3 274	964	2 238	904	6 070	974
1963	2 781	982	3 250	956	2 208	892	6 031	968
1964	2 764	976	3 225	949	2 180	880	5 989	961
1965	2 745	969	3 200	942	2 169	876	5 945	954

Interessant ist hierbei die Aufgliederung nach dem Geschlecht. Im Laufe der kommenden 11 Jahre beträgt bei den 15 bis 65 Jahre alten Männern die Abnahme nur 3 vH, dagegen bei den Frauen desselben Alters nahezu 6 vH. Der Grund, warum bei den 15- bis 65jährigen Frauen die Abnahme in den nächsten 11 Jahren wesentlich höher ist als bei den Männern, dürfte darin zu erblicken sein, daß die schwach besetzten männlichen Jahrgänge der Teilnehmer des ersten Weltkrieges aus dem Personenkreis der erwerbsfähigen Bevölkerung durch Alter ausscheiden, während etwa gleichstarke Jahrgänge

in das erwerbsfähige Alter eintreten. Demgegenüber reichen bei den Frauen die ins erwerbsfähige Alter eintretenden Jahrgänge nicht mehr aus, um die aus dem erwerbsfähigen Alter ausscheidenden, stark besetzten Jahrgänge auszugleichen, einerseits scheiden die noch stark besetzten Jahrgänge aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg durch Alter aus dieser Bevölkerungsgruppe aus, andererseits erreichen die ins erwerbsfähige Alter nachrückenden Jahrgänge bei weitem nicht mehr die Stärke derjenigen vor dem ersten Weltkrieg.

Dr. W. Maier

¹⁾ Vgl. „Künftige Veränderungen im Bevölkerungsaufbau Bayerns“ in „Bayern in Zahlen“, Jg. 1953, Heft 6, Seite 202 f.

Kleine Mitteilungen

Erhöhte Stromausfuhr durch günstige Wasserführung im Juni — Rückgang der Stromerzeugung aus Laufwasser im Juli

Infolge der günstigen Wasserführung in Bayern im Juni 1952 wurden überschüssige Strommengen an die übrigen Länder Westdeutschlands abgegeben; die Stromausfuhr an andere deutsche Länder und an das Ausland konnte auf 112 Mill. kWh gegenüber 96 Mill. kWh im Mai (d. s. 16,7 vH) erhöht werden. Die Stromeinfuhr vom Ausland und von den Ländern Hessen und Württemberg verminderte sich im Juni auf 81 Mill. kWh gegenüber 93 Mill. kWh im Mai oder um 12,9 vH.

Im Juni wurden in Bayern 735 Mill. kWh Strom von öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (ÖEUV), industriellen Eigenkraft- und Stromversorgungsanlagen der Bundesbahn gegenüber 746 Mill. kWh im Mai erzeugt. Die Gesamtwasserkraft-erzeugung im Juni kann mit 621 Mill. kWh (Mai 627 Mill. kWh) für die Jahreszeit als gut bezeichnet werden.

Die Dampfkraftanlagen der ÖEUV wurden im Juni im Vergleich zum Vormonat stärker eingesetzt (Steigerung um 7,5 vH); demgegenüber ging die Dampfkraft-erzeugung der Industrie im gleichen Zeitraum merklich zurück. Die gesamte Stromerzeugung aus sonstigen Kräften (Dampfkraft, Gas, Dieselöl usw.) stellte sich im Juni auf 114 Mill. kWh (Vormonat 119 Mill. kWh).

Der Stromverbrauch im Juni ist mit 704 Mill. kWh gegenüber 743 Mill. kWh im Mai zurückgegangen. Der durchschnittliche Stromverbrauch je Tag hat sich jedoch kaum verändert.

Der Stromverbrauch der wichtigsten Verbrauchergruppen entwickelte sich von Mai auf Juni 1952 wie folgt:

Verbrauchergruppe	Mai 1952 in Mill. kWh	Juni 1952 in Mill. kWh	Veränderung in vH
Industrie	480,2	451,8	- 5,9
Bundesbahn u. sonst. Verkehr	47,3	45,9	- 2,9
Besatzung	14,7	14,0	- 4,7
Öffentliche Einrichtungen . .	15,5	16,0	+ 3,2
Haushalt	39,8	37,8	- 5,0
Handel und Gewerbe . . .	38,0	37,8	- 0,5
Landwirtschaft	11,1	10,0	- 10,0
Insgesamt	646,6	613,3	- 5,1

Durch die anhaltende Trockenheit ist bei der Stromproduktion im Juli ein erheblicher Rückgang in der Stromerzeugung aus Laufwasserkraft zu verzeichnen. Dieser Stromausfall wurde durch verstärkten Einsatz der Dampfkraftwerke, erhöhte Stromeinfuhr und verminderte Stromausfuhr ausgeglichen.

Der Rückgang der Gesamtstromerzeugung aus Wasserkraft (Juli 484 Mill. kWh, Juni 621 Mill. kWh) durch öffentliche Elektrizitätsversorgungsunternehmen (ÖEUV), industrielle Eigenkraft- und Stromversorgungsanlagen der Bundesbahn beträgt 137 Mill. kWh, d. s. 22,1 vH gegenüber Juni.

Die Erzeugung aus sonstigen Kräften (Dampfkraft, Gas, Diesel) der ÖEUV, industriellen Eigenkraft- und Stromversorgungsanlagen der Bundesbahn ist im Juli mit 175 Mill. kWh gegenüber dem Vormonat (114 Mill. kWh) um 53,5 vH gestiegen.

Der Stromimport vom Ausland nach Bayern und von den Ländern Hessen, Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern betrug im Juli mit 157 Mill. kWh beinahe das Doppelte als im Vormonat (81 Mill. kWh).

Die Stromausfuhr nach anderen deutschen Ländern ist im Monat Juli auf 21 Mill. kWh gegenüber 60 Mill. kWh im Juni um 65 vH gesunken; die Ausfuhr nach Österreich ging von 52 Mill. kWh auf 50 Mill. kWh um 3,8 vH zurück.

Der Stromverbrauch im Juli ist von 704 Mill. kWh im Vormonat auf 745 Mill. kWh um 5,8 vH gestiegen. Dieser vermehrte Stromverbrauch ist hauptsächlich auf die größere Anzahl der Arbeitstage zurückzuführen. Der Stromverbrauch pro Tag im Juli hat im Durchschnitt um 2,4 vH zugenommen.

Kle

Stromerzeugung im September wieder gestiegen

Nach den wasserarmen Sommermonaten nahm die Stromerzeugung ab September wieder einen guten Verlauf. Die seit Mitte August anhaltenden Niederschläge hatten eine Steigerung der Wasserdarbietung (56 Mill. kWh) zur Folge, wie sie in den Jahren seit 1946 im September noch nie zu verzeichnen war. Während infolge der günstigen Wasserführung die Stromausfuhr um 6 Mill. kWh erhöht werden konnte, beanspruchte der gestiegene Strombedarf und verminderter Stromimport im September eine weitere Erhöhung der Dampfkraft-erzeugung.

Die Wasserkraft-erzeugung der öffentlichen EVU, industriellen Eigenkraft- und Stromversorgungsanlagen der Bundesbahn war im September mit 500 Mill. kWh gegenüber August (444 Mill. kWh) um 12,6 vH gestiegen; die Stromerzeugung aus sonstigen Kräften (Kohle, Diesel, Gas u. a.) wurde von 193 Mill. kWh im August auf 197 Mill. kWh im September erhöht. Die gesamte Stromeinfuhr von anderen Ländern Westdeutschlands (97 Mill. kWh) und der Stromimport vom Ausland (54 Mill. kWh) hat sich von 163 Mill. kWh im August auf 151 Mill. kWh im September verringert (Rückgang des italienischen Stromimports durch gestiegenen eigenen Bedarf); die gesamte Stromausfuhr an andere Länder Westdeutschlands (28 Mill. kWh) und der Stromexport nach Österreich (48 Mill. kWh) erfuhr eine Steigerung von 70 Mill. kWh im August auf 76 Mill. kWh im September.

Der Stromverbrauch belief sich somit im Monat September auf 772 Mill. kWh, d. s. um 6 vH mehr als im Vormonat (729 Mill. kWh); der durchschnittliche Verbrauch an einem Arbeitstag dagegen blieb auf gleicher Höhe.

Die Aufgliederung des Stromverbrauches aus dem öffentlichen Netz, industriellen Eigenkraft- und Stromversorgungsanlagen der Bundesbahn in den beiden Vormonaten Juli/August zeigt, daß der tägliche Stromverbrauch der Verbrauchergruppen im allgemeinen gestiegen ist. Während dieser Mehrverbrauch bei den Abnehmergruppen Haushalt, Öffentliche Einrichtungen, Handel und Gewerbe, Besatzung hauptsächlich jahreszeitlich bedingt ist, verzeichnet darüber hinaus der arbeitstäglige Verbrauch der Industrie — infolge gestiegener Produktion — und die Landwirtschaft — durch Druschbelastung — eine zusätzliche Steigerung des Stromverbrauches.

Verbrauchergruppe	Juli 1952 in Mill. kWh	Aug. 1952 in Mill. kWh	Veränderung in vH
Industrie	469,0	454,5	- 3,2
Bundesbahn u. sonst. Verkehr	48,1	48,1	0,0
Besatzung	13,0	13,1	+ 0,8
Öffentliche Einrichtungen . .	16,4	16,5	+ 0,6
Haushalt	37,9	39,5	+ 4,2
Handel und Gewerbe	37,6	40,2	+ 6,9
Landwirtschaft	10,7	15,1	+ 41,1
Insgesamt	632,7	627,0	- 0,9

Kle.

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2017	2018	2018			2019			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 997	13 077	13 039	13 048	13 053	13 091	13 097	13 103	13 105
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹	Anzahl	5 566	6 070	8 266	7 492	10 274	8 268	8 217	7 377	8 277
je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,3	4,7	6,3	5,7	7,9	6,3	6,3	5,6	6,3
Lebendgeborene ²	Anzahl	10 518	10 634	11 022	11 862	11 565	10 695	10 977	11 996	11 877
je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,1	8,2	8,5	9,1	8,9	8,2	8,4	9,2	9,1
Gestorbene ³	Anzahl	11 161	11 235	10 023	10 485	10 812	10 766	10 358	10 848	10 340
je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,6	8,6	7,7	8,0	8,3	8,2	7,9	7,9	7,9
und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	28	27	20	28	20	30	34	31	23
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,7	2,6	1,8	2,4	1,7	2,8	3,1	2,6	1,9
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	15	15	12	21	8	15	19	15	16
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,4	1,5	1,1	1,8	0,7	1,4	1,7	1,3	1,3
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 643	- 601	999	1 377	753	- 71	619	1 148	1 537
je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 0,5	- 0,5	0,8	1,1	0,6	- 0,1	0,5	0,9	1,2
Totgeborene ²	Anzahl	38	37	34	42	38	38	39	34	39
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	33 794	34 133	32 579	37 208	36 689	28 818	30 015	36 284	33 878
darunter aus dem Ausland	Anzahl	23 464	23 628	23 620	26 048	24 276	20 340	21 596	24 906	22 205
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	27 471	27 117	24 139	29 402	33 082	24 669	25 071	31 616	34 182
darunter in das Ausland	Anzahl	17 679	17 331	15 870	18 989	21 115	16 520	16 677	20 630	21 717
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 311	10 505	8 959	11 160	12 413	8 478	8 419	11 378	11 673
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 762	9 786	8 269	10 413	11 967	8 149	8 394	10 986	12 465
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	6 323	7 016	8 440	7 806	3 607	4 149	4 944	4 668	- 304
Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	46 592	46 677	41 716	47 276	55 073	43 300	41 631	49 631	54 169
		2017	2018	2017	2018			2019		
		Jahresdurchschnitt		Dezember	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Arbeitsmarkt ⁵										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	5 466,1	5 603,8	5 518,8	5 543,9	5 598,9	5 686,9	5 651,8	5 667,9	5 702,9
Frauen	1 000	2 504,9	2 562,4	2 535,4	2 541,3	2 553,8	2 591,2	2 591,6	2 594,3	2 603,9
Ausländer	1 000	735,5	810,0	762,1	784,4	817,3	840,4	833,2	854,8	879,5
Teilzeitbeschäftigte	1 000	1 460,7	1 514,2	1 488,6	1 498,4	1 515,6	1 528,7	1 539,5	1 547,0	1 564,8
darunter Frauen	1 000	1 186,7	1 224,6	1 207,6	1 214,4	1 223,7	1 234,4	1 244,4	1 249,6	1 258,7
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	28,9	29,7	25,7	28,5	31,9	31,9	26,9	30,0	33,0
B–F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 781,0	1 824,4	1 788,1	1 802,3	1 824,3	1 857,8	1 838,2	1 845,7	1 855,1
B–E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 471,9	1 506,3	1 485,6	1 493,1	1 502,0	1 525,7	1 523,0	1 521,5	1 522,1
C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 399,2	1 431,8	1 412,6	1 419,7	1 427,2	1 450,1	1 448,1	1 446,1	1 446,0
F Baugewerbe	1 000	309,1	318,1	302,5	309,2	322,3	332,1	315,3	324,2	333,0
G–U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 656,1	3 749,7	3 704,9	3 713,0	3 742,7	3 797,1	3 786,7	3 792,2	3 814,7
G–I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 180,1	1 211,2	1 194,0	1 196,5	1 208,7	1 230,4	1 224,3	1 221,4	1 231,2
J Information und Kommunikation	1 000	206,3	215,9	208,9	212,0	215,8	220,4	221,6	224,7	227,5
K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	184,2	181,6	183,0	181,7	180,5	181,9	181,7	180,4	180,4
L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	34,6	35,5	35,2	35,5	35,5	35,5	35,5	36,2	37,3
M–N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister..	1 000	719,5	744,0	734,0	735,3	746,9	755,3	742,5	747,0	750,9
O–Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversi- cherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 152,2	1 181,7	1 171,7	1 173,3	1 175,3	1 192,1	1 200,8	1 200,7	1 204,2
R–U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	1 000	179,3	179,9	178,2	178,8	179,9	181,5	180,3	181,6	183,2
		2018	2019	2018			2019			2020
		Jahresdurchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Arbeitslose	1 000	214,0	212,0	197,0	203,3	242,7	200,5	199,2	208,4	249,5
darunter Frauen	1 000	96,4	93,8	91,9	91,5	98,8	92,1	90,5	91,6	100,2
Arbeitslosenquote insgesamt ⁷	%	2,9	2,8	2,7	2,7	3,3	2,7	2,7	2,8	3,3
Frauen	%	2,8	2,7	2,6	2,6	2,8	2,6	2,6	2,6	2,8
Männer	%	3,0	3,0	2,7	2,8	3,7	2,7	2,7	2,9	3,7
Ausländer	%	6,9	6,4	6,3	6,5	7,7	6,0	6,0	6,3	7,5
Jugendliche	%	2,5	2,5	2,1	2,2	2,6	2,3	2,2	2,2	2,7
Kurzarbeiter ⁸	1 000	18,1	...	3,9	26,0	59,7
Gemeldete Stellen ⁹	1 000	129,9	125,8	130,2	126,9	123,4	124,2	119,8	115,7	112,2

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern
der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter
www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
2 Nach der Wohngemeinde der Mutter.
3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen.
4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für
Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die
Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurden unter anderem bei

den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen
aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.
6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
7 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
8 Die Bundesagentur für Arbeit revidierte im März 2019 die Kurzarbeiter-
zahlen für den Zeitraum Oktober 2017 bis August 2018.
9 Ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2017	2018	2018			2019			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000	496,6	495,5	537,5	520,9	492,6	500,1	514,0	487,4	485,2
darunter Rinder	1 000	76,3	78,0	92,8	93,1	67,3	78,2	88,4	85,6	72,8
darunter Kälber ²	1 000	1,4	1,3	1,5	1,4	2,1	1,3	1,5	1,4	2,1
Jungrinder ³	1 000	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Schweine	1 000	409,7	407,5	434,1	417,2	414,9	414,3	413,8	391,5	399,6
Schafe	1 000	9,4	9,2	9,7	9,6	9,8	6,9	9,2	9,6	11,1
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	494,2	493,2	535,0	516,9	489,4	498,9	511,8	484,3	482,4
darunter Rinder	1 000	75,9	77,6	92,3	92,4	66,8	77,8	87,8	84,0	73,3
darunter Kälber ²	1 000	1,3	1,2	1,4	1,3	2,0	1,2	1,3	1,2	2,0
Jungrinder ³	1 000	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4
Schweine	1 000	408,3	406,2	433,0	414,9	412,9	413,9	414,9	389,7	398,1
Schafe	1 000	8,9	7,8	9,0	8,8	9,2	6,5	8,5	8,8	10,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	346,2	347,5	344,0	349,6	345,2	346,1	344,6	349,2	348,0
darunter Kälber ²	kg	113,5	116,3	116,3	116,7	113,7	81,7	86,9	88,6	84,3
Jungrinder ³	kg	180,2	185,9	186,0	175,9	179,8	164,2	190,1	167,3	173,0
Schweine	kg	96,3	96,6	97,1	98,3	96,9	96,5	97,9	98,2	97,2
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	66,1	66,7	74,3	73,7	63,6	67,2	71,3	68,6	64,7
darunter Rinder	1 000 t	26,4	27,1	31,9	32,4	23,2	27,0	30,4	29,8	25,7
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	39,5	39,4	42,2	41,0	40,2	40,0	40,7	38,5	38,8
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	65,8	66,4	74,0	73,3	63,4	67,0	71,1	68,2	64,4
darunter Rinder	1 000 t	26,3	27,0	31,7	32,3	23,1	26,9	30,3	29,7	25,5
darunter Kälber ²	1 000 t	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	39,3	39,2	42,1	40,8	40,1	39,9	40,6	38,3	38,7
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	5 368	5 495,3	5 421	5 475	5 504	5 131	5 013	5 017	5 022
Legehennenbestand ⁶	1 000	3 751	3 649,7	3 549	3 650	3 604	3 609	3 676	3 702	3 500
Konsumeier ⁶	1 000	92 147	88 632,8	86 769	88 006	92 803	83 165	88 861	89 278	90 172
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	18,7	18,4	16,2	15,3	14,8	15,6	18,8	16,1	16,2
Getreideanlieferungen ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	3,6	3,3	2,7	1,9	1,4	3,0	2,5	2,4	2,9
Weizen	1 000 t	31,9	26,9	21,6	24,2	19,1	22,1	17,4	22,8	21,0
Gerste	1 000 t	10,1	9,0	7,9	9,2	4,5	6,7	6,1	4,4	3,1
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3
Vermahlung von Getreide ^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	112,9	110,1	116,5	112,6	101,5	104,5r	115,3	109,0	107,2
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,7	11,1	11,7	11,2	10,7	9,6	10,9	10,4	10,2
Weizen und -gemenge	1 000 t	101,2	99,0	104,7	101,5	90,8	94,8r	104,4	98,6	97,0
Vorräte in zweiter Hand ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	43,6	49,4	60,0	58,2	54,6	71,7	67,7	62,7r	61,1
Weizen	1 000 t	457,7	485,5	591,6r	587,0r	651,8	610,7r	586,8r	550,0r	631,2
Gerste	1 000 t	305,9	304,9	370,0r	351,0r	349,8	420,7	403,1	358,4r	371,9
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	13,2	23,5	27,4r	26,9	27,4	28,3	29,2	28,7	30,5
Mais	1 000 t	79,5	104,5	165,6r	157,6r	210,1	32,3	114,6	110,9r	125,9
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 989	2 050	2 080r	1 765r	1 663r	2 019	1 922	1 645	1 765
davon Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	127	140	112r	96r	87r	120	103	87	95
11 bis 13	1 000 hl	1 822	1 870	1 919r	1 619r	1 534r	1 878	1 784	1 523	1 640
14 oder darüber	1 000 hl	40	41	49	50r	43r	21	35	36	31
darunter Ausfuhr zusammen	1 000 hl	470	479	446	368	301r	449	427	375	325
davon in EU-Länder	1 000 hl	301	301	276	231	209	281	247	206	205
in Drittländer	1 000 hl	168	178	170	137	91	168	180	168	120

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.
2 Höchstens 8 Monate alt.
3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.
4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.
5 Bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.
6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 Alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EG-Hygienericht im Besitz einer Zulassung sind.
8 Nach Angaben des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.
9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2017	2018	2018			2019			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbeanmeldungen	1 000	9,6	9,5	9,9	9,4	8,2	9,4	9,6	7,7	7,9
* Gewerbeabmeldungen	1 000	8,6	8,6	8,2	8,6	12,0	7,8	8,4	7,3	11,0
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ²										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	4 005	4 042	4 046	4 041	4 038	4 057	4 054	4 052	4 048
* Beschäftigte	1 000	1 176	1 212	1 227	1 226	1 223	1 220	1 217	1 214	1 207
davon Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	408	424	429	430	429	422	421	420	417
Investitionsgüterproduzenten	1 000	554	571	579	579	578	585	585	584	581
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	38	38	38	38	38	39	38	38	38
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	174	177	178	177	176	172	171	170	169
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	148 923	152 617	165 468	162 021	128 993	148 680	156 966	153 162	128 004
* Bruttoentgelte	Mill. Euro	5 286	5 585	5 244	6 871	5 450	5 319	5 238	6 851	5 419
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. Euro	29 463	29 844	30 809	31 658	28 074	31 553	31 619	31 867	29 796
davon Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. Euro	8 094	8 402	8 875	8 666	6 775	8 364	8 328	8 081	6 681
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. Euro	16 619	16 666	16 755	18 019	17 066	18 429	18 238	18 956	18 655
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. Euro
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. Euro	3 403	3 424	3 700	3 567	3 121	3 467	3 630	3 433	3 243
* Energie	Mill. Euro
* darunter Auslandsumsatz	Mill. Euro	16 119	16 335	16 713	16 948	15 559	17 877	17 704	17 725	16 296
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (preisbereinigt) (2015 ± 100) ²										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung										
von Steinen und Erden	%	105,7	106,9	114,4	111,7	92,6	106,9	110,3	107,5	91,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	100,7	95,7	109,4	102,1	66,1	107,5	105,8	100,2	83,0
Verarbeitendes Gewerbe	%	105,7	107,0	114,4	111,7	92,7	107,0	110,3	107,6	91,7
Vorleistungsgüterproduzenten	%	107,7	110,2	118,7	113,1	88,6	108,3	112,4	108,7	85,1
Investitionsgüterproduzenten	%	105,1	106,2	112,5	112,1	95,6	106,2	108,3	106,7	94,1
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	102,8	103,6	113,5	108,3	93,0	108,8	114,6	109,2	99,4
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2015 ± 100) ²										
Verarbeitendes Gewerbe ³ insgesamt	%	110,8	114,9	117,6	117,2	122,6	114,5	106,0	105,3	103,0
Inland	%	109,9	108,0	107,4	108,9	96,9	94,8	100,3	102,7	95,0
Ausland	%	111,4	119,1	123,9	122,3	138,4	126,7	109,6	106,8	108,0
Vorleistungsgüterproduzenten	%	110,4	114,0	113,2	111,8	92,2	97,8	97,5	102,1	91,8
Investitionsgüterproduzenten	%	111,5	116,2	120,4	120,3	138,3	122,7	110,1	106,8	109,4
Gebrauchsgüterproduzenten	%	108,4	109,3	119,4	113,4	84,4	110,9	108,3	121,2	80,0
Verbrauchsgüterproduzenten	%	102,0	97,2	95,7	98,2	72,6	87,4	91,5	91,2	76,2

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch

spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.

3 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2017	2018	2018			2019			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ¹										
Tätige Personen (einschl. tätiger Inhaber) im Bauhauptgewerbe	1 000	87	91	94	94	92	99	99	99	97
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 341	8 742	11 015	10 236	6 591	10 855	11 347	10 592	7 121
davon Wohnungsbau	1 000	2 536	2 719	3 425	3 191	2 079	3 330	3 527	3 299	2 329
gewerblicher Bau	1 000	2 798	2 899	3 452	3 311	2 298	3 424	3 533	3 327	2 294
öffentlicher und Straßenbau	1 000	3 008	3 124	4 137	3 734	2 213	4 101	4 286	3 966	2 497
Entgelte	Mill. Euro	279,0	303,3	330,8	401,3	301,5	337,7	356,2	428,4	337,2
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. Euro	1 329,3	1 472,0	1 852,3	1 917,9	1 857,0	1 676,6	1 855,6	1 891,7	1 899,2
davon Wohnungsbau	Mill. Euro	360,7	403,6	496,5	507,8	484,4	450,0	518,1	514,7	548,1
gewerblicher Bau	Mill. Euro	529,9	589,0	706,5	767,9	772,7	626,7	665,1	697,3	722,2
öffentlicher und Straßenbau	Mill. Euro	438,7	479,4	649,2	642,2	599,9	599,9	672,4	679,8	628,9
Messzahlen (2010 ± 100)										
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	120,0	135,5	146,4	126,8	142,8	137,7	134,9	111,3	127,3
davon Wohnungsbau	Messzahl	117,8	125,4	134,7	109,7	122,6	131,1	157,5	121,4	169,6
gewerblicher Bau	Messzahl	114,1	136,9	131,2	170,5	191,0	137,3	123,0	110,8	113,6
öffentlicher und Straßenbau	Messzahl	128,5	139,0	173,6	91,1	104,6	143,7	129,7	103,5	108,0
darunter Straßenbau	Messzahl	136,1	150,3	125,7	86,4	104,7	153,5	91,4	81,3	109,6
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ³										
Tätige Personen (einschl. tätiger Inhaber) im Ausbau- gewerbe	1 000	65	64	.	.	64	68
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	19 644	19 058	.	.	19 569	20 691
Entgelte	Mill. Euro	539,7	551,9	.	.	604,3	600,1
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. Euro	2 059,3	2 149,5	.	.	2 837,2	2 434,8
Energie- und Wasserversorgung										
Betriebe	Anzahl	278	277	277	278	276	274	275	275	274
Beschäftigte	Anzahl	30 352	30 781	31 148	31 259	31 228	31 024	31 020	31 148	31 102
Geleistete Arbeitsstunden ⁴	1 000	3 591	3 655	3 990	3 931	3 123	3 610	3 926	3 817	3 188
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	138	145	133	239	135	133	136	241	137
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ...	Mill. kWh	4 554,1	3 565,3	3 372,3	3 593,7	3 950,6	3 472,6	3 748,3	3 790,1	...
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ...	Mill. kWh	4 332,8	3 390,6	3 190,0	3 404,9	3 749,8	3 305,1	3 565,1	3 601,3	...
darunter in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	594,1	541,2	413,8	628,7	730,9	326,9	457,9	632,5	...
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ...	Mill. kWh	1 129,8	1 018,1	863,0	1 210,1	1 471,2	634,2	888,0	1 312,2	...
Handwerk (Messzahlen)⁵										
Beschäftigte (Index) ⁶ (30.09.2009 ± 100)	Messzahl	104,0
Umsatz ⁷ (VjD 2009 ± 100) (ohne Umsatzsteuer)	Messzahl	152,7
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen⁸										
Wohngebäude ⁹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 271	2 233	2 232	2 017	1 697	2 096	2 286	2 203	...
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 948	1 907	1 914	1 758	1 440	1 773	1 936	1 845	...
Umbauter Raum	1 000 m³	3 159	3 142	3 102	2 638	2 252	3 182	3 205	3 394	...
Veranschlagte Baukosten	Mill. Euro	1 123	1 169	1 181	969	866	1 225	1 235	1 369	...
Wohnfläche	1 000 m²	553	550	541	454	389	563	563	601	...
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	661	663	700	595	453	617	656	605	...
Umbauter Raum	1 000 m³	4 441	4 790	4 628	6 839	3 901	5 238	3 521	3 810	...
Veranschlagte Baukosten	Mill. Euro	762	867	797	934	601	866	835	732	...
Nutzfläche	1 000 m²	658	686	678	792	510	672	551	572	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	6 248	6 109	6 069	4 770	4 424	6 432	6 423	7 057	...
Wohnräume ¹⁰ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	23 698	23 248	23 185	19 055	16 869	24 070	24 256	25 262	...
		2017	2018 ¹¹	2018 ¹¹			2019 ¹¹			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹²	Mill. Euro	14 946,9	15 488,3	15 180,1	16 726,1	16 632,9	13 882,8	16 351,0	16 677,8	16 130,0
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. Euro	833,6	806,3	741,0	815,2	784,9	765,1	823,4	824,9	812,8
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. Euro	13 416,0	13 800,9	13 256,1	14 632,4	14 586,1	12 064,4	14 339,1	14 620,8	14 117,4
davon Rohstoffe	Mill. Euro	935,4	1 142,5	1 204,2	1 034,9	1 043,7	864,3	1 059,9	1 086,7	1 172,4
Halbwaren	Mill. Euro	555,1	555,0	521,3	654,1	643,5	473,9	466,1	497,1	469,3
Fertigwaren	Mill. Euro	11 925,4	12 103,4	11 530,6	12 943,4	12 899,0	10 726,2	12 813,1	13 037,0	12 475,7
davon Vorerzeugnisse	Mill. Euro	947,5	1 013,9	987,6	999,8	979,0	806,0	916,8	955,9	995,1
Enderzeugnisse	Mill. Euro	10 977,8	11 089,5	9 750,0	10 543,1	11 943,6	9 920,2	11 896,3	12 081,2	11 480,6

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

- 1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen.
- 2 Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Bis 2017 Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit 23 und mehr tätigen Personen; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.).
- 3 Am Ende des Berichtsvierteljahres.
- 4 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.
- 5 Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung.

- 6 Am Ende des Kalendervierteljahres.
- 7 Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.).
- 8 Die Monatsergebnisse sind vorläufig, da diese keine Tektoren (nachträgliche Baugenehmigungsänderungen) enthalten.
- 9 Einschl. Wohnheime.
- 10 Wohnräume mit jeweils mindestens 6 m² Wohnfläche sowie abgeschlossene Küchen.
- 11 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
- 12 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2017	2018 ¹	2018 ¹			2019 ¹			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter aus ²										
* Europa	Mill. Euro	10 367,1	10 930,8	10 614,1	11 925,8	12 164,1	9 181,6	11 715,9	11 663,7	11 478,0
* darunter aus EU-Ländern ³ insgesamt	Mill. Euro	9 148,2	9 635,2	9 346,6	10 461,0	10 755,5	8 045,2	10 327,5	10 195,0	10 018,3
darunter aus Belgien	Mill. Euro	361,6	363,5	334,3	368,2	394,7	317,1	370,6	386,4	352,2
Bulgarien	Mill. Euro	54,9	62,2	55,4	62,4	61,6	55,6	64,7	64,4	66,7
Dänemark	Mill. Euro	69,2	69,0	71,2	78,7	75,3	67,3	79,0	82,0	80,1
Finnland	Mill. Euro	47,4	45,1	42,1	47,6	49,9	35,0	47,5	49,9	40,4
Frankreich	Mill. Euro	637,8	720,2	656,1	755,8	899,0	506,9	663,2	680,6	651,1
Griechenland	Mill. Euro	37,2	37,6	35,2	35,9	33,3	35,3	37,3	45,1	37,4
Irland	Mill. Euro	118,4	112,0	90,6	110,0	124,3	79,3	92,8	87,6	195,5
Italien	Mill. Euro	977,1	1 033,2	955,5	1 156,1	1 065,4	793,7	976,5	1 087,6	1 017,8
Luxemburg	Mill. Euro	23,4	29,2	25,9	30,6	28,5	21,6	25,2	25,4	26,4
Niederlande	Mill. Euro	765,1	823,9	818,0	904,4	888,0	697,0	875,5	866,4	772,8
Österreich	Mill. Euro	1 328,3	1 362,4	1 404,7	1 468,2	1 459,7	1 111,0	1 419,9	1 434,9	1 321,5
Polen	Mill. Euro	907,4	1 002,9	1 007,0	1 071,2	1 233,6	826,2	1 023,5	1 062,4	1 174,8
Portugal	Mill. Euro	88,8	117,1	119,7	133,0	131,4	102,5	132,3	136,8	123,1
Rumänien	Mill. Euro	301,5	322,0	316,2	349,7	343,8	242,5	313,1	317,5	287,7
Schweden	Mill. Euro	122,7	126,7	128,9	138,6	144,9	106,0	125,1	125,3	122,6
Slowakei	Mill. Euro	334,0	368,2	404,9	433,6	450,2	608,8	775,6	395,5	348,2
Slowenien	Mill. Euro	101,5	111,0	109,0	130,8	132,6	84,4	124,4	116,1	107,0
Spanien	Mill. Euro	325,1	319,3	281,7	308,0	318,3	213,4	290,8	324,6	299,5
Tschechien	Mill. Euro	1 198,5	1 242,0	1 245,3	1 462,8	1 486,0	1 006,1	1 261,6	1 340,8	1 417,5
Ungarn	Mill. Euro	761,4	806,3	667,2	804,8	813,2	586,8	1 027,1	927,7	969,0
Vereinigtes Königreich	Mill. Euro	498,6	461,3	473,5	503,1	518,9	453,9	492,8	527,5	500,9
Russische Föderation	Mill. Euro	333,5	394,6	394,0	447,6	457,9	251,2	437,6	466,4	478,1
* Afrika	Mill. Euro	304,0	344,8	350,9	359,1	450,6	399,7	387,2	394,9	398,8
* darunter aus Südafrika	Mill. Euro	71,1	49,1	63,5	61,1	80,3	119,4	26,5	46,4	72,6
* Amerika	Mill. Euro	1 154,8	974,9	1 016,6	1 031,2	991,9	1 077,1	1 052,9	1 176,6	1 009,7
* darunter aus den USA	Mill. Euro	978,7	802,5	854,5	870,8	829,3	921,8	887,1	993,4	841,7
* Asien	Mill. Euro	3 084,1	3 211,3	3 166,5	3 375,2	2 997,7	3 192,2	3 161,9	3 409,0	3 209,0
* darunter aus der Volksrepublik China	Mill. Euro	1 291,1	1 360,8	1 329,7	1 543,2	1 385,9	1 472,0	1 467,2	1 563,9	1 499,0
Japan	Mill. Euro	281,4	290,3	299,0	281,4	297,3	264,2	309,0	306,1	297,9
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. Euro	13,2	13,4	32,1	34,8	28,5	32,2	33,1	33,6	34,6
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel)⁴	Mill. Euro	15 891,3	15 879,2	15 193,4	16 896,6	16 409,6	13 317,5	16 209,8	17 320,9	16 389,0
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. Euro	790,8	780,0	719,2	792,3	785,4	751,4	771,7	832,4	807,0
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. Euro	14 897,6	14 757,1	13 911,8	15 498,2	15 033,5	12 074,1	14 857,8	15 893,2	15 017,6
* davon Rohstoffe	Mill. Euro	81,5	81,0	79,9	77,4	75,3	65,2	66,9	74,1	64,5
* Halbwaren	Mill. Euro	605,1	622,7	589,7	651,1	571,6	567,0	604,7	642,4	589,9
* Fertigwaren	Mill. Euro	14 210,9	14 053,5	13 242,2	14 769,7	14 386,6	11 442,0	14 186,2	15 176,7	14 363,2
* davon Vorerzeugnisse	Mill. Euro	1 122,3	1 166,9	1 139,3	1 230,0	1 145,7	993,4	1 091,5	1 134,0	1 035,3
* Enderzeugnisse	Mill. Euro	13 088,6	12 887,0	12 102,9	13 539,8	13 240,9	10 448,6	13 094,7	14 042,7	13 327,9
darunter ² nach										
* Europa	Mill. Euro	10 088,9	10 137,7	9 690,7	10 861,3	10 707,7	8 365,4	10 515,5	11 297,6	10 848,5
* darunter in EU-Länder ³ insgesamt	Mill. Euro	8 887,2	8 955,2	8 568,8	9 620,2	9 507,8	7 305,9	9 296,3	9 978,7	9 561,8
darunter nach Belgien	Mill. Euro	448,0	435,4	386,7	462,8	465,9	348,7	474,4	487,3	490,9
Bulgarien	Mill. Euro	43,7	44,9	41,5	46,9	48,7	36,4	45,1	48,7	43,7
Dänemark	Mill. Euro	129,1	130,9	110,0	134,7	128,9	112,2	132,9	149,4	134,4
Finnland	Mill. Euro	109,6	103,9	99,9	108,7	103,5	106,2	111,6	116,0	100,9
Frankreich	Mill. Euro	1 085,7	1 115,7	1 031,2	1 265,9	1 266,6	886,4	1 155,0	1 268,0	1 250,4
Griechenland	Mill. Euro	45,0	45,1	42,1	49,3	54,5	37,2	45,8	57,3	57,2
Irland	Mill. Euro	66,0	61,2	56,3	57,6	62,3	64,0	60,0	44,1	52,2
Italien	Mill. Euro	1 045,0	1 041,8	973,9	1 125,5	1 125,9	724,9	1 087,8	1 128,9	1 080,7
Luxemburg	Mill. Euro	49,0	53,0	45,2	46,3	51,8	38,4	50,0	64,9	55,5
Niederlande	Mill. Euro	533,9	549,6	524,5	568,0	560,8	486,9	632,9	685,8	602,8
Österreich	Mill. Euro	1 219,8	1 246,3	1 234,4	1 351,0	1 299,0	1 109,2	1 244,7	1 382,6	1 237,0
Polen	Mill. Euro	579,5	641,2	663,4	718,1	675,1	560,9	681,1	743,4	724,4
Portugal	Mill. Euro	110,3	104,8	98,1	100,2	107,3	73,2	111,3	118,4	113,7
Rumänien	Mill. Euro	211,9	227,2	218,3	249,1	232,6	218,9	251,5	275,4	274,0
Schweden	Mill. Euro	297,8	280,7	269,5	314,3	319,6	226,1	295,1	333,8	280,2
Slowakei	Mill. Euro	191,4	202,0	214,3	222,2	218,1	184,8	207,7	216,8	195,0
Slowenien	Mill. Euro	75,6	77,9	73,7	83,2	84,9	71,2	78,2	82,6	76,7
Spanien	Mill. Euro	519,9	514,6	481,0	573,0	528,0	347,1	435,6	512,5	458,4
Tschechien	Mill. Euro	536,2	564,9	560,9	623,0	588,9	506,2	629,8	615,4	803,1
Ungarn	Mill. Euro	316,6	323,4	309,6	333,1	373,0	307,3	362,7	356,8	368,6
Vereinigtes Königreich	Mill. Euro	1 153,3	1 067,2	1 017,2	1 059,0	1 079,9	744,2	1 078,0	1 160,3	1 038,6
Russische Föderation	Mill. Euro	259,1	265,7	277,1	306,4	276,5	246,3	289,0	304,2	269,1
* Afrika	Mill. Euro	222,0	212,4	215,5	248,0	212,7	188,2	228,6	251,3	226,4
darunter nach Südafrika	Mill. Euro	85,9	85,8	101,2	106,3	73,9	85,7	86,6	72,8	65,8
* Amerika	Mill. Euro	2 359,7	2 325,4	2 263,6	2 540,4	2 410,7	2 104,4	2 268,7	2 325,4	2 261,8
darunter in die USA	Mill. Euro	1 791,6	1 774,1	1 753,1	1 986,0	1 895,5	1 577,2	1 785,7	1 794,6	1 786,6
* Asien	Mill. Euro	3 073,2	3 051,1	2 866,9	3 088,4	2 926,8	2 533,7	3 058,6	3 295,7	2 923,0
darunter in die Volksrepublik China	Mill. Euro	1 334,1	1 406,4	1 302,3	1 467,6	1 407,4	1 132,6	1 420,3	1 638,0	1 369,3
nach Japan	Mill. Euro	311,8	312,2	325,1	333,8	295,5	277,1	329,2	365,1	263,1
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. Euro	134,9	147,4	156,7	158,6	151,7	125,8	138,5	151,1	129,3

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.

3 EU 28.

4 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsresultat“.

Bezeichnung	Einheit	2017 ¹	2018 ¹	2018 ¹			2019 ¹			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Großhandel (2015 ± 100)^{2,3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	Messzahl	109,5	116,6	130,2	126,8	115,9	124,3	131,5	124,9	.
* Index der Großhandelsumsätze real	Messzahl	107,9	112,7	124,4	121,3	112,5	121,6	128,7	122,8	.
* Index der Beschäftigten im Großhandel	Messzahl	102,8	104,7	105,9	106,1	105,7	107,1	107,3	107,2	.
Einzelhandel (2015 ± 100)^{2,4}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	Messzahl	113,0	116,5	122,9	132,7	140,1	116,8	126,8	137,5	148,6
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁵	Messzahl	109,2	111,8	116,5	115,1	130,7	108,0	119,9	121,4	131,5
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁵	Messzahl	108,3	111,0	117,1	112,5	126,7	112,7	123,8	117,7	130,3
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁵	Messzahl	109,2	113,1	119,9	118,5	124,5	115,1	128,9	124,8	131,9
Sonstiger Facheinzelhandel ⁵	Messzahl	105,7	108,1	116,1	112,9	124,7	112,0	121,6	119,6	128,3
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	Messzahl	139,5	148,5	157,2	204,9	190,3	152,8	160,8	207,7	224,9
* Index der Einzelhandelsumsätze real	Messzahl	111,3	113,7	118,9	129,0	136,8	113,2	122,6	133,1	144,2
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	Messzahl	103,4	104,2	105,3	105,7	105,6	106,1	106,2	107,1	106,8
Kfz-Handel (2015 ± 100)^{2,6}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	Messzahl	111,9	115,7	124,6	120,5	100,0	113,7	134,8	124,4	.
* Index der Umsätze im Kfz-Handel real	Messzahl	109,2	111,5	119,8	115,3	95,4	107,6	127,4	117,0	.
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	Messzahl	105,1	107,2	109,1	108,9	108,1	110,2	110,4	110,3	.
Gastgewerbe (2015 ± 100)²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	Messzahl	105,5	112,6	126,9	104,1	114,1	131,1	128,7	106,7	116,1
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	Messzahl	105,2	110,6	134,3	101,5	105,6	134,2	132,2	101,7	106,1
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	Messzahl	201,3	219,2	287,6	219,4	191,6	253,6	261,9	223,1	191,9
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	Messzahl	105,2	114,5	120,1	105,2	122,8	126,0	124,7	110,0	125,3
Sonstiges Gaststättengewerbe	Messzahl	105,1	113,9	121,1	104,0	121,9	128,3	125,6	108,0	123,6
Kantinen und Caterer	Messzahl	106,0	111,5	124,5	120,0	114,2	125,5	127,1	125,7	124,0
* Index der Gastgewerbeumsätze real	Messzahl	101,1	105,7	118,1	97,1	106,5	118,8	116,7	96,9	105,5
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	Messzahl	102,9	105,3	108,5	101,8	102,6	111,7	109,0	103,8	104,1
Fremdenverkehr⁷										
* Gästeankünfte	1 000	3 107	3 260	3 590	2 630	2 582	3 906	3 696	2 660	2674
* darunter Auslandsgäste	1 000	782	828	845	609	695	961	839	609	724
* Gästeübernachtungen	1 000	7 864	8 225	9 034	6 149	6 361	9 865	9 331	6 259	6583
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 594	1 708	1 766	1 290	1 461	1 972	1 787	1 309	1544
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁸	Anzahl	68 008	69 055	59 594	61 710	50 245	55 507	67 443	67 010	62 484
darunter Krafträder ⁹	Anzahl	3 104	3 343	1 709	850	684	2 577	1 930	939	636
* Personenkraftwagen und sonst. „M1“-Fahrzeuge ...	Anzahl	58 414	59 123	49 786	53 598	43 428	46 994	58 098	58 688	56 138
* Lastkraftwagen	Anzahl	4 574	4 777	6 291	5 566	4 141	4 190	5 555	5 692	4 161
* Zugmaschinen	Anzahl	1 519	1 403	1 429	1 265	1 514	1 364	1 441	1 169	1 067
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	276	293	269	286	276	290	328	399	363
Beförderte Personen im Schienenbahn- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insg. (Quartalsergebnisse) ¹⁰	1 000	110 314	110 193	.	.	340 580	313 994
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen ...	1 000	94 443	94 432	.	.	290 588	270 077
private Unternehmen	1 000	15 871	15 760	.	.	49 993	43 917
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹¹	Anzahl	33 746	34 188	37 343	33 833	32 772	34 819	37 402	32 635	...
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 428	4 497	5 192	3 673	3 370	4 787	4 547	3 211	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	29 318	29 691	32 151	30 160	29 402	30 032	32 855	29 424	...
* Getötete Personen ¹²	Anzahl	51	52	65	46	39	50	52	28	...
* Verletzte Personen	Anzahl	5 805	5 858	6 735	4 874	4 654	6 073	5 778	4 189	...
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	1 861	1 931	2 160	1 809	1 643	2 218	2 210	1 800	...
Abgang	1 000	1 850	1 919	2 191	1 719	1 673	2 384	2 229	1 710	...
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	174	185	230	164	138	207	210	150	...
Abgang	1 000	173	184	211	145	147	233	198	133	...
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	50	62	69	59	62	39	86	61	...
Abgang	1 000	49	62	66	53	65	48	82	55	...
Eisenbahnverkehr¹³										
Güterempfang	1 000 t	2 281	2 446	2 559	2 490	2 091	2 473	2 659	2 446	...
Güterversand	1 000 t	1 872	2 136	2 027	1 959	1 603	2 022	2 295	2 063	...
Binnenschifffahrt¹⁴										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	389	314	283	203	219	410	458	426	...
davon auf dem Main	1 000 t	203	170	168	128	139	208	252	207	...
auf der Donau	1 000 t	187	144	115	75	80	202	206	220	...
* Güterversand insgesamt	1 000 t	269	231	204	163	165	339	365	387	...
davon auf dem Main	1 000 t	180	170	158	131	135	208	248	244	...
auf der Donau	1 000 t	89	61	46	32	30	131	118	143	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.
2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden

(ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.
3 Einschließlich Handelsvermittlung.
4 Einschließlich Tankstellen.
5 In Verkaufsräumen.
6 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.
7 Abschneidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

8 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.
9 Einschließlich Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.
10 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.
11 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.
12 Einschließlich der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.
13 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.
14 Ab Januar 2019 werden Schifffahrtsergebnisse an den Häfen des Main-Donau-Kanals nicht mehr dem Main- sondern dem Donauegebiet zugeordnet.

Bezeichnung	Einheit	2017	2018	2018			2019			
		Monatsdurchschnitt ¹		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2, 3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. Euro	520932r	543 093	.	.	553 562	586 171
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. Euro	454164r	465 941	.	.	470 938	491 761
davon kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. Euro	51044r	56 430	.	.	56 408	67 095
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. Euro	47 674	53 318	.	.	53 868	63 839
inländ. öffentliche Haushalte ⁶	Mill. Euro	3 369	3 112	.	.	2 540	3 256
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. Euro	68798r	69 645	.	.	71 215	77 528
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. Euro	67118r	68 196	.	.	69 815	75 999
inländ. öffentliche Haushalte ⁶	Mill. Euro	1 681	1 450	.	.	1 400	1 529
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. Euro	401 090	417 018	.	.	425 939	441 548
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. Euro	371244r	388 809	.	.	398 072	415 140
inländ. öffentliche Haushalte ⁶	Mill. Euro	29847r	28 209	.	.	27 867	26 408
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. Euro	640 191	660 407	.	.	673 984	689 497
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. Euro	521 485	542 361	.	.	556 083	572 323
davon von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. Euro	485 300	504 654	.	.	519 265	529 582
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. Euro	36 185	37 708	.	.	36 818	42 741
Spareinlagen	Mill. Euro	118 707	118 046	.	.	117 901	117 174
darunter bei Sparkassen	Mill. Euro	45 401	44 741	.	.	44 480	43 653
bei Kreditbanken	Mill. Euro	25 823	25 560	.	.	25 401	25 844
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 057	1 013	1 014	996	870	881	1 027	845	739
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	85	83	84	94	57	83	88	69	60
davon Unternehmen	Anzahl	213	204	229	215	165	202	226	183	196
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	58	57	63	69	37	62	64	44	36
Verbraucher	Anzahl	585	546	540	564	487	422	481	399	326
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	1	2	–	2	1	3	1	1
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	215	207	180	174	171	187	228	220	180
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	15	15	10	19	7	8	12	9	17
sonstige natürliche Personen, Nachlässe	Anzahl	44	56	65	43	47	70	92	43	37
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	11	10	9	6	11	12	9	15	6
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 Euro	240 337	386 344	154 501	381 899	124 057	157 104	406 823	2 103 544	140 496
davon Unternehmen	1 000 Euro	154 838	293 167	91 364	81 576	72 302	109 940	342 458	95 279	97 290
Verbraucher	1 000 Euro	28 346	27 056	23 201	27 495	26 865	18 594	20 890	23 173	14 933
ehemals selbstständig Tätige	1 000 Euro	35 703	39 506	32 517	34 104	21 847	23 075	35 254	31 801	24 649
sonstige natürliche Personen, Nachlässe	1 000 Euro	21 450	26 616	7 421	238 724	3 044	5 495	8 221	1 953 291	3 624
Öffentliche Sozialleistungen										
(Daten der Bundesanstalt für Arbeit)										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	114,9	110,2	97,2	100,5	110,3	109,9	107,5	111,9	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I ¹¹	Mill. Euro	192,7	189,3	168,3	169,2	169,8	205,9	199,9	197,1	200,3
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) ¹²										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	246,5	229,7	221,0	219,0	217,7	206,5	204,9
Personen in Bedarfsgemeinschaften	1 000	468,1	443,6	428,8	424,5	422,3	403,2	400,4
darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	319,6	298,6	286,7	283,7	282,3	267,8	265,4
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	124,9	120,9	118,1	116,7	116,2	111,6	111,4
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ☆	Mill. Euro
davon Steuern vom Einkommen	Mill. Euro	5 871,7	6 313,5	3 749,8	3 760,4	11 352,1	8 769,5	4 290,9	3 959,0	11 516,1
davon Lohnsteuer	Mill. Euro	3 766,8	3 996,4	3 636,6	3 618,5	5 926,7	3 755,1	3 818,9	3 781,4	6 086,7
veranlagte Einkommensteuer	Mill. Euro	1 077,3	1 080,8	- 130,7	- 107,6	3 318,4	3 130,0	- 43,0	- 26,4	3 573,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. Euro	488,5	539,6	238,6	153,8	473,4	222,2	333,1	162,1	469,1
Abgeltungsteuer	Mill. Euro	81,2	81,1	50,5	90,6	58,0	38,1	58,3	105,7	67,4
Körperschaftsteuer	Mill. Euro	457,9	615,6	- 45,2	5,1	1 575,6	1 624,1	123,6	- 63,8	1 319,6
Steuern vom Umsatz ☆	Mill. Euro
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. Euro	2 367,7	2 515,2	2 495,8	2 491,9	2 761,2	2 849,6	2 550,1	2 740,0	2 790,6
Einfuhrumsatzsteuer ☆	Mill. Euro
Bundessteuern ☆	Mill. Euro
darunter Verbrauchsteuern	Mill. Euro
darunter Mineralölsteuer	Mill. Euro
Solidaritätszuschlag	Mill. Euro
Landessteuern	Mill. Euro	310,4	353,0	372,9	330,2	428,7	381,8	395,2	296,8	419,2
darunter Erbschaftsteuer	Mill. Euro	120,2	151,1	185,5	118,6	226,0	140,4	157,8	69,3	156,5
Grunderwerbsteuer	Mill. Euro	148,8	159,2	162,3	172,5	157,7	185,8	218,5	186,8	209,1
Biersteuer	Mill. Euro	12,7	12,6	12,3	14,0	5,4	12,0	13,7	11,2	10,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand am Jahres- bzw. Quartalsende.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen).

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen Nichtbanken.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

12 Daten nach Revision und Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2017	2018	2018			2019			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1,2,3}	Mill. Euro	976,0	1 041,5	.	.	2 876,5	2 817,8
darunter Grundsteuer A	Mill. Euro	7,2	7,2	.	.	19,1	23,1
Grundsteuer B	Mill. Euro	146,5	148,5	.	.	400,6	458,8
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. Euro	817,4	880,5	.	.	2 449,8	2 328,3
Steuereinnahmen des Bundes ☆	Mill. Euro
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. Euro	2 342,2	2 546,3	1 401,6	1 405,3	4 773,4	3 651,1	1 515,1	1 480,3	4 802,1
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. Euro
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6}	Mill. Euro	33,3	35,1	107,5	0,0	110,5	0,0	90,9	0,0	93,8
Steuereinnahmen des Landes ☆	Mill. Euro
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. Euro	2 317,4	2 527,3	1 401,6	1 431,7	4 773,4	3 651,1	1 515,1	1 278,7	4 802,1
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. Euro
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6,7}	Mill. Euro	124,1	130,4	383,3	15,6	410,0	0,0	302,4	8,0	320,4
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2,3,4}	Mill. Euro	1 560,1	1 670,8	.	.	3 783,4	4 880,8
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4,8}	Mill. Euro	657,2	687,6	461,9	444,8	1 323,5	962,6	498,0	396,1	1 380,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. Euro	81,9	105,9	.	.	646,9	346,4
Gewerbesteuer (netto) ^{1,9}	Mill. Euro	660,7	715,5	.	.	1 386,3	1 861,5
Verdienste		2017	2018	2018			2019			
		Jahreswert		2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
* Bruttomonatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	4 399	4 575	4 082	4 097	4 141	4 140	4 213	4 216	...
männlich	Euro	4 671	4 866	4 310	4 322	4 369	4 357	4 431	4 434	...
weiblich	Euro	3 724	3 858	3 517	3 541	3 578	3 605	3 672	3 675	...
Leistungsgruppe 1 ¹²	Euro	8 538	8 792	7 358	7 398	7 429	7 538	7 639	7 629	...
Leistungsgruppe 2 ¹²	Euro	5 192	5 398	4 800	4 840	4 870	4 846	4 923	4 947	...
Leistungsgruppe 3 ¹²	Euro	3 468	3 609	3 318	3 341	3 375	3 341	3 421	3 433	...
Leistungsgruppe 4 ¹²	Euro	2 856	2 957	2 749	2 760	2 788	2 721	2 793	2 792	...
Leistungsgruppe 5 ¹²	Euro	2 385	2 471	2 344	2 348	2 387	2 316	2 368	2 365	...
Produzierendes Gewerbe	Euro	4 711	4 870	4 289	4 284	4 336	4 283	4 351	4 359	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	3 733	3 729	3 468	3 505	3 545	3 507	(3 574)	(3 628)	...
Verarbeitendes Gewerbe	Euro	4 924	5 080	4 440	4 420	4 480	4 466	4 499	4 501	...
Energieversorgung	Euro	5 478	5 636	4 910	4 996	4 995	4 964	5 020	5 083	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	Euro	3 638	3 727	3 438	3 517	3 515	3 517	3 600	3 595	...
Baugewerbe	Euro	3 585	3 829	3 532	(3 587)	3 615	3 305	3 600	3 656	...
Dienstleistungsbereich	Euro	4 200	4 378	3 942	3 971	4 010	4 044	4 120	4 120	...
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	Euro	4 076	4 350	3 829	3 816	3 895	3 882	3 927	3 930	...
Verkehr und Lagerei	Euro	3 311	(3 442)	3 151	3 155	(3 170)	3 027	3 085	3 126	...
Gastgewerbe	Euro	2 530	2 644	2 519	2 533	2 576	2 517	2 580	2 564	...
Information und Kommunikation	Euro	5 687	5 855	5 224	5 212	5 262	5 486	5 448	5 619	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	Euro	6 285	6 623	5 439	5 517	5 558	5 485	5 531	5 557	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	Euro	(5 195)	(5 675)	(4 444)	4 522	4 533	4 579	4 666	4 687	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	Euro	5 476	5 732	5 004	5 027	5 076	5 138	5 201	5 207	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Euro	2 796	2 917	2 776	2 781	2 828	2 937	3 020	2 998	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Euro	3 921	3 978	3 712	3 806	3 812	3 782	3 963	3 901	...
Erziehung und Unterricht	Euro	4 408	4 564	4 299	4 338	4 343	4 336	4 559	4 477	...
Gesundheits- und Sozialwesen	Euro	4 076	4 093	3 820	3 879	3 854	3 918	3 995	4 015	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	Euro	(4 315)	(3 949)	(3 622)	(3 715)	(3 779)	(4 462)	4 428	4 517	...
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	3 963	(4 135)	(3 816)	(3 822)	(3 856)	(3 774)	3 764	(3 745)	...
Preise		2015	2016	2017	2018	2019	2019			2020
		Durchschnitt ¹³					Januar	November	Dezember	Januar
* Verbraucherpreisindex (2010 ± 100)										
Gesamtindex	%	100,0	100,6	102,2	104,2	105,8	103,9	105,8	106,3	105,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	100,0	100,8	103,4	106,0	107,5	106,2	108,1	108,7	109,4
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	100,0	102,5	105,1	108,2	110,4	108,7	111,4	111,3	111,1
Bekleidung und Schuhe	%	100,0	100,9	101,8	102,6	104,3	97,4	108,5	106,4	99,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	100,0	100,3	101,9	104,1	106,4	105,8	107,0	107,0	107,3
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,0	100,8	101,3	102,4	103,3	103,1	103,8	104,1	103,8
Gesundheitspflege	%	100,0	101,0	102,2	102,8	104,2	103,7	104,6	104,7	105,4
Verkehr	%	100,0	99,0	101,9	105,5	106,3	104,8	106,4	106,7	107,1
Nachrichtenübermittlung	%	100,0	98,7	97,5	96,5	95,9	96,2	95,8	95,8	95,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,0	100,6	101,9	103,3	104,1	96,7	99,3	103,6	97,1
Bildungswesen	%	100,0	103,1	104,9	107,5	101,7	109,4	95,1	95,0	95,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	100,0	102,2	104,1	106,7	109,3	107,6	109,8	110,1	110,5
Andere Waren und Dienstleistungen	%	100,0	102,3	102,3	103,5	105,6	104,4	106,4	106,4	106,5
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	100,0	101,4	102,6	104,3	106,0	103,0	104,6	106,2	104,0
Nettokaltmiete	%	100,0	101,6	103,3	105,2	106,9	106,2	107,5	107,6	107,8

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steuereinkommen der Landkreise.
4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.
11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.

12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2017	2018	2019	2019			2020
		Durchschnitt ¹					Mai	August	November	Februar
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke² (2015 ± 100)										
Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	100,0	102,1	105,5	110,4	115,4	115,0	115,8	116,5	...
davon Rohbauarbeiten	%	100,0	102,1	105,8	111,5	117,2	116,9	117,7	118,3	...
Ausbauarbeiten	%	100,0	102,0	105,2	109,6	113,9	113,5	114,4	115,1	...
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	100,0	101,3	103,4	106,5	109,7	109,4	109,8	110,6	...
Bürogebäude	%	100,0	102,0	105,5	110,4	115,2	114,8	115,7	116,3	...
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	100,0	102,0	105,5	110,3	115,3	114,9	115,7	116,4	...
Straßenbau	%	100,0	100,8	103,2	107,3	112,1	111,8	112,5	112,9	...
		2014	2015	2016	2017	2018	2018	2019		
Baulandpreise je m²		Durchschnitt ¹					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Baureifes Land	Euro	234,86	235,17	261,25	315,07	313,96	349,57	263,30	269,11	328,93
Rohbauland	Euro	50,19	50,93	56,68	74,16	159,34	56,25	.	.	137,45
Sonstiges Bauland	Euro	67,30	68,30	83,24	80,57	101,57	99,89	52,45	128,10	85,48

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2017	2018	2019	2019			2020
		Durchschnitt ¹					Januar	November	Dezember	Januar
Verbraucherpreisindex (2010 ± 100)										
Gesamtindex	%	100,0	100,5	102,0	103,8	105,3	103,4	105,3	105,8	105,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	100,0	100,8	103,6	106,0	107,2	106,6	107,6	108,1	109,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	100,0	102,2	104,7	108,0	110,7	108,9	111,8	111,5	111,9
Bekleidung und Schuhe	%	100,0	100,8	101,4	101,7	103,1	98,0	106,7	105,6	99,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe ..	%	100,0	100,0	101,2	103,0	104,9	104,1	105,4	105,5	106,0
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,0	100,6	101,1	101,8	102,6	102,2	103,2	103,4	103,3
Gesundheitspflege	%	100,0	101,1	102,5	103,4	104,5	103,9	104,8	104,8	105,3
Verkehr	%	100,0	99,1	101,9	105,2	106,5	104,4	106,6	106,9	107,2
Nachrichtenübermittlung	%	100,0	98,8	97,6	96,6	95,9	96,2	95,8	95,8	95,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,0	100,7	102,1	103,4	104,0	96,8	99,2	103,4	96,8
Bildungswesen	%	100,0	101,9	102,7	103,6	103,3	104,4	102,4	102,3	102,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	100,0	102,2	104,4	106,7	109,4	107,6	110,1	110,2	110,5
Andere Waren und Dienstleistungen	%	100,0	102,2	102,4	103,6	105,9	104,8	106,9	106,8	106,9
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2015 ± 100)	%	100,0	96,7	100,1	102,7	101,7	102,2	101,5	101,7	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2015 ± 100)	%	100,0	99,0	100,7	101,9	102,4	102,2	102,4	102,5	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2015 ± 100)	%	100,0	98,4	101,1	103,7	104,8	105,1	104,4	104,5	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	100,0	98,5	102,4	105,2	104,9	105,6	103,5	103,6	...
Investitionsgüterproduzenten	%	100,0	100,6	101,8	103,1	104,6	104,1	104,9	104,9	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	100,0	100,6	103,6	104,3	106,1	104,5	107,0	107,8	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	100,0	101,1	102,2	103,9	105,4	104,9	105,7	105,7	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	100,0	100,6	103,8	104,4	106,2	104,5	107,2	108,2	...
Energie	%	100,0	94,1	96,6	101,9	104,0	105,7	103,0	102,6	...
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 ± 100)	%	100,0	98,7	108,6	109,0	...	118,5p	112,1
Pflanzliche Erzeugung	%	100,0	101,2	101,7	112,4	...	135,2p	107,0
Tierische Erzeugung	%	100,0	97,1	112,9	106,9	...	107,7p	115,3
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2015 ± 100)	%	100,0	98,8	102,0	104,8	104,7	104,5	103,8	103,8	...
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	100,0	101,1	103,2	105,5	106,9	105,4	106,5	106,9	...
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	100,0	88,8	99,7	111,2	107,4	104,7	105,0	103,7	...
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen (2010 ± 100)	%	100,0	100,6	102,0	103,5	104,5	103,4	105,2r	105,2	105,0
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	100,0	100,6	102,6	104,6	105,3	104,5	106,0	106,1	106,6
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	100,0	101,2	103,0	105,3	107,1	106,0	107,7	107,9	108,8
Kraftfahrzeughandel	%	100,0	101,3	102,7	104,2	106,3	105,5	107,0	107,3	107,3

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

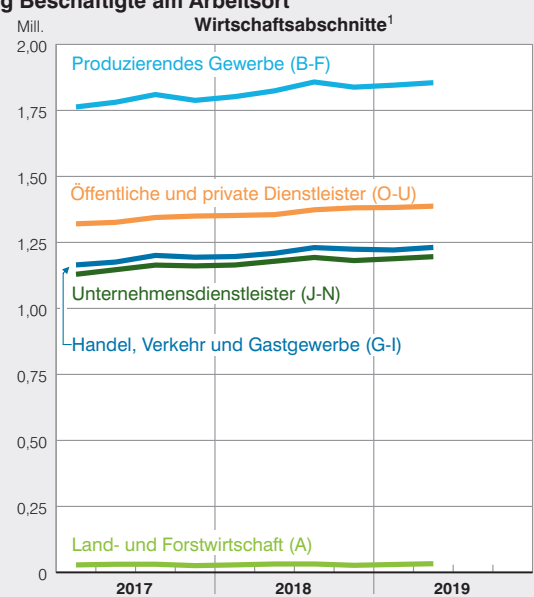
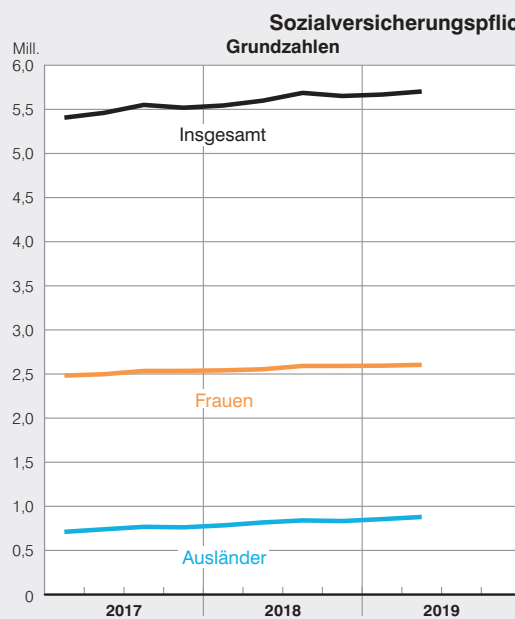
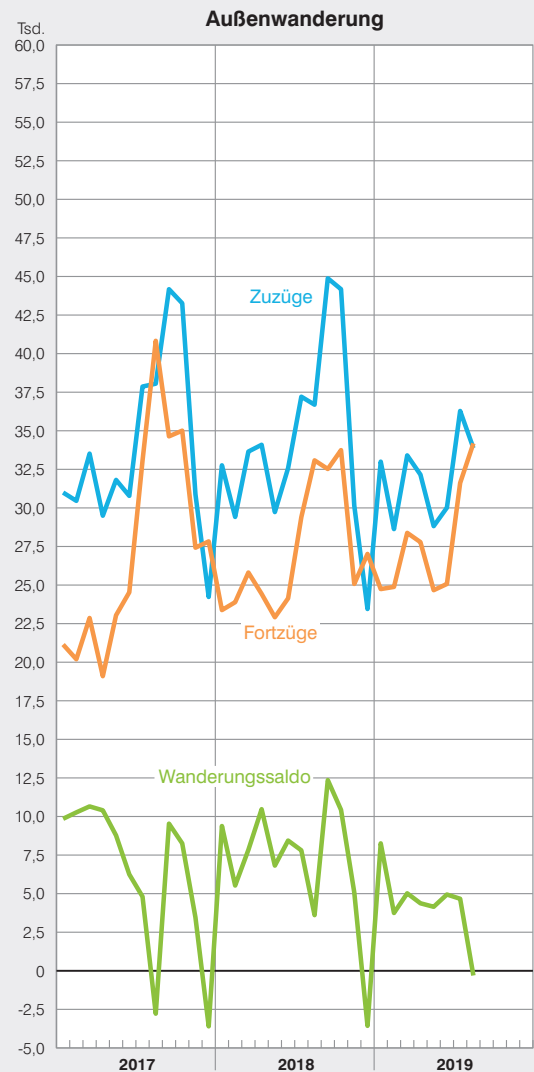
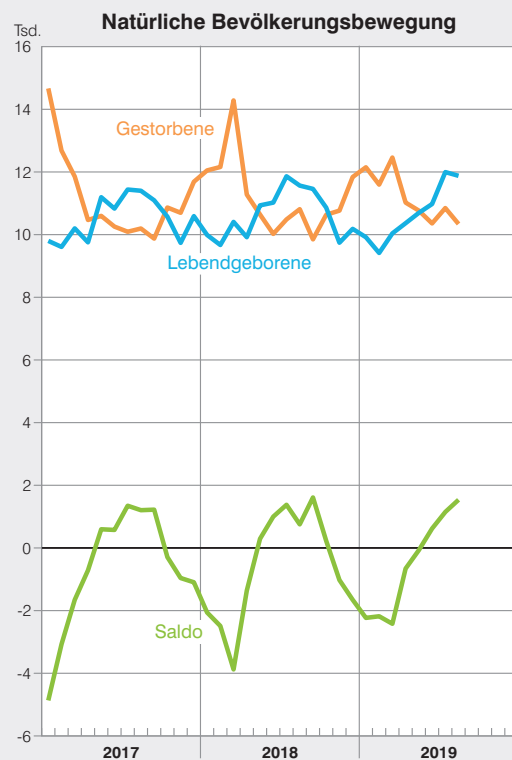
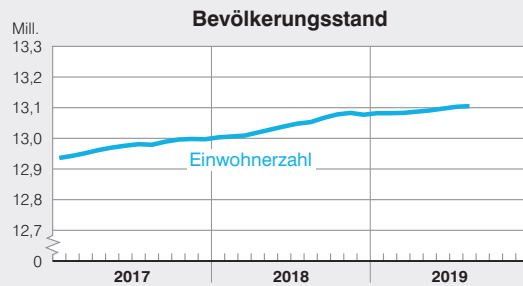
1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995). Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

2 Einschl. Mehrwertsteuer.

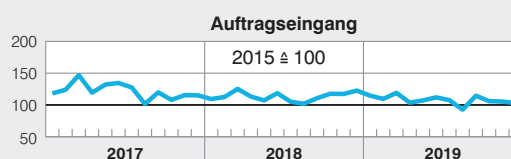
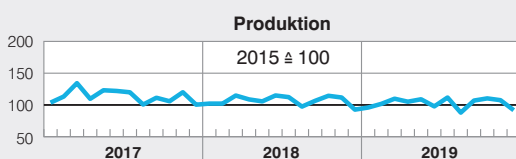
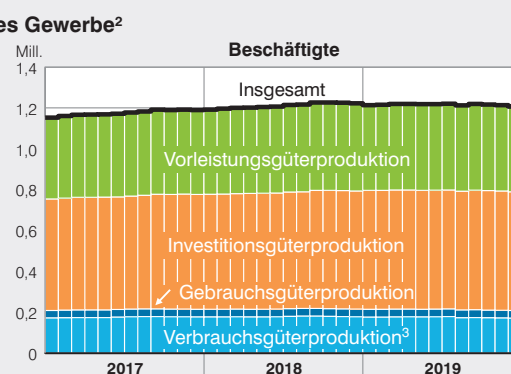
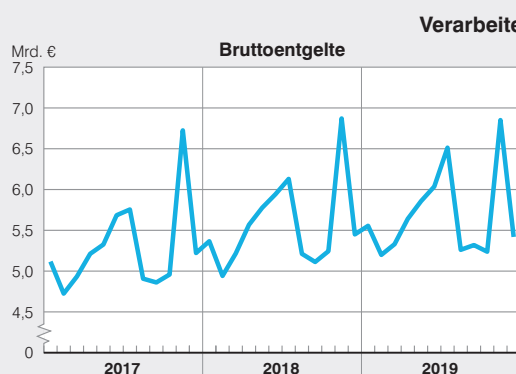
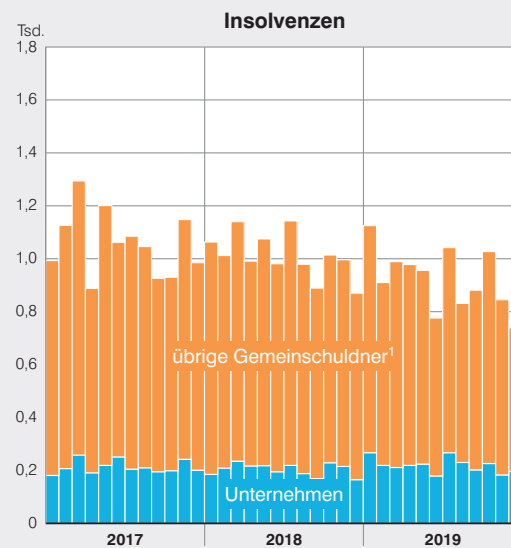
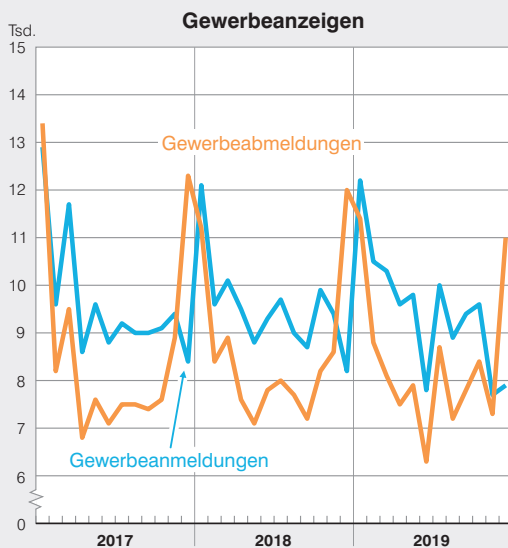
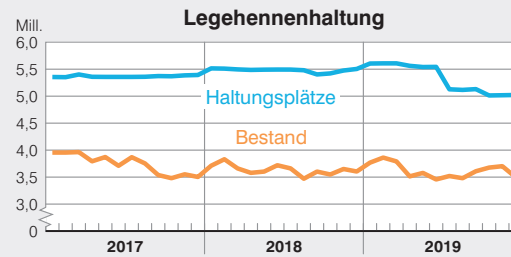
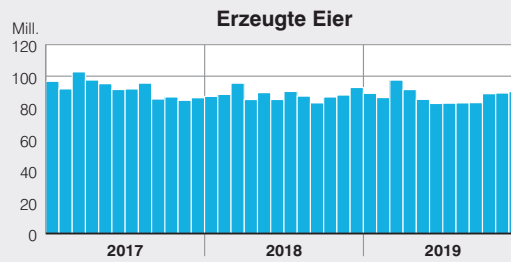
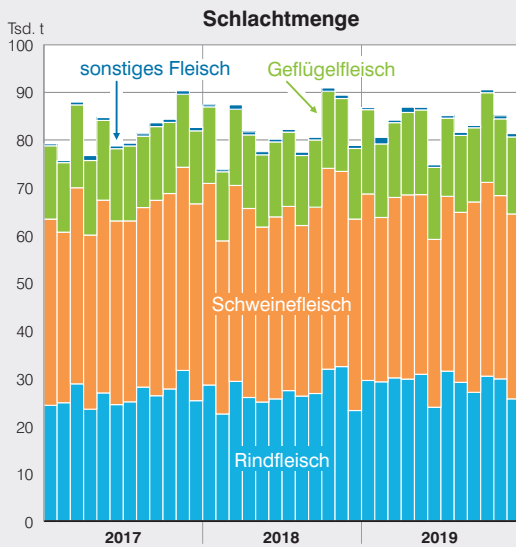
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

4 Ohne Mehrwertsteuer.

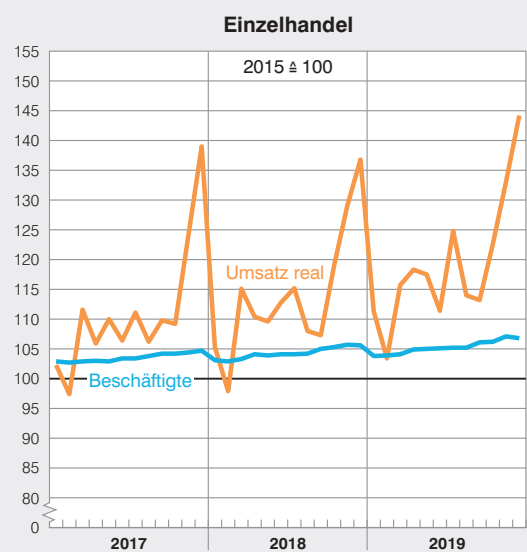
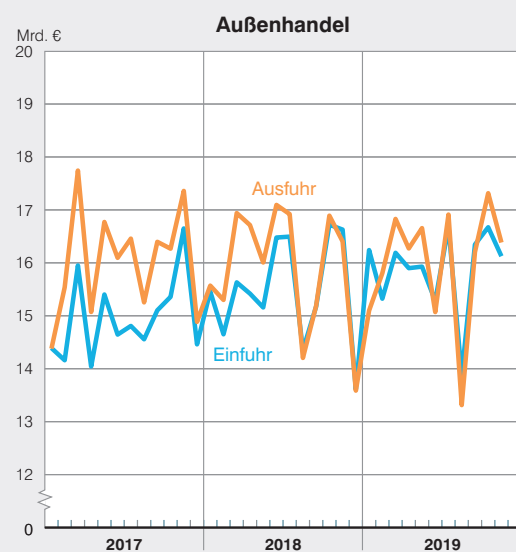
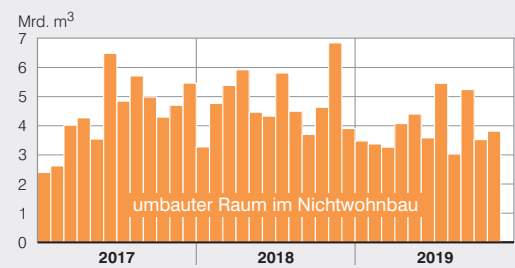
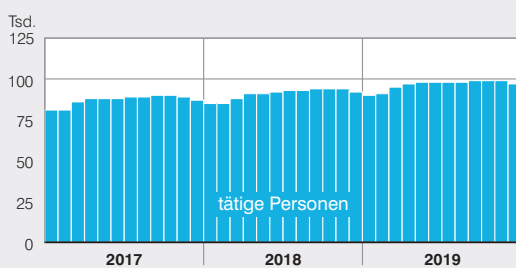
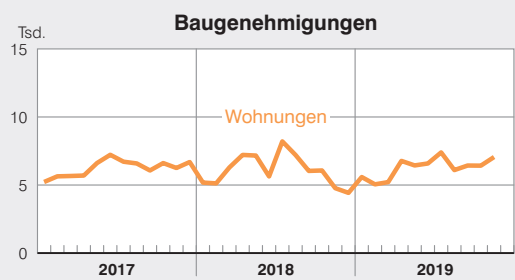
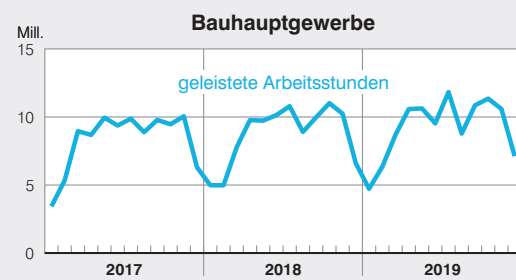
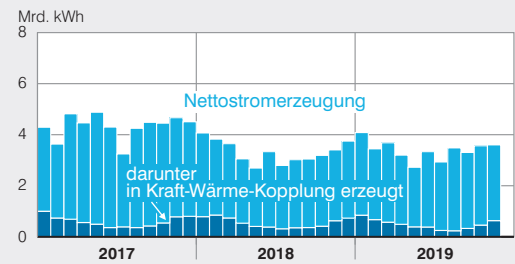
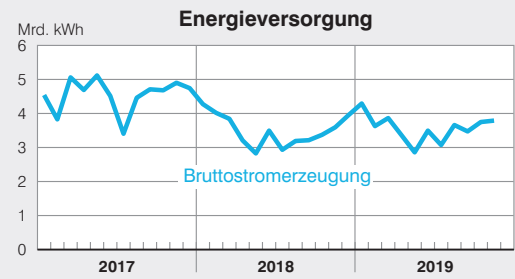
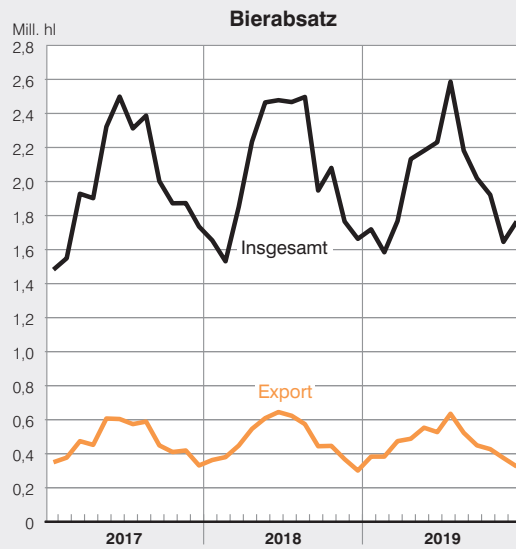
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

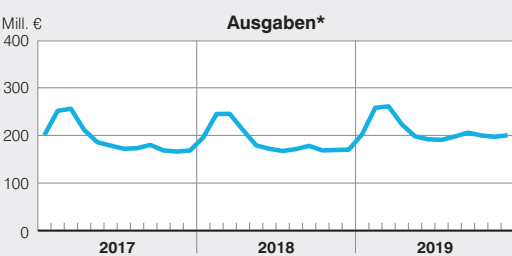
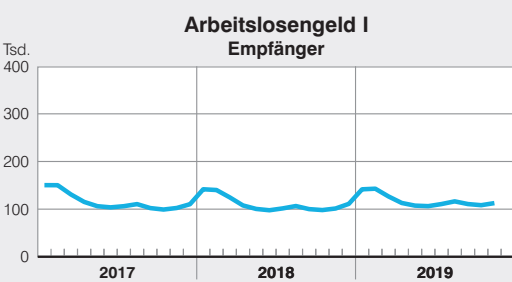
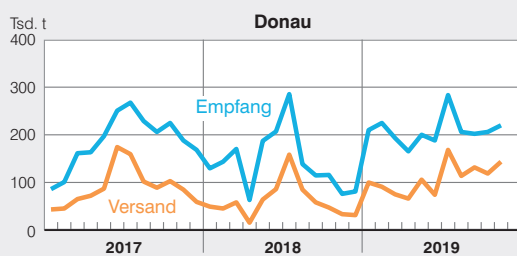
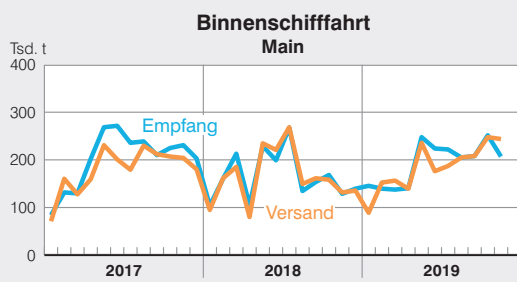
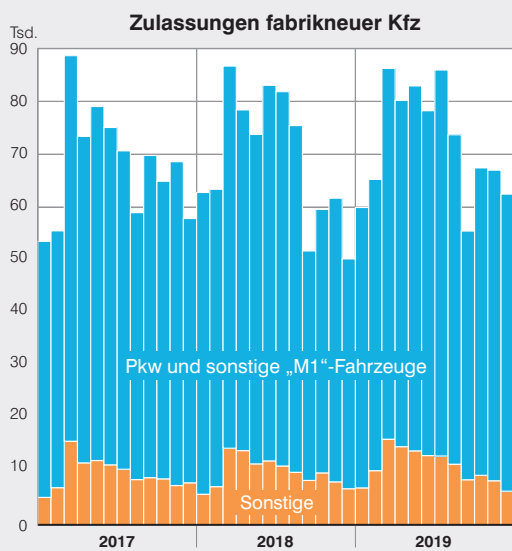
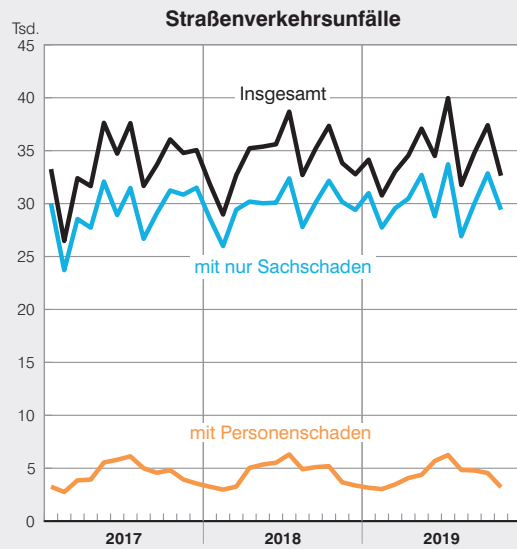
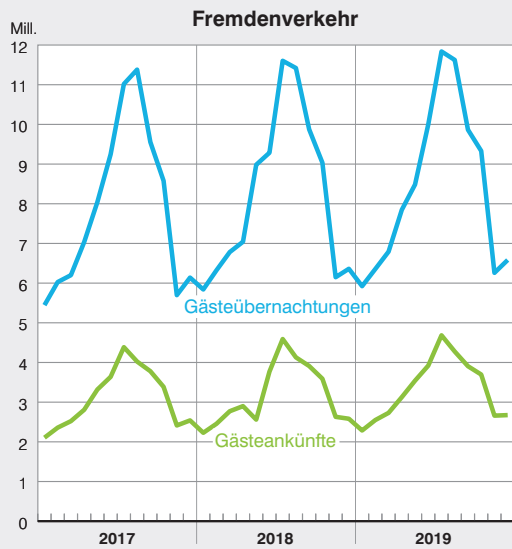


¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).

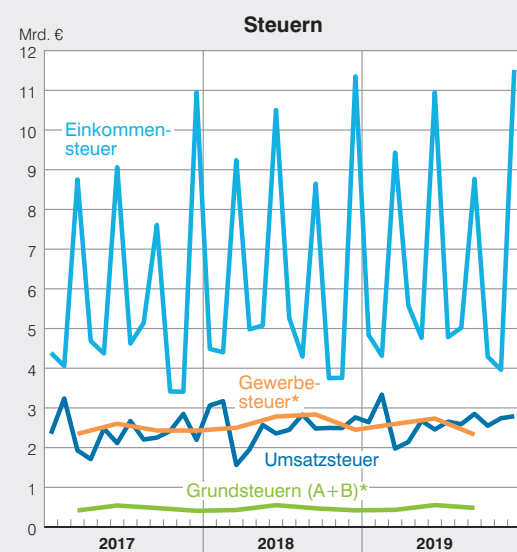


1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
 2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten.
 3 Einschließlich Energie.



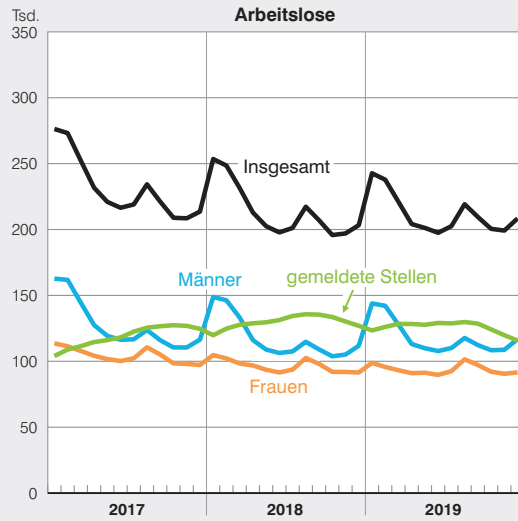


* Ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

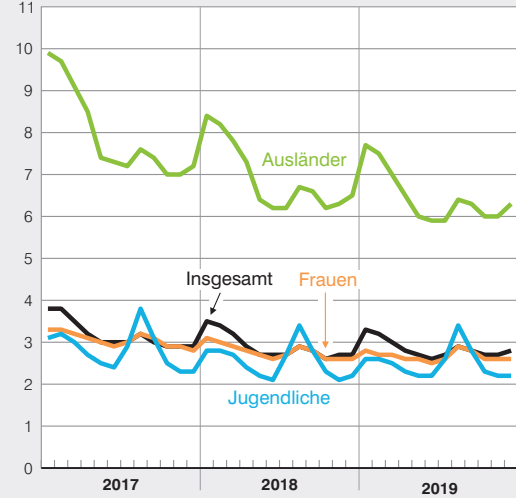


* Quartalswerte.

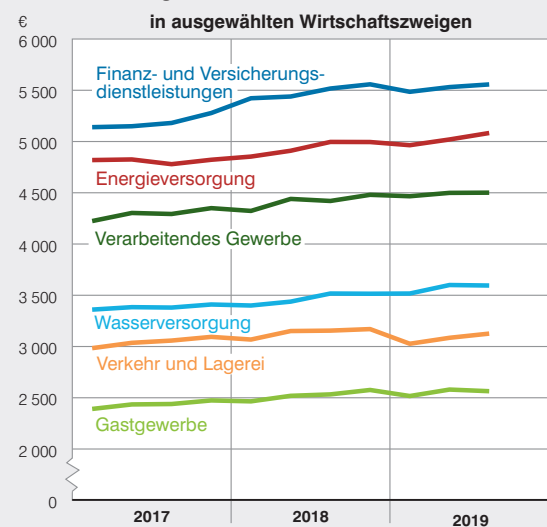
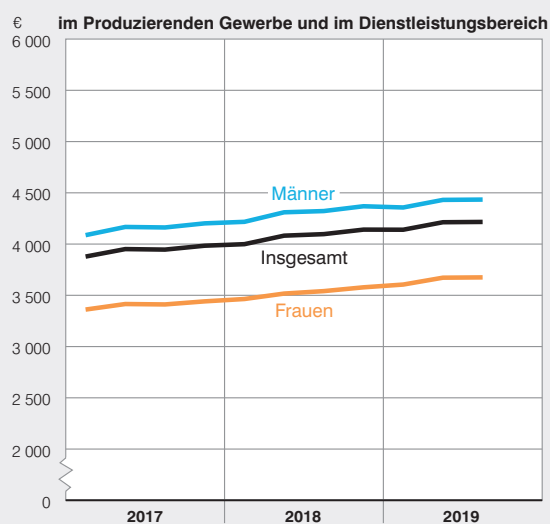
Arbeitsmarkt



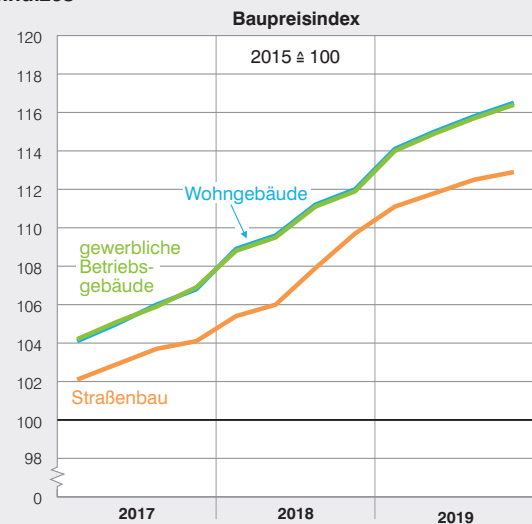
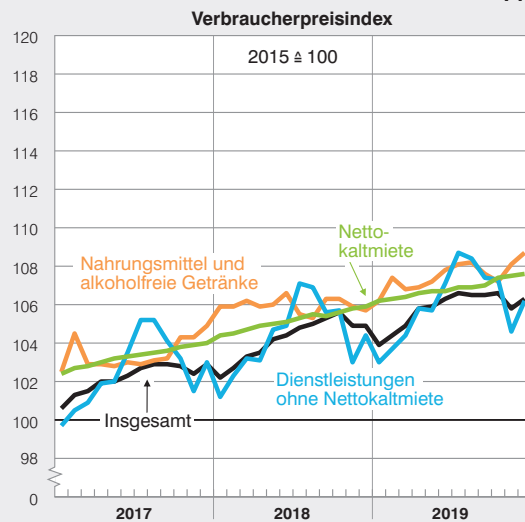
Arbeitslosenquote



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Statistische Berichte

Gebiet, Flächennutzung

- Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung in Bayern zum Stichtag 31. Dezember 2018

Rechtspflege

- Tätigkeit der Sozialgerichte in Bayern 2018
- Tätigkeit der Arbeitsgerichte in Bayern 2019
- Tätigkeit der Arbeitsgerichte in Bayern 2018
- Bewährungshilfestatistik in Bayern 2018
Unterstellungen am 31. Dezember
und beendete Bewährungsaufsichten
im Laufe des Jahres

Wachstumsstand und Ernte

- Obsternte in Bayern 2019
- Obsternte in Bayern 2018
- Weinwirtschaft in Bayern 2018
- Anbau von Gemüse, Erdbeeren und Strauchbeeren in Bayern 2018
- Anbau von Gemüse, Erdbeeren und Strauchbeeren in Bayern 2017

Viehwirtschaft

- Viehbestände in Bayern 2019

Tierische Erzeugung

- Tierische Erzeugnisse in Bayern 2018

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern im Januar 2020
- Gewerbeanzeigen in Bayern im Dezember 2019
- Gewerbeanzeigen in Bayern 2019

Insolvenzen

- Insolvenzverfahren in Bayern 2019

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Dezember 2019 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Dezember 2019 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
Basisjahr 2015
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Dezember 2019
Basisjahr 2015

Baugewerbe (Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe)

- Bauhauptgewerbe in Bayern im Dezember 2019
- Bauhauptgewerbe in Bayern 2019
Jahresergebnis

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Dezember 2019

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Dezember 2019
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im November 2019
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Dezember 2019
- Tourismus in Bayern im Dezember 2019 und im Jahr 2019

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im November 2019
Ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und
Vorjahresmonats

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im November 2019

Steuern

- Umsätze und ihre Besteuerung (Umsatzsteuer-Veranlagungen) in Bayern 2015

Preise und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern
Monatliche Indexwerte von Januar 2015 bis Januar 2020
(mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Januar 2020
- Kaufwerte für Bauland in Bayern
3. Vierteljahr 2019

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.


Kostenlos

ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z. B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig

sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z. B. von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

Publikationsservice

 Alle Veröffentlichungen sind im Internet
verfügbar unter
www.statistik.bayern.de/produkte

Aktuelle
Veröffentlichungen
unter
q.bayern.de/produkte



GENESIS-Online Datenbank

GENESIS-Online bietet einen Querschnitt amtlicher Statistikdaten für die Recherche und den Online-Abruf im Internet an. Das breit gefächerte Datenangebot kann sowohl hierarchisch über Themen und Statistiken, als auch in Form einer Stichwortsuche erschlossen werden. Der Abruf von Daten erfolgt durch Tabellen mit variablen Inhalten, über die alternative Gliederungen, Ausprägungen oder auch die darzustellende Zeit nach persönlichen Wünschen ausgewählt werden können.

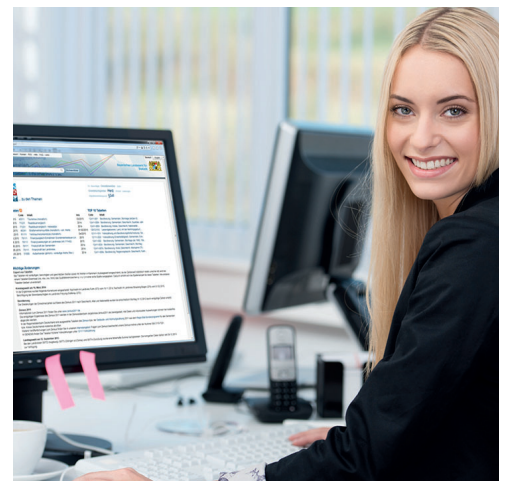
Die angezeigten Ergebnisse können per Mausklick direkt nach Excel übertragen oder in verschiedenen Formaten (CSV, Excel, HTML) heruntergeladen werden. Auch Definitionen und Erläuterungen zu Statistiken und Merkmalen werden angeboten.

Mit einer speziellen Syntax können Inhalte in GENESIS-Online bis hin zu Tabellenabrufen und -downloads verlinkt werden. Dies ist auf der Hilfeseite beschrieben.

Die Nutzung der Datenbank GENESIS-Online ist grundsätzlich kostenfrei. Registrierte Nutzende von GENESIS-Online haben zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten: Abruf großer Tabellen (im Hintergrundbetrieb), Speicherung häufig genutzter und individuell angepasster Tabellenabrufstrukturen in einem eigenen Verzeichnis („Meine Tabellen“) sowie individuelle Einstellungsmöglichkeiten zur Nutzung der Datenbank. Die Nutzung als registrierter Kunde ist ebenfalls kostenlos.

Themenbereiche

- Gebiet, Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Wahlen
- Bildung, Sozialleistungen, Gesundheit, Recht
- Wohnen, Umwelt
- Wirtschaftsbereiche
- Außenhandel, Unternehmen, Handwerk
- Preise, Verdienste, Einkommen und Verbrauch
- Öffentliche Finanzen
- Gesamtrechnungen



Der Zugang zu GENESIS-Online Bayern erfolgt über www.statistikdaten.bayern.de